211. Sitzung

Dienstag, den 3. August 1954

Geschäftliches . . . 1850, 1860, 1872, 1876, 1877, 1898

Entwurf eines **Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts** (Beil. 5210)

Entwurf eines **Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts** (Beil. 5211)

Berichte des Besoldungsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beil. 5697, 5698)

Sittig (SPD), Berichterstatter . . .	1850
Elsen (CSU), Berichterstatter . . .	1850, 1851
Donsberger (CSU), Berichterstatter . . .	1850
Walch (SPD), Berichterstatter . . .	1850, 1856
Förster (SPD), Berichterstatter . . .	1851
Klotz (BP)	1852
Bezold (FDP)	1854
Meixner (CSU)	1856
Walch (SPD)	1857
Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE)	1858
Engel (BP)	1858
Dr. Korff (FDP)	1859
Dr. Lacherbauer (BP), zur Geschäftsordnung	1859

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Dr. Lacherbauer (BP)	1860
Abstimmung über Beil. 5697	1860
Dr. Hoegner, Staatsminister	1861
Förster (SPD)	1861
Dr. Haas (FDP)	1862
Abstimmung über Beil. 5698	1862, 1866
Engel (BP)	1866
Donsberger (CSU), zur Abstimmung	1866

Entwurf eines **Gesetzes über die Übernahme von Staatsbürgschaften** (Beil. 5657)

Berichte des Haushaltsausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beil. 5701)

Ortloph (CSU), Berichterstatter . . .	1867
Dr. Sturm (BP), Berichterstatter . . .	1867
Ortloph (CSU)	1868
Dr. Sturm (BP)	1868
Dr. Zdralek (SPD)	1869
Abstimmung (erste Lesung)	1869
Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE)	1871
Abstimmungen	1871

Erklärung gemäß § 67 der Geschäftsordnung

Kiene (SPD)	1871
-----------------------	------

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Entwurf eines **Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung** (Beil. 5333)

Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beil. 5702)

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE), zur Geschäftsordnung	1872
von Knoeringen (SPD), Berichterstatter	1872
Dr. Zdralek (SPD)	1874
Dr. Hoegner, Staatsminister	1874

Abstimmung über den Vorschlag des Ministerpräsidenten auf Verminderung der Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung

Klotz (BP)	1874
----------------------	------

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Bantele (BP)	1877
Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE)	1877
Haußleiter (fraktionslos)	1878
Dr. Wüllner (Gesamtdeutscher Block / BHE)	1879
Bezold (FDP)	1882
Frühwald (BP)	1884
Dr. Fischer (CSU)	1884
von Knoeringen (SPD)	1886

Abstimmung (erste Lesung)

Weinkamm, Staatsminister	1888
Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE)	1889
Frühwald (BP)	1889

Abstimmungen 1889

Außerordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 1954,

Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1954 (Epl. 13) und

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Bayer. Staates für das Rechnungsjahr 1954 (Haushaltsgesetz) — Beil. 5680

Berichte des Haushaltsausschusses (Beil. 5686, 5696, 5699) und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beil. 5700)

Haas (SPD), Berichterstatter	1890, 1895
Lanzinger (CSU), Berichterstatter	1892
Kiene (SPD), zur Geschäftsordnung	1894
Zillibiller (CSU), Berichterstatter	1897

Die Beratung wird vertagt 1898

Erklärungen gemäß § 67 der Geschäftsordnung:

Dr. Korff (FDP) 1898
 Dr. Zdralek (SPD) 1898

Nächste Sitzung 1898

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die 211. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Ich bitte den Schriftführer, das Verzeichnis der vorliegenden Entschuldigungen und Beurlaubungen zu verlesen.

Gräßler, Schriftführer: Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Dr. Baumgartner, Bielmeier, Bittinger, Demeter, Dr. Eberhardt, Dr. Eckhardt, Eisenmann, Euerl, von und zu Franckenstein, Dr. Dr. Franke, Hettrich, Dr. Huber, Kaifer, Karl, Kraus, Dr. Lenz, Dr. Lippert, Loos, Peterlik, Piper, Pittroff, Dr. von Prittowitz, Ramelsberger, Reichl, Saukel, Seibert, Dr. Seitz, Dr. Soenning, Stock, Dr. Sturm, Dr. Weigel, Dr. Weiß.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich rufe auf die Ziffern 7 und 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Beilage 5210);

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Beilage 5211).

Die Verbindung der Berichterstattung oder vielmehr das unmittelbare Aufeinanderfolgen der Berichterstattungen erscheint zweckmäßig, weil auch die Aussprache über beide Gesetzentwürfe verbunden werden soll. Die Abstimmung muß selbstverständlich hernach getrennt in die Wege geleitet werden. — Das Haus erhebt dagegen keine Erinnerung.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Sittig zur Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für Besoldungsfragen zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Beilage 5697).

Sittig (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Besoldungsausschuß hat sich zunächst in seiner 58., 60. und 62. Sitzung mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Beilage 5210) befaßt. Unter Zugrundelegung der Abänderungsanträge der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion sowie Ban-tele und Genossen hat der Besoldungsausschuß einen Entwurf beschlossen, gegen den von seiten der Staatsregierung auf Grund der Haushaltslage des Staates Einspruch erhoben wurde. Unter Auf-

hebung der in der 62. Sitzung gefaßten Beschlüsse hat sich der Ausschuß in seiner 68. Sitzung erneut in einer zweiten Lesung mit dem Gesetzentwurf befaßt. Die vom Ausschuß gefaßten Beschlüsse liegen Ihnen in der Beilage 5697 vor.

Ich glaube, ich kann darauf verzichten, Ihnen die ganzen Verhandlungen des Ausschusses heute vorzutragen; es ist nämlich nicht wenig. Nachdem eine Abänderung des ersten Beschlusses erfolgt ist und unter Hinzuziehung des Richtervereins und auch der Staatsregierung der letztere Beschluß zustande kam und fast einstimmig, bei nur 2 Stimmenthaltungen, gefaßt wurde, möchte ich Sie bitten, gemäß Beilage 5697 dem Beschluß des Besoldungsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 5697) erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Elsen.

Elsen (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat sich in seiner 319. und 323. Sitzung mit den beiden Gesetzentwürfen beschäftigt, wie sie Ihnen nunmehr auf den Beilagen 5697 und 5698 vorliegen. Der Haushaltsausschuß hat geringfügige Änderungen vorgenommen, die auch in der Niederschrift und in der jetzigen Fassung des Gesetzentwurfs ihren Niederschlag gefunden haben.

Ich habe die Aufgabe, Sie im Auftrag des Haushaltsausschusses zu bitten, den beiden Gesetzentwürfen ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Verhandlungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 5697) berichtet der Herr Abgeordnete Donsberger.

Donsberger (CSU), Berichterstatter: Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat in seiner 229. Sitzung vom 26. Juli 1954 den Gesetzentwurf auf Beilage 5697 einer rechtlichen und verfassungsrechtlichen Überprüfung unterzogen. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß gegen den Gesetzentwurf rechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Rechts- und Verfassungsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses für Besoldungsfragen (Beilage 5698) der Herr Abgeordnete Walch; ich erteile ihm das Wort.

Walch (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Besoldungsausschuß beschäftigte sich in der 59. bis 72. Sitzung — die Sitzungen dauerten vom 21. April bis zum 1. Juli dieses Jahres — mit dem Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts. Sie finden diesen Entwurf auf Beilage 5211. Berichterstatter war Abgeordneter Walch, Mitbe-

(Walch [SPD])

richterstatter Herr Kollege Donsberger. Die Protokolle umfassen rund 500 Seiten.

Sie gestatten, daß ich ganz kurz berichte; die Berichterstattung würde sonst mindestens 2 Stunden dauern. Ich hoffe aber, in drei Minuten fertig zu sein.

Dem Ausschuß lagen neben dem Initiativgesetzentwurf der SPD eine Vorlage der Regierung, Anträge der Bayernpartei, der FDP und Einzelanträge mehrerer Abgeordneter aller Fraktionen als Grundlage für seine Beschlüsse vor. Ich darf den äußeren Rahmen des Gesetzes kurz umreißen:

Das Vierte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts erfaßt alle Lehrer der Volksschulen, somit auch Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, auch der klösterlichen Schulen. Ferner umfaßt er die landwirtschaftlichen Berufsschulen, Sonderschulen wie Hilfsschulen, Taubstummen- und Blindenschulen, Schulen für krüppelhafte Kinder, die Lehrer an den Justizvollzugsanstalten, die Landwirtschaftslehrerinnen und -beraterinnen, Fach- und Fachschullehrer der staatlichen Fachschulen, Mittelschullehrer sowie alle Lehrer der staatlichen Höheren Technischen Lehranstalten, der Akademien der Bildenden Künste und sämtlicher höheren Schulen.

Beim Studium des Entwurfs wird Ihnen auffallen, daß Berufe mit angeführt sind, die mit der Lehrerbesoldung nichts zu tun haben, wie Archivräte, Direktoren der Staatlichen Wissenschaftlichen Sammlungen, Bibliotheksräte, Flußmeister, Forstwarte, Präparatoren usw. Diese Berufe wurden auf Ersuchen des Finanzministeriums mit in den Entwurf aufgenommen. Sie bedeuten für den vorliegenden Gesetzentwurf jedoch keinerlei Kostenaufwand.

Die Arbeit des Ausschusses war nicht leicht. Es ging nicht allein darum, ein sinnvoll harmonisch abgestuftes Besoldungsschema aufzubauen; dieses sinnvolle, absolut gerechte System fand eiserne Grenzen in der Summe, welche die Koalitionsbesprechungen als oberste Grenze aufgerichtet hatten. Ich darf hier in Übereinstimmung mit dem Finanzministerium feststellen, daß diese Summen, auf die sich die Koalitionsparteien geeinigt hatten, nicht überschritten, ja nicht einmal erreicht wurden. Daß der Ihnen vorliegende Entwurf, der ja im Widerstreit der Meinungen nur ein Kompromiß sein konnte, wirklich eine gute Mittellinie bedeutet, woran alle Parteien des Ausschusses einmütig mitgearbeitet haben, zeigt Ihnen das Urteil anderer Bundesländer, die den bayerischen Entwurf als glücklich und wohldurchdacht bezeichnen. Leider blieben die Pensionisten und ihre Hinterbliebenen seit 1. April 1954 unberücksichtigt, da der von der SPD gestellte Antrag in der Minderheit blieb.

Da die Hauptpunkte des Gesetzes einstimmig beschlossen wurden, darf ich im Einvernehmen mit Ihnen die rund 500 Seiten umfassenden Protokolle Ihrer gelegentlichen Lektüre empfehlen. Ich bitte Sie nunmehr, dem Ausschlußbeschuß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 5698) berichtet auch in diesem Falle der Herr Abgeordnete Elsen; ich erteile ihm das Wort.

Elsen (CSU), Berichterstatter: Der Haushaltsausschuß hat sich mit der vorliegenden Materie in der 319. Sitzung und in der Sitzung vom 28. Juli befaßt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter war der Kollege Riediger.

Die Beratungen haben ergeben, daß die Beschlüsse im wesentlichen in der Fassung des Besoldungsausschusses angenommen wurden. Der Berichterstatter stellte drei Anträge. Der eine bezog sich auf die Besoldungsgruppe A 4 b 4 mit den Dienstaltersgruppen von 3300 bis 5000 DM. Der zweite wollte für die zur Einstufung in die Besoldungsgruppe A 3 d vorgesehene Beamtengruppe eine neu zu schaffende Besoldungsgruppe A 4 a 3 mit einem Grundgehalt von 3600 bis 5800 DM einführen. Nach der Begründung wurden die beiden Anträge mit dem Endziel der Vermehrung der Oberlehrerstellen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der sich auf die Streichung der Fußnoten bezog, wurde angenommen.

Die Frage des Inkraftsetzens der neuen Lehrerbeseoldung wurde am 28. Juli erörtert. Bei Stimmenthaltung einer Fraktion wurde hierfür der 1. April vorgesehen.

Damit hat der Haushaltsausschuß die Besoldungsvorlage für die Lehrer verabschiedet. Ich habe die Pflicht, Sie zu bitten, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 5698) berichtet der Herr Abgeordnete Förster; ich erteile ihm das Wort.

Förster (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In seiner 229. Sitzung beschäftigte sich der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen mit der rechtlichen Überprüfung eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts. Nachdem der Herr Abgeordnete Bezold einige Bedenken hinsichtlich der Gleichstellung innerhalb der beiden Gruppen geäußert hatte, die aber weitgehend zerstreut werden konnten, wurde in die Einzelberatung der einzelnen Artikel eingetreten. Sie wurden in der Regel einstimmig gutgeheißen; in einigen Fällen erfolgten einige Stimmenthaltungen. Die Schlußabstimmung ergab bei zwei Stimmenthaltungen, daß weder gegen die Fassung des Besoldungsausschusses noch gegen die Abänderungen des Haushaltsausschusses verfassungsrechtliche Bedenken bestehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage vor, die erste und die zweite Lesung miteinander zu verbinden. Außerdem wird, wie bereits vorhin festgelegt, die Beratung der beiden Gesetzentwürfe, des Dritten und des Vierten Änderungsgesetzes, verbunden.

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Klotz.

Klotz (BP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte bei meinen Ausführungen eigentlich nur zum ersten Gesetz, das uns vorliegt, zur Besoldungsangelegenheit der **Richter**, Stellung nehmen, und zwar aus dem Grund, weil man bei diesem Gesetz einen Weg gegangen ist, der niemals die Zustimmung meiner Fraktion finden kann. In der Lehrerbesoldung haben wir uns nach vielen Sitzungen, in über 15 Sitzungen des Besoldungsausschusses, zu einem Kompromiß durchgerungen, dem wir zustimmen werden, auch wenn noch manche Wünsche offen geblieben sind. Im Ausschuß ist immer wieder von Vertretern aller Fraktionen bemängelt worden, daß die beiden Besoldungsgesetze so kurz vor den Wahlen erst zur Debatte stehen und daß deshalb sehr leicht damit Wahlpropaganda getrieben werden könnte. Meine Damen und Herren, die Regierung hätte Zeit genug gehabt, uns diese Gesetze bereits vor Jahresfrist zur Verabschiedung vorzulegen, nachdem der Bund bereits im März vorigen Jahres im Dritten Besoldungsänderungsgesetz den Ländern die Möglichkeit und sogar die Empfehlung gegeben hatte, diese Materie schnellstmöglich im eigenen Zuständigkeitsbereich zu regeln.

Wenn man immer schon von Wahlpropaganda geredet hat, so haben wir gestern wohl das beste Beispiel für eine Wahlpropaganda kurz vor den Wahlen erlebt. Ich darf Ihnen aber versichern: Wenn die vorliegenden Gesetzentwürfe bereits vor Jahresfrist vorgelegt worden wären, würde sich an meiner Stellungnahme gegenüber heute gar nichts geändert haben. Ich habe schon ausgeführt, daß wir uns in zahlreichen Sitzungen des Besoldungsausschusses mit der Richter- und Lehrerbesoldung beschäftigt haben. Dazu lagen Regierungsvorlagen und Initiativgesetzentwürfe der meisten Fraktionen vor. Nun ergab sich bereits bei der **Grundsatzdebatte**, daß ganz erhebliche Unterschiede in der prinzipiellen Auffassung über die Lösung dieser Probleme bestanden. Während die Staatsregierung und die Mehrheit der CSU-Fraktion für das reine Beförderungsprinzip, das heißt also, für das sogenannte **Leistungsprinzip**, eingetreten sind, haben sich die übrigen Fraktionen auf den Standpunkt gestellt, daß nur eine allgemeine Hebung und Durchstufung unter Berücksichtigung auch verstärkter Beförderungsmöglichkeiten für die älteren Jahrgänge der Richter und Lehrer wohl die beste Lösung sei. Ich kann es mir hier versagen, auf Einzelheiten der beiden Besoldungsgesetze einzugehen. Ich darf aber vorausschicken, daß meine Fraktion dem Beschluß des Besoldungsausschusses in der Richterbesoldung nicht zustimmen kann. Ich möchte aber auch ausdrücklich betonen, daß ich persönlich durchaus das sogenannte Beförderungsprinzip, das Leistungs- und Bewährungsprinzip bejahe, um auf diese Weise, wie man sagt, das gesunde Vorwärtstreben der Beamten zu fördern, im Interesse der Anerkennung guter Leistungen und langjähriger Bewährung. Gleichzeitig bin ich mir aber auch der Gefahren der Überspitzung eines solchen Systems bewußt, insbesondere bei den besonderen Verhältnissen, die nun einmal bei der Richter- und Lehrerschaft vorliegen. Postenjägerei erscheint mir gerade bei den

Besonderheiten dieser beiden Berufsgruppen sehr bedenklich und sehr gefährlich. Sie können Gift darauf nehmen, daß eine solche Stellenjagd mit den ganzen üblen Begleiterscheinungen der Scheinheiligkeit, des Denunziantentums und Muckertums um sich greifen würde. Ich glaube, das kann man dann bestimmt nicht als ein gesundes Vorwärtstreben betrachten. Hinzu kommt noch, daß in der Frage der Bewährung der Willkür und dem Ermessensmißbrauch Tür und Tor geöffnet würde. Ich bin sehr skeptisch, wenn ich mir überlege, nach welchen Gesichtspunkten gerade im Lande Bayern die Beförderungsstellen der Richter und Lehrer besetzt würden. Ich werde noch näher darauf eingehen. Wir haben uns im Ausschuß bemüht, einen guten **Kompromiß** zwischen den beiden gegensätzlichen Auffassungen zustande zu bringen. Auch die FDP, die SPD und der BHE haben sich darum bemüht, während Teile der CSU leider Gottes auf ihrem einseitigen Standpunkt stehen geblieben sind — mit einigen Ausnahmen natürlich —. Das gibt mir ganz besonders zu denken. Wir betrachten die Lösung, die in der Richterbesoldung in der ersten Lesung im Ausschuß gefunden worden ist und wie sie uns jetzt auch in der Lehrerbesoldung vorliegt, als die wesentlich sozialere. Wir haben bei der Richterbesoldung den Standpunkt vertreten, daß wir es der vielgerühmten richterlichen Unabhängigkeit schuldig sind, eine Regelung zu treffen, die es den Richtern ermöglicht, bei ihren Urteilen nicht wegen einer Beförderung nach oben schielen zu müssen.

(Abg. Bezold: Sehr richtig!)

Dazu gehört vor allen Dingen die finanzielle Unabhängigkeit. Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit — wie sie immer wieder von den Regierungsvertretern in die Debatte geworfen worden sind — reichen meines Erachtens nicht aus. Es ist durchaus bekannt, welch großes Augenmerk die Kammern auf die Überprüfung der Urteile der Richter legen, und das wissen natürlich die Richter auch. Sie werden sich danach richten müssen, wenn sie sich bewähren und in den Genuß dieser Beförderungstellen kommen wollen. Das müßte uns sehr bedenklich stimmen, zum mindesten solange der oberste Vorgesetzte der Richter, nämlich der Herr Justizminister, nicht reiner Fachminister ist, sondern eine politische Persönlichkeit, und vor allen Dingen, solange die Gefahr besteht — und sie besteht immerhin, das wollen wir zugeben —, daß einmal wieder eine Partei in den Genuß der alleinigen Macht kommen könnte. Meine Damen und Herren! Wir haben es schon einmal sehr drastisch erlebt, daß gewisse Richter — ich schränke das ein — ihre berufliche Karriere durch Urteile sichern wollten, die ihnen seinerzeit von der NS-Regierung vorgeschrieben wurden. Ich erkenne gerne an, daß sich die Mehrheit der Richter auch damals nicht hat korrumpieren lassen und nicht einem politischen System, sondern nur dem Recht und der Gerechtigkeit dienen wollte. Sie galten aber nachher eben als staatspolitisch unzuverlässig und vielleicht sogar als Staatsfeinde. Damit konnten sie natürlich keinen Blumentopf mehr gewinnen, konnten nicht mehr in den Genuß von Beförderungen kommen usw. Meines Erachtens muß es unsere vordring-

(Klotz [BP])

lichste Sorge sein, diese Zustände nicht wiederkehren zu lassen, sonst könnte man den Begriff des Rechtsstaates nur so definieren, daß es im Gegensatz zum „Rechts“staat auch einen „Links“-staat geben könne. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir uns entschieden, in der ersten Lesung des Richterbesoldungsgesetzes für den Richterstand eine besondere Besoldungsregelung zu treffen, indem wir eine sogenannte **allgemeine Hebung** der Sohle und eine Durchstufung durchführen wollten.

Dann, meine Damen und Herren, kam der Schuß aus dem Hinterhalt in Form des **Briefes** des Herrn **Ministerpräsidenten**, nachdem die zuständigen Fachminister trotz mehrmaligen dringenden Wunsches des Ausschusses sich nicht bereit erklärten oder sich davor drückten, ihren Standpunkt bei den Beratungen im Besoldungsausschuß selbst zu vertreten. Damit wurde meines Erachtens eine Macht- und Kraftprobe zwischen Parlament und Regierung ausgelöst, nachdem wir schon die Beschlüsse der ersten Lesung vor uns hatten. Die ganze Angelegenheit wurde zu einem Politikum ersten Ranges gestempelt. Dann kam ein ebenso merkwürdiges wie interessantes und überraschendes neues Moment in dieses nette Spiel hinein: Der Brief des **Richtervereins**, aus dem zu entnehmen war, daß sich die Richter ja gar nicht helfen lassen wollten, das heißt also, daß sie praktisch auf den guten Willen des Landtags, in diesem Falle des Besoldungsausschusses, der ihnen helfen wollte, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen, verzichteten. Ich betrachte diesen Schritt des Richtervereins als einen glatten Akt der Selbstkastration. Das sage ich ganz offen. Ich hätte es nämlich gar nicht für möglich gehalten, daß die Richter im Interesse des Staates nun plötzlich fiskalisch denken. Diese Haltung konnte natürlich von den Vertretern der Regierung nicht genug als einmalig und erstmalig gerühmt werden. So bekam der Richterverein ein Gewicht in diesem Hohen Hause, wie es noch keine andere Berufsorganisation gehabt hat.

Aber es kam dann ganz anders. In einer ganzen Flut von **Protesttelegrammen** der örtlichen Richtervereine, einzelner Richter usw. an den Landtag, an den Besoldungsausschuß, trat sehr schnell zutage, daß die Richter mit der Haltung ihrer Standesvertretung nicht einverstanden waren. Ich habe selbst eine ganze Anzahl von Anrufen und Besuchen bekommen. Dabei zeigten sich die Richter noch wesentlich großzügiger als ihre Standesvertretung, der Richterverein, und haben mir bedeutet, daß sie unter diesen Umständen auf eine Richterbesoldung à la Richterverein überhaupt keinen Wert legten. Das hat man mir klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Mit diesen beiden Briefen war nun der Kampf ausgestanden. Es hieß eindeutig 1:0 für die Regierung.

Der **freiwillige Verzicht** des Richtervereins berührt sehr merkwürdig. Ich habe versucht, zwischen dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten und dem Brief des Richtervereins einen Zusammenhang herzustellen, der an und für sich auf der Hand liegt, nachdem der Richterverein ursprünglich eben-

falls für eine Hebung und Durchstufung war und sich nun plötzlich mit der Schaffung von zusätzlichen 100 weiteren Beförderungsstellen zufrieden gab. Der Vorsitzende des Richtervereins teilte mir mit, daß man praktisch noch retten wollte, was noch zu retten war, da man nach dem Brief des Herrn Ministerpräsidenten Angst gehabt habe, daß die Richterbesoldung in dieser Legislaturperiode ganz ins Wasser fallen würde. Ich bin der Überzeugung, der Lohn der Angst wird für die Angehörigen des Richtervereins in Form dieser 100 Beförderungsstellen nicht ausbleiben. Man hat ja auch schon ganz interessante Dinge gehört, die sich hier im Hause abgespielt haben sollen — ich habe das von einem prominenten Mitglied der Sozialdemokraten erfahren —, daß nämlich auch ein Mitglied dieses Hauses bereits eine Beförderungsstelle unter Übersprungung von zwei Stufen bekommen habe. Ich stelle das mit Vorbehalt fest.

Die **Haltung der SPD-Fraktion** in dieser Frage habe ich sehr bedauert. Nachdem sie anfänglich, in der ersten Lesung, im Besoldungsausschuß maßgeblich an den Beschlüssen in bezug auf eine Hebung und Durchstufung beteiligt war, hat mich die Haltung sehr befremdet, die sie dann zu Beginn der zweiten Lesung gezeigt hat. In der 68. Sitzung des Besoldungsausschusses hat der Ausschußvorsitzende, Herr Kollege Hofmann von der SPD, mitgeteilt, daß den vorsprechenden Vertretern des Richtervereins von der **SPD-Fraktion** erklärt worden sei, sie habe keine Veranlassung, an den Beschlüssen des Besoldungsausschusses etwas zu ändern. Als aber dann die CSU in wiederholten Ausführungen ihrer Prominenz im Hinblick auf die große Verschwendungssucht der SPD angesichts der angespannten Haushaltslage des bayerischen Staates ganz offen mit einer Regierungskrise drohte, öffnete sich die Faust, die die Herren der SPD so kühnlich auch gegen ihre eigenen Ministergenossen geballt hatten, wieder sehr sanft in der Hosentasche, und dann ließen sie sich in alter Koalitionstreue unter Aufgabe ihrer Grundsätze breitschlagen.

(Zurufe von der SPD)

Ja, meine Herren von der SPD: „4 Jahre und keinen Tag weniger“ das kostet eben Opfer, auch an Grundsätzen!

(Zurufe von der SPD: Das ist keine Wahlpropaganda! — Limburger Käse! — Und die Bayernpartei!)

— Wir sind im Ausschuß immer für die Regelung der ersten Lesung eingetreten, weil wir genau wie bei der Lehrerbesoldung, der Auffassung sind, daß nur dieser Weg die wahre Unabhängigkeit des Richterstandes gewährleisten kann.

Die Fraktion der Bayernpartei steht auf dem Standpunkt, daß der zur Beratung stehende Gesetzentwurf für die Richterbesoldung aus den von mir angeführten Gründen für sie unannehmbar ist, und stellt den Antrag, die Abstimmung über die Beschlüsse der ersten Lesung des Besoldungsausschusses vorzunehmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner erhält das Wort der Herr Abgeordnete Bezold.

Vorweg möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß durch Beschluß des Ältestenrats die Redezeit pro Fraktion auf 30 Minuten festgesetzt ist. Das scheint zu genügen.

Bezold (FDP): Uns genügt das.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Reichlich spät, unmittelbar vor der Wahl, wird das Gesetz über die Neuregelung der Lehrer- und Richterbesoldung vorgelegt. Wenn man sich die Dinge überlegt, hat man das Gefühl, es handelt sich um Beförderungen, die gerade noch durchgehen, während schon das gelbe Licht eigentlich den Weitergang verbieten würde. Es sind das Gesetze einer Regierung, die immer wieder auf das Treueverhältnis der Beamtenschaft und auf ihren Willen, diesem Treueverhältnis mit der nötigen Fürsorge entgegenzukommen, hingewiesen hat. Die Regierung beweist heute ihr Verhältnis zur Beamtenschaft. Nicht ein Minister, nicht ein Staatssekretär hat es der Mühe für wert gefunden, anwesend zu sein.

(Zuruf: Sehr gut! — Lebhafter Beifall bei der Opposition)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen und darauf hinweisen, daß die Staatsregierung Ministerrat hat und ausdrücklich darum gebeten hat, man möge sie verständigen, falls die Anwesenheit eines Ministers verlangt wird.

(Zuruf: Es war auch gestern niemand da)

Der Ministerrat ist aus irgendeinem Grund besonders dringlich.

(Abg. Dr. Haas: Wo war denn gestern der Finanzminister?)

Bezold (FDP): Ich habe nichts zurückzunehmen von dem, was ich gesagt habe, die Regierung war auch gestern in der Sitzung so gut wie nicht vertreten in Dingen, in denen der Ressortminister hätte da sein sollen; wenn aber schon, dann müßte meines Erachtens bei einem Gesetz, das allen, die es angeht, so viel zumutet und monatelanges Warten zugemutet hat, im Interesse des Staates wenigstens die Beratung so vor sich gehen und so gelegt werden, daß man das Gefühl hätte: Nun ja, die Regierung hat an den Dingen ernstestes Interesse, sie bemüht sich ernsthaft und ist anwesend. Im übrigen ist es nicht meine Sache, dafür geradestehen.

Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion kann ich zunächst erklären — ich möchte vielleicht sagen, Gott sei Dank erklären —, daß wir dem **Lehrergesetz**, so spät es kommt, zustimmen, damit ein Stand, der sich immer wieder bemüht hat, endlich einmal ein Salär bekommt, das seiner Wichtigkeit und seiner Aufgabe entspricht.

Wenn wir dem Lehrergesetz zustimmen, dann geben wir einem Ausdruck, was hinsichtlich beider

Gesetze immer unsere **Grundauffassung** war: Wir waren der Auffassung, daß, wenn überhaupt eine Höherstufung kommt, sie in allen Sparten des entsprechenden Standes kommen muß, nicht nur eine vergoldete Spitze bringen darf, sondern vor allem unten, wo es sich darum handelt, im Getriebe der Welt seinen Mann zu stellen, durch eine entsprechende Hebung die entsprechende Genugtuung bringt.

Leider kann ich das von dem Gesetz über die **Richterbesoldung** nicht sagen. Der Herr Kollege Klotz hat ja in etwa auf die Dinge hingewiesen, die offensichtlich hier vor sich gegangen sind, auf Dinge, die es dann mit sich gebracht haben, daß plötzlich die Organisation des Richtervereins selbst irgendwie an einem grundsätzlichen Standpunkt irre wurde. Es geht um das Festhalten am Grundsatz, denn mit Recht sagen andere Beamtengruppen und sagt das Volk: Die Lehrer waren ja immer besoldungsmäßig das Stiefkind des Staates, aber warum werden gerade die Richter gehoben? Wir haben, wenn wir zu diesem Besoldungsgesetz sprachen, und als wir an seine Fassung herangingen, damit zum Ausdruck bringen wollen, daß es eine unabdingbare Notwendigkeit für den demokratischen Staat ist, daß das Richtertum und der Richter tatsächlich als dritte Säule neben die Exekutive und die Legislative gestellt wird, daß er so im Bewußtsein des Volkes und in seinem eigenen Bewußtsein bestehen kann, was allein die Sicherung eines Rechtsstaates und damit einer rechtsstaatlichen Demokratie gibt. Ich habe wiederholt von dieser Stelle aus den Standpunkt vertreten: Im Gegensatz zu den angelsächsischen Demokratien, die sich gehalten und mit ihrem Staatssinn und mit ihrer Staatsauffassung Teile der Welt jahrzehntelang unter ihrer Herrschaft vereinigt haben, wo immer der Richter alles, die Polizei und die Exekutive so gut wie nichts waren, ist es hier in Deutschland gerade umgekehrt gewesen, weil die Exekutive und die Polizei das Primäre waren und das Gericht und der Richter in der Bedeutung erst lange hintennachhinkte. Wohin uns das geschichtlich und politisch gebracht hat, darüber braucht nicht gesprochen zu werden. Aber es mag noch einmal betont werden, daß vom Grundsätzlichen her an dieser Gesamteinstellung nur etwas geändert werden kann durch eine Besoldungsreform, bei der tatsächlich der **gesamte Richterstand** als solcher gehoben wird. Und das ist nicht geschehen. Sie haben gehört, wie die Dinge abgelaufen sind. Sie haben gehört, warum es nicht geschehen ist. Ich will nicht nochmals diese ganzen unangenehmen Gegebenheiten vortragen.

Aber wenn der Herr Kollege **Klotz** darauf hingewiesen hat, daß diejenigen, die sich zu dem Kompromiß bereitgefunden haben, wahrscheinlich zu denen gehören, die eines Tages irgendwie in den Genuß dieser Beförderung und dieser höheren Bezahlung kommen werden, so ist das ein Standpunkt, der nicht nur im Parlament vertreten wird, sondern der in Hunderten und aber Hunderten von Briefen, Telephonanrufen und Gesprächen von Angehörigen des Richterstandes selbst geäußert wird. An sich, schon politisch gesehen, ist es bei der Be-

(Bezold [FDP])

deutung des Standes keine angenehme Angelegenheit, daß eine gefühlsmäßige **Spaltung** in diesen Stand getragen wird, daß sich dort eine Unzufriedenheit breitmachen muß, die sich gerade da auswirkt, wo der Stand seine wichtigsten Aufgaben zu erfüllen hat, nämlich unten, mitten im Leben, dort, wo die Berührung zwischen Richtertum, zwischen Exekutive und Leben stattfindet.

Brauche ich noch einmal darauf hinzuweisen, daß natürlich eine Beförderung, wie überall im Leben, wie auch in der freien Wirtschaft selbst, nicht nur von der Leistung und dem Leistungsvermögen abhängt, sondern auch außerordentlich davon, wie der zu Befördernde dem zu Gesicht steht, der die Beförderung aussprechen soll?

(Sehr richtig! — Zuruf des Abg. Dr. Geiselhöringer)

Wir wissen es ja alle, das geht mit den Schwieger-söhnen an oder hört mit den Schwiegersöhnen auf, wie Sie es haben wollen.

(Abg. Dr. Korff: Oder mit den Korpsbrüdern! — Abg. Donsberger: Wenn es bei der Justiz so wäre, dürften wir einpacken!)

— Herr Kollege Donsberger, ich kann Ihnen, wenn Sie das absolut wollen, sagen, wie es bei der Justiz 12 Jahre war. Ich kann Ihnen sagen, daß manche Ihrer Herren dabei nicht ganz gut wegkommen werden. Wenn man derartige Beweise hat, dann scheinen mir solche Zwischenrufe, wie Sie sie machen, außerordentlich gefährlich.

(Abg. Donsberger: Man kann die 12 Jahre nicht als normal bezeichnen! — Abg. Dr. Korff: Das wußte man aber schon lange!)

— Nichts liegt mir ferner, als die 12 Jahre als normal zu bezeichnen. Ich kann Ihnen eines sagen: In den 12 Jahren waren die Beförderungsmöglichkeiten relativ einfach geregelt. Man konnte sie ermessen nach der Tatsache, wann einer zur Partei gegangen war, was er bei der Partei gewesen ist und wieweit er geneigt war, sich für die Partei einzusetzen. Heute wird das natürlich schwieriger sein. Aber es ist gar keine Frage — das spricht auch aus Hunderten von Briefen —, daß der Mann in der Praxis, sagen wir ruhig einmal, der Mann an der Front, das Gefühl hat, daß hier eine Regelung vor sich geht, die es ihm unter Umständen fragwürdig erscheinen lassen muß, in einem Fall, wo es notwendig wäre, Urteile gegen die Regierung, gegen die Exekutive des Staates zu fällen, dies auch tatsächlich zu tun. Denn so gescheit sind die Leute auch, zu wissen, daß sie sich damit nicht beliebt machen. Herr Kollege Donsberger, der Unterschied der Atmosphäre im Richtertum zwischen der Zeit vor 20 Jahren und heute ist gerade in dieser Verflechtung zwischen Staat, Exekutive und Richtertum und Gericht außerordentlich groß und, wie mir scheint, nicht zugunsten des Recht suchenden Publikums. Ich werde vielleicht Gelegenheit haben, wenn die Zeit dazu ist, gelegentlich der Beratung des

Polizeiaufgabengesetzes auf diese Fragen noch einmal zurückzukommen.

Weil gerade der Gedanke der 12 Jahre angesprochen worden ist: Wir haben einen weiteren Grund, warum wir zu diesem Gesetz nicht ja sagen können. Denn wenn wir uns genau überlegen, dann bringt es eine Regelung, die, sagen wir einmal, der Geschichte vom unbekanntem Soldaten gleicht, der sich geopfert hat, der bei den Siegesfeiern und in dem Augenblick, wo es gilt, den Erfolg und den Lohn für dieses Opfer einzuheimen, leider nicht mehr dabei sein und mitreden kann, weil er inzwischen gefallen ist. Wenn wir uns überlegen, wer damals in jenen 12 Jahren das Ansehen der Gerichtsbarkeit tatsächlich in etwa noch aufrechterhalten hat, wer es war, der dem Volk noch in etwa das Bewußtsein gegeben hat, es kann einem trotz allem glücken, vor einen Richter zu kommen, der sich nicht beugen läßt, der gegen die gelenkte Justiz das richtige Urteil spricht und einem zu seinem Recht verhilft, dann muß ich schon sagen, das waren Gruppen, die unten in der Praxis standen. Es waren Gruppen, die sich heute eigentlich etwas — ich darf das Wort gebrauchen — belämmert vorkommen müssen bei diesem Besoldungsgesetz, weil sie sich sagen müssen: Siehe da, das ist der Erfolg, das ist die Würdigung der Tätigkeit einer Gruppe, die viele von uns bis ins KZ gebracht hat und die den meisten von uns eine Beförderung damals schlechthin unmöglich gemacht hat. In der gleichen Zeit waren eine ganze Menge der Angehörigen der Gruppen, die das Glück hatten, zu der vergoldeten Spitze zu gehören, fern vom Sturm, saßen in ihrer Hütte und haben den rauhen Wind über sich hinweggehen lassen. Er hat ihnen nicht geschadet, und manche sind sogar so weit gegangen, nicht zu Hause zu bleiben, sondern haben sich emsig einer Lenkung der Rechtsprechung gebeugt, die dem Willen des Nationalsozialismus entsprach. Wenn ich es mir genau überlege, sehr viel hat es ihnen nicht geschadet. Ich könnte Ihnen selbst Beispiele erzählen, denn ich war damals einer jener kleinen Amtsrichter, wie bestimmte Herren mit dem bekannten Gespräch zu mir kamen: „Ich will Sie selbstverständlich nicht beeinflussen, aber die Führerkanzlei wünscht das und würde es gerne sehen, daß...“. Und der Herr Kollege Dr. Lacherbauer, glaube ich, könnte diese Reihe der Beispiele noch etwas verlängern. Mögen all diese Dinge vergessen, versunken und vergeben sein, so wäre es doch logisch und angenehm gewesen, wenn man für die kleine Gruppe unten, nämlich den Sockel, wie man so schön sagt, auf dem die Spitze der Pyramide ruht, die zusammenstürzt, wenn der Sockel irgendwelche Risse bekommt, wenn man für diesen Sockel eine Lösung vorgeschlagen hätte, die ihm einigermaßen wenigstens das Bewußtsein gebracht hätte: Es war nicht umsonst, und die Opfer derjenigen, die zu uns gehört haben, haben sich bezahlt gemacht und sind gewürdigt worden.

Meine Damen und Herren! Genau das Gegenteil hat man im Richtergesetz getan, und schon die geschichtliche Gerechtigkeit würde es eigentlich verbieten, diesem Gesetz zuzustimmen.

(Bezold [FDP])

Es kommt hinzu, daß die Angehörigen dieses Sockels, nach dem, was man von ihnen hört, heute offensichtlich die Einzigen sind — allerdings Gott sei Dank sehr viele —, die einsehen, worum es sich tatsächlich handelt, und die in ihren Schreiben und ihren Vorsprachen zum Ausdruck bringen, daß dieses Gesetz schlechthin die Grundlage für die Auffassung des Staatsbürgers über die Rechtsprechung ist. Sie haben erklärt: Dann lieber gar nichts! Wenn nämlich der Grundgedanke des Gesetzes nicht verschoben werden und sein Sinn nicht vernebelt werden soll und das Gesetz nicht nur einigen Wenigen die Möglichkeit bringen soll, zu den Aufsteigenden zu gehören — und hier unterstreiche ich noch einmal die Ausführungen des Herrn Kollegen Klotz —, wenn sie nämlich im Sinne dessen, der über den Aufstieg zu befinden hat, gut und brav waren und sich des Aufstiegs wert gezeigt haben, dann, meine Damen und Herren, stellt allein die Tatsache, daß dieser Verdacht in der Richterschaft vorwalten könnte — und es kann nicht geleugnet werden, daß das der Fall ist, denn das spricht aus Hunderten von Zuschriften —, eine Gefahr dar für das, was das Primäre an der Figur und Persönlichkeit des Richters überhaupt ist, nämlich das Bewußtsein und der Wille einer **Unabhängigkeit**, die durch nichts zu erschüttern und aus der Ruhe zu bringen sind.

Wenn man im Gerichtsverfassungsgesetz und in anderen großen Gesetzen, die die Richterbesoldung und die Richterpersönlichkeit im Staat fixieren und ihr ihre Stellung geben, immer erklärt hat, der Richter müsse sowohl hinsichtlich der Unversetzbarkeit als auch hinsichtlich der Besoldung so gestellt werden, daß nicht irgendwoher eine Gefahr kommen kann, die ihn in seiner Rechtsprechung, in seiner Tätigkeit als Richter beeinflußt, so ist damit schon vor langer Zeit ein Standpunkt eingenommen worden, der richtig war und dem wir durch unseren Vorschlag einer **gleichmäßigen Durchstufung des gesamten Standes** noch einmal Rechnung tragen wollten. Dieser Grundsatz wird aber in der jetzt vorliegenden Fassung des Gesetzes nicht in reiner, ja nicht einmal in reiner Form irgendwie zum Ausdruck gebracht.

(Abg. Donsberger: Wer kriegt denn die Beförderungsstellen?)

— Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen, wer die Beförderungsstellen kriegt.

(Abg. Donsberger: Die werden doch nicht gleich als Oberlandesgerichtsräte angestellt!)

— Eben das ist es, daß sie nicht gleich als Oberlandesgerichtsräte angestellt werden und daß es notwendig gewesen wäre, auch demjenigen, der in der Stufe des Amtsgerichtsrats und des Landgerichtsrats und dgl. ist, das Gefühl zu geben: Du bist genau so beachtet und genau so als Richterpersönlichkeit anerkannt, soweit das finanztechnisch möglich war, wie der oben. Dagegen muß er jetzt das Gefühl haben: Du mußt dich erst irgendwie verhalten

(Sehr richtig! bei der BP)

und durch dein Verhalten demjenigen, der jeweils an der Regierung sitzt, eine Bewährung nachweisen, bevor du in die Gruppe derjenigen kommst, an die das Gesetz denkt. —

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Näheres brauche ich nicht auszuführen, um zu sagen, daß meine Fraktion — was sie außerordentlich bedauert — nicht imstande ist, dem Gesetz zuzustimmen. Wir werden nicht gegen das Gesetz stimmen, weil wir nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß wir den gehobenen Stellen ihre Hebung mißgönnten. Diese Hebung ist ebenso angebracht und vom Grundsätzlichen des Gesetzes aus ebenso richtig, wie es notwendig gewesen wäre, jenem Sockel, der das gesamte Gebäude trägt und von dessen gutem Willen und Standfestigkeit das Geschick dieses Gebäudes abhängt, die gleiche Anerkennung zu geben. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner erhält das Wort der Herr Abgeordnete Walch.

Walch (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Ich habe nur als Berichterstatter eine kurze Bemerkung danhingehend zu machen: Im Artikel 8 auf Seite 12 ist bei der Aufzählung jener Besoldungsgruppen, die ein bayerischer Schulrat durchlaufen haben kann, wenn er in A 2 c 2 oder A 2 c 1 überführt wird, durch irgendein Versehen — ich kenne den Grund nicht näher — die Besoldungsgruppe A 4 a 2 vergessen worden.

Als Berichterstatter habe ich mir erlaubt, das hier durch diesen Antrag zu korrigieren. Ich bitte um Zustimmung.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Abgabe einer Erklärung für die Fraktion der CSU erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Meixner.

Meixner (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Namens der Fraktion der CSU habe ich zur Frage der Lehrer- und Richterbesoldung folgendes zu erklären:

Die Fraktion der CSU erkennt und anerkennt die große Bedeutung des **Lehrerstandes** für das kulturelle, das geistige, sittliche und religiöse Leben unseres Volkes. Sie erkennt auch die Bedeutung eines auch nach der wirtschaftlichen und finanziellen Seite hin befriedigten und befriedeten Lehrerstandes. Sie stand darum den Forderungen der Lehrerschaft nach Reform und Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse von Anfang an aufgeschlossen, sachlich und wohlwollend gegenüber. Die Fraktion der CSU hat wohl als erste die Initiative zur praktischen Lösung der Besoldungsreform ergriffen.

(Widerspruch bei der BP und FDP — Abg. Dr. Brücher: Nanu?)

Schon im Vorjahr hat sie das Finanzministerium um Aufschluß gebeten, was angesichts der finan-

(Meixner [CSU])

ziellen Lage Bayerns für die Verbesserung der Lehrerbesoldung in nächster Zeit getan werden könne. Sie hat dabei in erster Linie die anerkannte Not der Junglehrer und den mit Recht beanstandeten Mangel an Beförderungsstellen im Auge gehabt. Das Finanzministerium hat in diesen Verhandlungen die Anhebung der zwei ersten Gehaltsstufen auf die dritte Gehaltsstufe und die Schaffung von 3000 Beförderungsstellen mit einem Aufwand von etwa 7,5 Millionen DM für unmittelbar durchführbar erklärt.

Bei den Etatberatungen des Jahres 1953/54 hat die Fraktion der CSU die Schaffung von 4000 zusätzlichen Beförderungsstellen beantragt. Leider ist dieser Antrag im Haushaltsausschuß auf Widerstand gestoßen und konnte angesichts der angespannten Finanzlage nicht durchgebracht werden. Als am 6. März 1954 die Staatsregierung ihre Gesetzesvorlage zur Reform der Lehrerbesoldung vorlegte, hat die CSU-Fraktion die beiden wesentlichen Gedanken dieser Vorlage, die Anhebung der zwei ersten Gehaltsstufen auf die dritte Stufe und die Schaffung von 3000 zusätzlichen Beförderungsstellen und das damit verbundene Leistungsprinzip für richtig gehalten. Sie hat sich aber auch dem Gedanken der allgemeinen Hebung der Gehaltsstufen, wie er von anderer Seite vertreten wurde, nicht verschlossen und eine Synthese, einen Ausgleich zwischen den beiden Prinzipien gesucht, nämlich der allgemeinen Hebung der Gehaltsstufen im Rahmen des bisherigen Gehaltsregulativs zwischen 3300 und 5000 DM und der Schaffung zusätzlicher 3300 Beförderungsstellen. Sie ging bei dieser Überlegung von der Tatsache aus, daß die Volksschullehrerschaft seit Jahren vor allem das Fehlen der Beförderungsstellen gegenüber anderen Beamtengruppen mit Recht beanstandet hat, daß den Lehrern an den Volksschulen nicht einmal ein Sechstel, den übrigen Beamtengruppen in der Regel ein Viertel bis ein Drittel Beförderungsstellen zur Verfügung standen und daß ein großer Teil der Lehrerschaft auch innerhalb des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins dem Beförderung- bzw. Leistungsprinzip den Vorrang gegenüber der schematischen Durchstufung zugestanden wissen wollte.

Einig war sich jedenfalls die Fraktion der CSU mit den übrigen Koalitionsparteien, ja mit allen Parteien des Landtags, in dem Bestreben, die Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des bayerischen Staates entscheidend zu verbessern. Die CSU — sie muß das gegenüber im Lande umgehenden unrichtigen Darstellungen, ja zum Teil böswilligen Entstellungen, feststellen — hat mit den übrigen Koalitionsparteien dem Vorschlag des Finanzministers zugestimmt, 17 Millionen DM für die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft aller Schulgattungen aufzuwenden, davon 14,5 Millionen DM für die Lehrer der Volksschulen und 2,5 Millionen DM für die Lehrer der übrigen Schulgattungen.

Die CSU hat auch den Beschlüssen des Besoldungsausschusses zugestimmt, den Besoldungsaufwand für die Volksschullehrer auf 15,1 Millio-

nen DM zu erhöhen. Meinungsverschiedenheiten bestanden und bestehen noch lediglich über die Aufteilung dieses Betrags stärker nach dem Beförderung-, d. i. Leistungsprinzip, oder stärker nach der schematischen Durchstufung. Die CSU-Fraktion hält das Leistungsprinzip nach wie vor für die bessere Lösung. Sie will indessen das Gesetz über die Besoldungsreform unter keinen Umständen weiter verzögert, sondern es vielmehr unbedingt noch in diesem Landtag verabschiedet wissen. Aus diesem Grund hat die CSU-Fraktion beschlossen, dem Vorschlag des Besoldungsausschusses und des Haushaltsausschusses, insbesondere auf Durchstufung zwischen 3300 und 5300 DM unter Schaffung von dann nur 1945 statt 3300 Beförderungsstellen ihre Zustimmung zu geben. Aus dem gleichen Grund, nämlich jede weitere Verzögerung zu verhindern, kann die Fraktion Abänderungsanträgen nicht mehr zustimmen. Eine Ausnahme bildet lediglich der Antrag des Herrn Kollegen Walch zu Ziffer 8, da dieser nur ein Versehen berichtigt.

Die Fraktion der CSU wird auch der Inkraftsetzung des Gesetzes ab 1. April 1954 ihre Zustimmung geben. Sie löst damit ihre Zusage ein, daß sie dem Lehrerstand und auch seinen wirtschaftlichen Forderungen mit Gerechtigkeit, Sachlichkeit und Wohlwollen gegenübersteht, und sie hofft, damit einen Beitrag zur Befriedung des Lehrerstandes zu leisten.

Hinsichtlich der **Richterbesoldung** darf ich darauf hinweisen, daß mein Fraktionskollege, Abgeordneter Dr. Fischer, schon vor 1½ Jahren den Antrag gestellt hat, die Benachteiligung eines großen Teiles der Richter und Staatsanwälte hinsichtlich ihrer Beförderungsverhältnisse zu beseitigen. Ich darf auch darauf hinweisen, daß Abgeordneter Dr. Fischer sich im Besoldungsausschuß mit außerordentlichem Nachdruck für die Verbesserung der Richterbesoldung eingesetzt hat. Nachdem die Vorstandschaft des Bayerischen Richtervereins aus Gründen der Rücksichtnahme auf die bayerischen Staatsfinanzen bzw. auf die Auswirkungen, welche die allgemeine Hebung der Richterbesoldung auf weitere große Gruppen der bayerischen Staatsbeamten ausgelöst hat, auf die allgemeine Höherstufung verzichtet und sich mit der Schaffung von weiteren 100 Beförderungsstellen als befriedigt erklärt hat, wird die CSU-Fraktion auch hinsichtlich der Verbesserung der Richterbesoldung den Beschlüssen des Besoldungs- und Haushaltsausschusses beitreten. Sie hofft, auch in diesem Fall der Zustimmung des für den Staat so wichtigen Richterstandes sicher zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Walch zur Abgabe einer Erklärung.

Walch (SPD): Meine Damen und Herren! Herr von Knoeringen hat mich beauftragt, im Namen der SPD-Landtagsfraktion folgende **Erklärung** zu verlesen:

(Walch [SPD])

Die vorliegenden Gesetze zur **Lehrer- und Richterbesoldung** treten nunmehr ein Jahr später als in den übrigen Bundesländern in Kraft. Daher erleiden diese beiden Berufsgruppen einen Verlust von rund 20 Millionen DM an ihrem Dienst Einkommen. Somit haben Lehrer und Richter einen reichlichen Beitrag zur Abgleichung des Staatshaushalts geleistet. In Erkenntnis dieser Tatsache ist das Festhalten am Termin 1. April 1954 für die SPD eine unabdingbare Forderung.

Da der beschlossene Aufwand für die Besoldung der Lehrer in Bayern gegenüber den genannten Bundesländern mit 2 Millionen DM unter dem Durchschnitt des Bundes bleibt, bringt die von der SPD angeregte neue Besoldungsgruppe A 4 b 4, die so hartnäckig bekämpft und nicht minder zäh erkämpft wurde, nichts mehr als einen begründeten Ausgleich, der harmonisch durch die Beförderungstellen des gerecht durchgeführten Oberlehrergesetzes ergänzt wird.

Die SPD begrüßt es, daß die beiden Besoldungsgesetze ohne Debatte der Koalitionsparteien verabschiedet werden, und zwar nicht nur deshalb, weil heute praktisch nichts Neues gesagt werden könnte, vielmehr deshalb, weil der einmütige Beschluß des Landtags diesen beiden Berufsgruppen zeigen soll, daß die Abgeordneten des bayerischen Volkes die besondere Bedeutung des Lehrer- und Richterstandes für das Volksganze gebührend zu würdigen wissen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE gibt eine Erklärung ab der Herr Abgeordnete Simmel.

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Namens des Gesamtdeutschen Blocks/BHE gebe ich zu beiden Gesetzentwürfen folgende **Erklärung** ab:

Die beiden Gesetze sind monatelang in den zuständigen Ausschüssen sehr eingehend und gründlich beraten worden. Das Ergebnis ist unseres Erachtens zwar keine Ideallösung, da berechnete Wünsche nicht berücksichtigt werden konnten, aber im ganzen immerhin ein wohlabgewogenes Kompromiß.

Der Gesamtdeutsche Block/BHE hat ebenfalls bereits seit etwa 2 Jahren auf eine Hebung der **Lehrerbesoldung** gedrängt. Der Aufwand für die Besoldung der Lehrer an Volks-, Hilfs- und Sonderschulen in Bayern liegt immer noch um mehrere Millionen unter dem Bundesdurchschnitt. Allein die um 12 bzw. 9 Monate gegenüber anderen Bundesländern verspätete Inkraftsetzung der beiden Besoldungsgesetze bedeutet für unseren Staat eine Ersparnis von 15 bis 18 Millionen DM. Nachdem unser Antrag Riediger, Schreiner und Fraktion, die Volksschullehrer nach A 4 b 3 einzustufen, keine Verwirklichung finden konnte, haben wir uns dem Vorschlag auf Einstufung in A 4 b 4 angeschlossen, die auch noch hart genug erkämpft werden mußte.

Für die **Richterbesoldung** hätte unsere Fraktion insbesondere auch deshalb eine durchgreifendere Reform gewünscht, weil es im Interesse einer hochstehenden Rechtsprechung und damit im Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt, dem deutschen Richter eine gehobene Stellung im Volksleben zu schaffen und eine Abwanderung qualifizierter Juristen in andere Berufe zu verhindern. Unsere Fraktion hat diesen Standpunkt bereits mehrfach bei den Haushaltsberatungen zum Ausdruck gebracht. Unsere Fraktion hat sich jedoch daran, auf einer solch durchgreifenderen Reform der Richterbesoldung zu bestehen, nicht nur aus den bereits vorgenannten Gründen gehindert gesehen, sondern auch deshalb, weil der Richterverein sich mit der vorliegenden Neuregelung einverstanden erklärt hat.

Die Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE ist der Überzeugung, daß das vorliegende Richterbesoldungsgesetz nur der Anfang für eine gründlichere Hebung der Gehälter sein soll. Der Gesamtdeutsche Block/BHE hat deshalb ebenfalls auf die Verabschiedung der beiden Besoldungsgesetze bereits mit Wirkung vom 1. April 1954 hingewirkt in der Überzeugung, daß sie sich im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung des Richter- und des Lehrersstands für unser ganzes Volk segensreich auswirken werden.*

(Beifall beim Gesamtdeutschen Block/BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion der Bayernpartei erteile ich das Wort zur Abgabe einer Erklärung dem Herrn Abgeordneten Engel.

Engel (BP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktion der Bayernpartei habe ich zur **Lehrerbesoldung** folgende **Erklärung** abzugeben:

Schicksal und Werdegang des bayerischen Lehrers gleichem einem steilen und steinigem Weg, an dessen Rändern Tafeln sonder Zahl stehen. Jede von ihnen ist ein Denkmal des Idealismus und der aufopfernden Arbeit, die die Lehrer zu allen Zeiten an der Jugend des Volkes und für das Volk geleistet haben. Jede von ihnen verzeichnet aber auch die Entbehrungen und Enttäuschungen, die sie für ihr Schaffen und Wirken ertragen und erleben mußten. Der Lehrer, dem bedeutende Männer der Geschichte das Zeugnis ausstellen mußten, daß er die Schlacht von Sadowa gewonnen und den Krieg von 1870/71 zu Deutschlands Gunsten entschieden habe,

(Unruhe)

wurde mit dem Gehalt eines Korporals abgespeist. Das Lied vom armen Dorfschulmeisterlein flog von Dorf zu Dorf und von Wirtshaus zu Wirtshaus und schmähte den einzelnen Lehrer, den ganzen Beruf und sein Tun. Dabei ist es gerade der Lehrer, dem wir unser köstlichstes Gut anvertrauen, unsere Kinder; ist es der Lehrer, der durch seine vom reinsten Idealismus getragene unverdrossene Arbeit an diesem unserem Kind, seiner Bildung und Erziehung die Grundlage dafür legte und legt,

(Engel [BP])

daß unser bayerisches Volk in der ersten Reihe der Kulturvölker stehen darf.

Im Wissen darum, daß wir aus der Not und der Erniedrigung unserer Tage nur herausfinden werden, wenn wir unsere Jugend an die tiefsten Quellen des Wissens und der sittlichen Werte heranzuführen, hat die Bayernpartei einen Antrag eingebracht, der zunächst nichts anderes zum Ziel hat, als der drückenden materiellen Not zu steuern, die Lehrerschaft und das Lehrerhaus von der Sorge des Alltags zu befreien und so mitzuhelfen, Licht und Sonne und Freude in die Schulstuben zu tragen.

Unser Antrag hat sich mit den Anträgen anderer Fraktionen in dem Entwurf verdichtet, der Ihnen nunmehr zur Verbescheidung vorliegt. Die Bayernpartei bekennt sich zu dieser Neuregelung der Lehrerbeseoldung, wenn sie auch gewünscht hätte, daß man nach dem Grundsatz gehandelt hätte: Doppelt gibt, wer schnell gibt! Die Neuregelung soll der Ausdruck des Dankes des ganzen Volkes sein für die Arbeit, die die gesamte Lehrerschaft bisher für unsere Kinder und für unser Volk geleistet hat. Die Bayernpartei will aber auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Lehrerschaft mit ungebrochenem Idealismus und unverzagt an der bevorzugtesten Stelle mithelfen wird, um unser bayerisches Volk an der Entwicklung und an den Errungenschaften der Gegenwart teilhaben zu lassen. Dieser Entwurf bedeutet für die Bayernpartei keinen Abschluß, er soll vielmehr eine Entwicklung einleiten, die rasch zu dem Ziel führt, daß der Volksschullehrer in gleicher Wertung mit dem Lehrer der höheren Schule, in gleicher geistiger und materieller Unabhängigkeit unsere Jugend zu aufgeschlossenen, freien und freiheitlichen Menschen erzieht, die die Grundlage ihres späteren Wirkens in der christlichen Weltanschauung sehen.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion der FDP erteile ich das Wort zur Abgabe einer Erklärung dem Herrn Abgeordneten Dr. Korff.

Dr. Korff (FDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Fraktion der FDP hat es nicht notwendig, sich selbst eine gute Zensur in dieser Sache zu erteilen. Sie weiß, daß die Sammlungen der Anträge und Beschlüsse des Landtags und die Protokolle da eine zu klare und deutliche Sprache sprechen.

(Abg. Junker: Also doch!)

Sie weiß genau, daß diese Protokolle sagen, daß sie sich nicht erst auf Drängen und unter dem Druck einer herannahenden Wahl um die materielle Verbesserung des Standes der Lehrer angenommen hat. Sie weiß, daß sie in konstruktiver Opposition an der Gestaltung der jetzt vorliegenden und von Ihnen zu beschließenden **Lehrerbeseoldung** mitgearbeitet hat. Sie weiß, daß sie daran mitgearbeitet hat, zu verhindern, daß für

den Lehrerstand die gleichen — vom Herrn Kollegen Bezold Ihnen ja geschilderten — Gefahren auftauchen wie für den Richterstand. Sie weiß auch, daß sie nicht mitgetan hat beim Versuch, das Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch einmal ein Vierteljahr oder vielleicht sogar länger hinauszuschieben. Wir fühlen uns nicht mitschuldig daran, daß in der Frage der Lehrer- und Richterbesoldung Bayern das Schlußlicht im Bund macht.

(Abg. Dr. Haas: Richtig!)

Wir möchten vorausschauend auf die Zukunft hin auch bemerken, daß wir mit sämtlichen Lehrern im Lande der Ansicht sind, daß die jetzt zu verabschiedende Lehrerbeseoldung in keiner Weise etwa als das Linsengericht gelten kann, mit dem die Verbesserung der Lehrerbildung,

(Abg. Dr. Brücher: Sehr gut!)

die der Herr Ministerpräsident namens der Koalition auf Universitätsebene zu stellen vor vier Jahren versprochen und nicht gehalten hat,

(Abg. Dr. Brücher: Sehr gut!)

abgetan ist. Wir sind der Ansicht, daß dieses Linsengericht nicht den Verzicht auf die Neuregelung der Lehrerbildung bedeutet, und wir werden Gelegenheit nehmen, im nächsten Landtag von vornherein die Gretchenfrage zu stellen.

(Abg. Junker: Mit Verringerung des Besoldungsaufwands!)

— Unter Beibehaltung des Besoldungsaufwands, da bekanntlich die Auswirkung der Verbesserung der Lehrerbildung voll erst in 30 Jahren anläuft.

(Abg. Junker: Voll? Ihr Wahlschlager ist doch die Verringerung des Besoldungsaufwandes!)

Zum Schluß möchte ich namens meiner Fraktion die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, zu überlegen, ob man diejenigen, die durch unsere Schuld und durch die Schuld der Exekutive wegen der verspäteten Verabschiedung des Gesetzes nicht mehr in den Genuß der Verbesserung ihrer Pensionen kommen,

(Abg. Walch: Weil Sie dagegengestimmt haben!)

— da habe ich mich der Stimme enthalten, weil meine Fraktion noch nicht entschieden hatte — nicht doch an der Aufbesserung teilnehmen lassen kann durch Annahme des Ihnen vorliegenden Antrags, unterzeichnet Dr. Eberhardt, Dr. Korff, Dr. Brücher.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (BP): Namens der Bayernpartei und im Einvernehmen mit der FDP bitte ich um eine kurzfristige Unterbrechung der Sitzung auf etwa 10 Minuten.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich frage das Hohe Haus, ob es dem Wunsch zu entsprechen gewillt ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Die Sitzung wird auf 10 Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird von 10 Uhr 21 Minuten bis 10 Uhr 54 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind wieder aufgenommen. Zur Abgabe einer Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktionen der Bayernpartei und der FDP habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die beiden Fraktionen werden der Vorlage eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechtes (Lehrerbesoldungsgesetz) zustimmen, sie werden sich aber bei der Entscheidung über das Dritte Änderungsgesetz (Richterbesoldungsgesetz) aus grundsätzlichen Erwägungen der Stimme enthalten. Nach ihrer Auffassung bringt das Gesetz zwar eine gewisse Verbesserung der Besoldungsverhältnisse der Richter; es trägt aber nicht der Forderung Rechnung, die Unabhängigstellung des Richtertums als der dritten Säule des Staates weithin zu sichern und zu stärken. Dies hätte nur erreicht werden können durch eine allgemeine Anhebung und Durchstufung der Besoldung der Richter.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort wird nicht weiter verlangt. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir treten in die Abstimmung ein. Ich bitte Sie, die Beilage 5697 zur Hand zu nehmen.

Ich rufe auf den

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts.

Artikel 1. — Ich bemerke zu diesem ganzen Gesetzeswerk, daß in der Ergänzungsvorlage, Anlage 1, Stellenplan, zum Einzelplan 13 bereits die Stellen ausgebracht sind, die in diesem Gesetz jetzt beschlossen werden.

Artikel 1 Absatz 1, Einleitung, wird unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Stimmenthaltungen der Fraktionen der Bayernpartei und der FDP und von 2 Abgeordneten der SPD gelten wohl für das ganze Gesetz?

(Zurufe: Ja!)

— Wird so vorgemerkt.

Ziffer 1 Buchstabe a) unverändert. — Beschlossen wie vor.

Buchstabe b) — Ich bitte, mir die Verlesung des sehr umfangreichen Gesetzeswerks zu erlassen; ich darf jeweils auf die vorerwähnte Landtagsdruck-

sache 5697 Bezug nehmen. — Buchstabe b) — genehmigt wie vor.

Buchstabe c) — wie Buchstabe b) in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse. Hier hat der Haushaltsausschuß eine vom Besoldungsausschuß abweichende Formulierung vorgeschlagen.

Wir stimmen zunächst über die vom Haushaltsausschuß empfohlene Formulierung ab. Ihr zufolge soll die vom Besoldungsausschuß vorgeschlagene Fußnote 7) entfallen.

Wer der Streichung der Fußnote 7) die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bemerke, damit kein Irrtum entsteht, daß sie vom Haushaltsausschuß empfohlen ist. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist beschlossen, wie vom Haushaltsausschuß vorgeschlagen. Damit wird die bisherige Fußnote 8) zu Fußnote 7), die Fußnote 9) wird zu Fußnote 8).

Der Haushaltsausschuß schlägt ferner vor, eine neue Fußnote 9) mit folgendem Text anzufügen:

9) erhalten als aufsichtsführende Richter eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 300 DM.

Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist beschlossen, wie vom Haushaltsausschuß vorgeschlagen.

Im übrigen stimmen wir jetzt über die vom Haushaltsausschuß zu Artikel 1 Ziffer 1 c unter Berücksichtigung der vorerwähnten Änderungen in den Fußnoten vorgeschlagene Formulierung ab. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Genehmigt wie vor.

Zu Ziffer 1 d sind von den Ausschüssen keine Änderungen vorgeschlagen. Wer der Regierungsvorlage die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Angenommen wie vor mit den Stimmenthaltungen wie bemerkt.

Zu Ziffer 1 e liegen ebenfalls Änderungsvorschläge von den Ausschüssen nicht vor. Wer der Regierungsvorlage die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen wie vor.

Die Ausschüsse schlagen eine Ziffer 2 zu Artikel 1 vor:

2. In Besoldungsgruppe A 1 b wird gestrichen: „Direktoren der Oberversicherungsämter²⁾“, Fußnote 2.

Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich erheben. — Angenommen wie die vorausgegangenen Bestimmungen.

Wir kommen zu Artikel 2. Der Eingangssatz ist gegenüber der Regierungsvorlage unverändert. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. Angenommen mit den Stimmenthaltungen wie vor.

Buchstabe a) ebenfalls unverändert. — Angenommen wie vor.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Buchstabe b) in Besoldungsgruppe A 1 b:

„Amtsgerichtsdirektoren als Leiter von Amtsgerichten mit mehr als 175 000 Einwohnern im Bezirk ¹⁾,

Landgerichtsdirektoren ²⁾,

Oberstaatsanwälte

als Abteilungsleiter bei den Oberlandesgerichten ²⁾,

als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit mehr als 400 000 Einwohnern im Bezirk, soweit deren Präsidenten in der Besoldungsgruppe B 8 stehen,

Verwaltungsgerichtsdirektoren“,

Fußnote 1,

Fußnote 2.

Wer die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Angenommen wie vor.

Zu Buchstabe c) liegen gegenüber der Regierungsvorlage keine Änderungsvorschläge vor. — Ich stelle die Annahme fest.

Zu Buchstabe d) sind ebenfalls keine Änderungsvorschläge gegenüber der Regierungsvorlage da. — Angenommen wie vor.

Zu Buchstabe e) desgleichen. — Angenommen wie vor.

Zu Buchstabe f) ebenso. — Angenommen wie vor.

Artikel 3 lautet in der Fassung der Ausschlußvorschläge:

Das Besoldungsdienstalter der Beamten, die durch dieses Gesetz in eine andere Besoldungsgruppe übergeleitet werden, ist so festzusetzen, wie wenn die Beamten am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes in ihre neue Besoldungsgruppe übergetreten wären.

Einweisungen in die im Zusammenhang mit diesem Gesetz im Haushalt 1954 gehobenen oder neu geschaffenen Planstellen erfolgen bis zum 31. Dezember 1954 rückwirkend auf den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Angenommen wie die vorangegangenen Artikel mit den Stimmenthaltungen.

Artikel 4 lautet nach den Ausschlußvorschlägen:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz, des Innern und für Arbeit und soziale Fürsorge die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Angenommen mit den Stimmenthaltungen wie die vorausgegangenen Artikel.

Artikel 5 lautet:

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1954 in Kraft.

Der Haushaltsausschuß schlägt in Abänderung dazu vor, zu formulieren:

Das Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. April 1954 in Kraft.

Wer der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen, eben verlesenen Formulierung die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Angenommen mit den Stimmenthaltungen wie vor.

Damit ist die erste Lesung beendet. Wir treten anschließend unmittelbar in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Eine Wortmeldung hierzu erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Dabei werden zugrundegelegt die Beschlüsse der ersten Lesung.

Ich rufe auf den Artikel 1. — Ohne Erinnerung. Artikel 2 — ohne Erinnerung. Artikel 3 — ohne Erinnerung.

Zu Artikel 4 erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister des Innern.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine redaktionelle Änderung vorschlagen. Es heißt:

„mit dem Staatsministerium der Justiz, des Innern“ usw.

Das entspricht dem ursprünglichen Text, wo nur ein Ministerium genannt war. Jetzt würde ich vorschlagen:

„mit den Staatsministerien“ usw.

(Zurufe: Richtig!)

Präsident Dr. Hundhammer: Gegen diese redaktionelle Änderung wird keine Erinnerung erhoben. Der Artikel ist in der zweiten Lesung mit dieser Änderung angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 5. — Ohne Erinnerung.

Damit ist die zweite Lesung beendet. Wir kommen zur Schlußabstimmung. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. — Dagegen wird kein Einwand erhoben. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung die Zustimmung erteilen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das Gesetz ist angenommen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der Bayernpartei, der FDP, von zwei Stimmen von der SPD und zwei Stimmen vom BHE.

Das Gesetz hat den Titel:

Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts.

Auch die Überschrift des Gesetzes hat die Zustimmung des Hauses gefunden. Damit ist die Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir treten unmittelbar anschließend ein in die Abstimmung über das Vierte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts. Hierzu wollte der Abgeordnete Förster noch eine Erklärung abgeben. Ich erteile ihm das Wort.

Förster (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zu dem Antrag der FDP, der wie folgt lautet:

(Förster [SPD])

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Artikel 9 werden folgende Absätze zugefügt:

„Beamte, die seit dem 1. April 1953 in den Ruhestand getreten sind, und Hinterbliebene, deren Versorgungsfall nach dem 1. April 1953 eingetreten ist, erhalten ihre Versorgungsbezüge nach vorstehendem Gesetz.“

Dasselbe gilt für Beamte, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand treten“

namens meiner Fraktion folgende **Erklärung** abzugeben:

Dieser Antrag ist dem Initiativgesetzentwurf der SPD entnommen und von dem heutigen Mitunterzeichner des Antrags, Herrn Dr. Korff, in der 71. Sitzung des Besoldungsausschusses am 24. Juni abgelehnt worden.

(Lebhafte Hört-Rufe bei der SPD)

Wir wissen zwar nicht, was den Herrn Kollegen Dr. Korff zu einer Meinungsänderung um 180° bewogen hat, aber wir fürchten, daß dieser erneut aufgenommene Antrag reichlich spät kommt und die Gefahr einer Rückverweisung der ganzen Besoldungsvorlage an den Besoldungsausschuß durch die Mehrheit des Hauses droht.

(Widerspruch von der FDP)

Dann allerdings hätte dieser Antrag der gesamten Lehrerschaft einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Es ist eines Parlaments geradezu unwürdig, wenn eine Fraktion so verfährt. Man kann es nicht so machen, daß man monatelang an einer Vorlage mitarbeitet und dann bei der Schlußabstimmung erneut einen Antrag stellt, dem sich die eigenen Vertreter während der Beratung entgegengestellt haben. So gerne wir aus loyalen und sozialen Gründen dem Antrag erneut zugestimmt hätten, aus grundsätzlichen und politischen Erwägungen müssen wir ihn zu diesem Zeitpunkt ablehnen, weil wir das ganze Gesetzgebungswerk nicht mehr stören lassen können. Die Verantwortung trägt allein die FDP.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Abgabe einer Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Haas.

Dr. Haas (FDP): Verehrter Herr Kollege Förster! Ich möchte zunächst auch sagen, so billig geht es nicht. Ich darf einmal darauf hinweisen, daß es sich um keinen FDP-Fraktionsantrag handelt,

(Sehr gut! bei der FDP)

sondern um einen Antrag einzelner Abgeordneter meiner Fraktion. Zum anderen darf ich darauf hinweisen, daß mein Kollege Dr. Eberhardt — der heute leider nicht anwesend sein kann —, der der Initiator dieses Antrags ist, diesen Antrag im Besoldungsausschuß — was Sie nicht bestreiten kön-

nen, meine Damen und Herren! — seit eh und je gestellt und begründet hat.

(Abg. Förster: Mit der Stimme des Abgeordneten Dr. Korff ist er abgelehnt worden! Dann wurde er erneut gestellt!)

— Eben! Kollege Dr. Eberhardt hat ihn im Besoldungsausschuß gestellt und begründet.

(Abg. Förster: Dr. Korff hat ihn abgelehnt!)

— Mein Kollege Dr. Korff hat sich der Stimme enthalten!

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter Dr. Haas, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, es kann nicht in die Debatte eingetreten werden; es kann nur eine Erklärung abgegeben werden. Ich bitte, die Formulierung dementsprechend zu wählen.

Dr. Haas (FDP): — Ich gebe diese Erklärung ab. Ich sage, daß nur ein Personenkreis von 200 Lehrern in Frage kommt, so daß eine Rückverweisung angesichts dieser geringen Personenzahl überhaupt nicht in Betracht kommt.

(Abg. Dr. Korff: Eine Erklärung!)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion kann nur eine Erklärung abgegeben werden.

(Abg. Dr. Korff: Ich habe mich der Stimme enthalten! — Widerspruch bei der SPD — Abg. Dr. Korff: Dann stimmt das Protokoll nicht! Ich habe mich der Stimme enthalten!)

Wir treten in die Abstimmung der ersten Lesung ein. Ich rufe auf den

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts.

Wie beim eben vorhin verabschiedeten Gesetzentwurf mache ich darauf aufmerksam, daß in der Ergänzungsvorlage zur Anlage I, Stellenplan für den Einzelplan 13, die neu in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Stellen oder Stellenhebungen bereits aus-gebracht sind.

Artikel 1. — Ich bitte, mir die Verlesung der Artikel, die etwas umfangreich sind, auch hier zu erlassen. Ich darf verweisen auf die Beilage 5698, die die Grundlage der Abstimmung bildet.

Sie finden bei Artikel 1 in der Ihnen vorliegenden Drucksache im Einleitungssatz in Klammern einen Hinweis auf das Gesetz- und Verordnungsblatt Seite — —. Diese Seite kann nicht eingefügt werden, weil das betreffende Gesetz erst gedruckt werden muß. Ich schlage vor, den Hinweis „(GVBl. S.)“ im Gesetzestext zu streichen und es bei der Formulierung zu belassen:

„ . . . in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 3. August 1954 . . . “

Dann ist die Fassung klar.

Wer in dieser Form dem Einleitungssatz die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltung

(Präsident Dr. Hundhammer)

gen? — Bei der Fraktion der Bayernpartei sind einige Abgeordnete nicht aufgestanden.

(Zuruf von der BP: Doch!)

— Sie stimmen auch zu. Also stelle ich die einstimmige Annahme des Einleitungssatzes fest.

Ziffer 1:

1. Es wird eingefügt:

a) . . .

Wer der Formulierung, die Ihnen gedruckt vorliegt, die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Buchstabe b). Hierzu hat der Haushaltsausschuß vorgeschlagen, die Fußnote 10), die vom Besoldungsausschuß formuliert gewesen war, zu streichen. Wer dem Beschluß des Haushaltsausschusses die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 6 Stimmenthaltungen ist beschlossen, wie vom Haushaltsausschuß empfohlen.

Wer der Formulierung von Ziffer 1 b) unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist Buchstabe b mit der Änderung angenommen.

Es folgt Buchstabe c). Auch hier hat der Haushaltsausschuß eine Änderung vorgeschlagen: Streichung der Fußnote 6). Wer beschließen will, wie vom Haushaltsausschuß empfohlen, wolle sich vom Platz erheben. — Es ist so beschlossen.

Wer dem Buchstaben c) mit der Einfügung bei Fußnote 5 „Beamte, die am 3. August 1954 usw.“ im übrigen die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen?

Herr Abgeordneter Luft, wie stimmen Sie ab? Sie enthalten sich der Stimme?

Luft (Gesamtdeutscher Block/BHE): Nein, Herr Präsident, es ist eine unklare Ausführung gemacht worden. Beamte, die am 3. August — — —

Präsident Dr. Hundhammer: Es wird eingefügt „am 3. August“. Das habe ich vorhin bemerkt. Das haben Sie offenbar überhört. — Angenommen bei 1 Stimmenthaltung.

Ich rufe auf Buchstabe d). Auch hier ist in der Fußnote 5 einzufügen „3. August 1954“. Der Termin muß eingefügt werden; es ist der heutige Tag.

Wer dem Buchstaben d) in dieser Formulierung zustimmt, wolle Platz behalten. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe c). Hier sind keine Änderungen.

(Zuruf: Das heißt „e“!)

— Ja, das ist ein Druckfehler. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Buchstabe e) ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Buchstabe f). In der Fußnote ist einzufügen „3. August 1954“. Immer in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Beschlossen wie vom Ausschluß empfohlen.

Ich rufe auf den Buchstaben g). Hierbei hat der Haushaltsausschuß vorgeschlagen, die Fußnote 1 entfallen zu lassen. Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Es ist so beschlossen.

Wir stimmen ab über den Buchstaben g) unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderung. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — 1 Gegenstimme — Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Buchstabe g) ist angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe h). Hier haben wir den Vorschlag des Haushaltsausschusses, die Fußnoten 2 und 3 entfallen zu lassen. Damit wird dann die bisherige Fußnote 4 Fußnote 2 werden. Wer dem Vorschlag des Haushaltsausschusses zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Das ist die Mehrheit. Beschlossen wie vor.

Wir stimmen über den Buchstaben h) unter Berücksichtigung der eben vorgenommenen Änderung ab. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 1 Stimme — Stimmenthaltungen liegen nicht vor —. Der Buchstabe h) ist mit der Änderung des Haushaltsausschusses angenommen.

Ich rufe auf den Buchstaben i). Hierbei ist wieder der Termin „3. August 1954“ in der Fußnote 1 einzufügen. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Der Buchstabe ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe k), ebenfalls wie die vorausgegangenen in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Buchstabe k) ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Buchstaben l). Hierbei hat der Haushaltsausschuß vorgeschlagen, die Fußnote 4 entfallen zu lassen. Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Es ist beschlossen, wie vom Haushaltsausschuß vorgeschlagen.

Wer dem Buchstaben l) in der jetzt veränderten Formulierung, im übrigen aber in der Fassung der Beschlüsse der Ausschüsse zustimmen will, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen 1 Stimme ist Buchstabe l angenommen.

Zum Buchstaben m) liegen von den Ausschüssen keine Änderungsvorschläge vor. Wer ihm in der Formulierung der Regierungsvorlage die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig beschlossen wie von der Regierung vorgeschlagen.

Ich rufe auf den Buchstaben n) in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer ihm zustimmt, wolle

(Präsident Dr. Hundhammer)

Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Buchstaben o). Hierbei ist in der Fußnote 3 einzufügen: „3. August 1954“. Der Haushaltsausschuß schlägt ferner vor, die Fußnote 5 zu streichen. Wer dem Vorschlag des Haushaltsausschusses zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Die Streichung ist beschlossen. Wer im übrigen dem Buchstaben o) die Zustimmung erteilt, wie sie jetzt in der veränderten Form gestaltet ist, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 1 Stimme angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe p) in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Es folgt die Abstimmung zu Buchstabe q). Hierbei ist in der Fußnote 2 einzufügen: „3. August 1954“. Wer ihm in der Formulierung der Ausschüsse zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe r) in der Formulierung der Ausschüsse. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen? — Nicht vorhanden. Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe s). In der Fußnote 2 ist einzufügen: „3. August 1954“. Wer ihm in der Formulierung des Ausschlußvorschlages zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Buchstaben t). In der Fußnote ist wiederum einzusetzen: „3. August 1954“. Wer ihm in der Formulierung der Beschlüsse der Ausschüsse zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen? — Nicht vorhanden. Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Buchstabe u). Hierbei ist die Regierungsvorlage zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen — liegen nicht vor. Der Buchstabe ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 2. Ich schlage vor, über die Fassung der Ausschlußbeschlüsse zu a) abzustimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen — liegen nicht vor. Einstimmig angenommen.

Zu Buchstabe b) ist die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage von den Ausschüssen empfohlen. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen — und Gegenstimmen — liegen nicht vor. Einstimmig angenommen.

Zu Buchstabe c) liegt die Fassung der Ausschlußvorschläge vor. Wer ihr zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen — und Gegenstimmen — liegen nicht vor. Einstimmig angenommen.

Bei Buchstabe d) wird die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfohlen. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Angenommen wie vor.

Bei Buchstabe e) schlagen die Ausschüsse folgende Formulierung vor:

- e) in Besoldungsgruppe 3 c:
„Fachschuloberlehrer ¹⁾“,

Wer dem Ausschlußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Angenommen wie vor.

Buchstabe f) und die weiteren Absätze der Regierungsvorlage sind in der Reihenfolge der Buchstaben um jeweils einen Buchstaben fortzurücken, da der Buchstabe e) neu hinzugefügt wurde. Buchstabe e) der Regierungsvorlage wird jetzt f). Wer zustimmt, wolle Platz behalten. Einstimmig angenommen.

Buchstabe f) der Regierungsvorlage, jetzt g), wird zur unveränderten Annahme empfohlen. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe g) der Regierungsvorlage, jetzt h), ist ebenfalls unverändert zur Annahme empfohlen. — So beschlossen.

Buchstabe h) der Regierungsvorlage, jetzt i), unverändert zur Annahme empfohlen. — So beschlossen.

Buchstabe i) der Regierungsvorlage, jetzt k), unverändert zur Annahme empfohlen. — So beschlossen.

Buchstabe k) der Regierungsvorlage, jetzt l) in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse erhält folgende Formulierung:

- l) in Besoldungsgruppe 7 a: „Oberflußmeister, Oberforstwärter, Präparatoren ¹⁾“,
Fußnote 1.

Wer zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe l) der Regierungsvorlage, jetzt m), erhält die Fassung:

- m) in Besoldungsgruppe 8 a: „Flußmeister, Präparatoren, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 7 a ¹⁾.“ — Fußnote 1.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen liegen nicht vor. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe m) der Regierungsvorlage, jetzt n). Unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen — liegen nicht vor. — Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Artikel 2. Der Einleitungssatz der Regierungsvorlage ist von den Ausschüssen nicht verändert worden. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen liegen nicht vor. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe a) in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen sind nicht da. Einstimmig angenommen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Buchstabe b) in der Fassung der Ausschlußvorschläge. — Ohne Einwände. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe c) in der Fassung der Regierungsvorlage. — Ohne Einwände. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe d) der Gesetzesvorlage soll gestrichen werden. Wer der Streichung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Einstimmig so beschlossen.

Buchstabe e) der Regierungsvorlage ist unverändert als Buchstabe d) des jetzigen Gesetzeswerkes zur Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen liegen nicht vor. — So beschlossen.

Buchstabe f) der Regierungsvorlage ist als Buchstabe e) zur Annahme empfohlen. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe g) ist als Buchstabe f) zur Annahme empfohlen. — Einstimmig so beschlossen.

Buchstabe h) in der Formulierung der Ausschlußvorschläge würde lauten:

g) in Besoldungsgruppe 4 A 2: „Mittelschullehrer, Oberlehrer bei den Justizvollzugsanstalten, Oberschullehrer.“

Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe i) der Regierungsvorlage ist als Buchstabe h) des vorliegenden Gesetzeswerkes zur Annahme empfohlen. — Einstimmig angenommen.

Buchstabe k) der Regierungsvorlage ist als Buchstabe i) zur Annahme empfohlen. — Unverändert so beschlossen.

Buchstabe l) der Regierungsvorlage ist als Buchstabe k) unverändert zur Annahme empfohlen. — So beschlossen.

Wir kommen zu Artikel 3. Der Eingangssatz ist von den Ausschüssen unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen liegen nicht vor. — Einstimmig angenommen.

Dann die einzelnen Gruppen. Sie lauten nach dem Vorschlag der Ausschüsse — ich verlese sie, damit kein Zweifel besteht —:

„A 4 b 2	2700	2850
A 4 c 2	2520	2660“.

Dafür wird gesetzt:

„A 3 d	3150	3325
A 4 b 4	2970	3135
A 4 c 2 und A 5 a	2520	2660“.

Wer dieser Änderung, die die Ausschüsse vorge schlagen haben, die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt Artikel 4. Die Ausschüsse empfehlen die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, sich vom Platz erheben. — Stimmenthaltungen? — Liegen nicht vor. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 5 in der Fassung der Ausschlußvorschläge, und zwar zunächst die Einleitung und den Absatz a. Wer zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu den Absätzen b und c ist die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage von den Ausschüssen vorgeschlagen. — Es erhebt sich keine Erinnerung. Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 6 in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Es ist einstimmig beschlossen, wie von den Ausschüssen empfohlen.

Ich rufe auf Artikel 7 in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen — liegen nicht vor. Die Fassung der Ausschlußvorschläge ist angenommen.

Ich rufe auf Artikel 8. Hier ist einschlägig die von dem Herrn Abgeordneten Walch vorgeschlagene Einfügung: A 4 a 2 nach A 3 d. Wer dem Vorschlag des Herrn Abgeordneten Walch die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Einfügung ist bei 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Der Artikel kommt nun als Ganzes zur Abstimmung. Wer ihm zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Der Artikel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 9. Wir stimmen zunächst über den Text der Regierungsvorlage ab, der von den Ausschüssen zur unveränderten Annahme empfohlen ist. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir haben nun abzustimmen über den hiezu einschlägigen **Ergänzungsantrag** der Abgeordneten Dr. Eberhardt und Genossen, Dr. Lacherbauer und Genossen. Er lautet:

Dem Artikel 9 werden folgende Absätze angefügt:

Beamte, die seit dem 1. April 1953 in den Ruhestand getreten sind, und Hinterbliebene, deren Versorgungsfall nach dem 1. April 1953 eingetreten ist, erhalten ihre Versorgungsbezüge nach vorstehendem Gesetz.

Dasselbe gilt für Beamte, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand treten.

Wer diesem Ergänzungsantrag zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Ergänzungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf Artikel 10 in der Fassung der Ausschlußvorschläge. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Gegenstimmen und Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Der Artikel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 11, der von den Ausschüssen neu eingefügt wurde. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Gegenstimmen und

(Präsident Dr. Hundhammer)

Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Artikel 11 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 12. Hier ist in der Formulierung der Ausschußvorschläge wieder das Datum des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts einzufügen. Es ist das der heutige Tag, der 3. August 1954. Ich schlage vor, die Beifügung „(GVBl. S...)“ zu streichen, nachdem das noch nicht feststeht und der Gesetzestext an sich klar ist.

Dasselbe gilt dann an späterer Stelle, wo es heißt: „nach Maßgabe des im Staatshaushaltsgesetz 1954“. Ich schlage vor, die folgenden Worte: „vom... (GVBl. S...)“ ebenfalls zu streichen. Denn mit der Formulierung „Haushaltsgesetz 1954“ ist genügend Klarheit gegeben. — Gegen diese von mir vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich keine Erinnerung.

Wer dem Artikel 12 in dieser geänderten Fassung die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Artikel 12 ist einstimmig angenommen.

Für den Artikel 13 schlagen die Ausschüsse die Formulierung vor:

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. April 1954 in Kraft.

Wer diesem Artikel die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Er ist einstimmig angenommen.

Wir haben dann noch über die Anträge zur Neuregelung der Lehrerbesoldung abzustimmen. Sie gehören nicht zum Gesetz, wohl aber zur Materie. Wir werden über sie erst nach der zweiten Lesung abstimmen.

Die erste Lesung ist jetzt beendet.

Wir treten unmittelbar anschließend in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Engel. Ich erteile ihm das Wort.

Engel (BP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eine redaktionelle Änderung vorschlagen. Es heißt in Artikel 1 Ziffer 1 a: „Oberstudiendirektoren als Leiter bedeutender Höherer Schulen“. Ich schlage Ihnen vor, wieder wie in früheren Jahren zu sagen „als Leiter bedeutender Höherer Schulen“. Zur Begründung darf ich Ihnen folgendes sagen: Wir haben 41 Anstalten mit 500 bis 750 Schülern, 31 mit 750 bis 1000 und 16 mit über 1000 Schülern. Nun glaube ich, daß jede Schule bedeutend ist. Wenn ich aber sage „als Leiter bedeutender Schulen“, ist das Gegenteil davon: „unbedeutende Höhere Schulen“. Aber wenn wir sagen „bedeutenderer Höherer Schulen“, ist das nur ein Grad der Bedeutung. Ich bitte Sie, dieser unbedeutenden textlichen Änderung zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Aussprache in der zweiten Lesung ist geschlossen.

Wir treten in die Abstimmung in der zweiten Lesung ein.

Ich rufe auf den Artikel 1. Hierzu hat der Herr Abgeordnete Engel vorgeschlagen — Herr Abgeordneter Engel, ich bitte acht zu geben, daß ich richtig abstimmen lasse —, daß es im Artikel 1 Ziffer 1 Buchstabe a heißen soll: „Oberstudiendirektoren als Leiter bedeutenderer Höherer Schulen“. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Die Abänderung ist beschlossen.

(Abg. Donsberger: Zur Abstimmung!)

— Zur Abstimmung erteile ich das Wort dem Abgeordneten Donsberger.

Donsberger: (CSU): Meine Damen und Herren! Nachdem dieser Beschluß gefaßt worden ist, ergibt sich jetzt die Konsequenz, daß wir in der nächsten Zeile schreiben müssen: „Als Leiter bedeutenderer Lehrerbildungsanstalten“.

(Heiterkeit — Abg. Bauer Georg: Auch die CSU hat ihren Wahlschlager!)

Präsident Dr. Hundhammer: Wir stimmen zunächst über den Artikel in der jetzt veränderten Formulierung auf Grund des Antrags Engel ab. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Er ist gegen 8 Stimmen angenommen. Stimmenthaltungen — liegen nicht vor.

Herr Abgeordneter Donsberger, an welcher Stelle wäre die von Ihnen vorgeschlagene Änderung anzubringen?

(Zurufe: Gleich in der nächsten Zeile!)

— Also „Oberstudiendirektoren als Leiter bedeutenderer Lehrerbildungsanstalten“. Wer hier ebenfalls „bedeutenderer“ setzen will, möge sich vom Platz erheben! — Diese Änderung ist gleichfalls angenommen.

Liegen sonst noch Änderungsvorschläge zu Artikel 1 vor? — Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über den ganzen Artikel 1 mit allen seinen Buchstaben ab. Das betrifft die Drucksache bis einschließlich Seite 9. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ohne Erinnerung so beschlossen.

Artikel 2 — in der zweiten Lesung angenommen. Artikel 3 — angenommen. Artikel 4 — angenommen. Artikel 5 — desgleichen, Artikel 6 — desgleichen, Artikel 7 — ebenso, Artikel 8 — ebenso, Artikel 9 — ebenso, Artikel 10 — ebenso, Artikel 11 — ebenso, Artikel 12 — ebenso, Artikel 13 — gleichfalls. Damit sind alle einzelnen Artikel des Gesetzes auch in der zweiten Lesung angenommen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden. Wer dem Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

(Vereinzelter Beifall bei der Bayernpartei)

(Präsident Dr. Hundhammer)

Das Gesetz erhält den Titel:

Viertes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts.

— Auch der Titel ist vom Plenum gebilligt.

(Vereinzelter Beifall in der Mitte)

Damit ist die Beratung des Gesetzes abgeschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Durch die Annahme des Gesetzes sind folgende Anträge, die zu der Materie vorgelegen waren, erledigt:

1. ein Antrag von Knoeringen und Fraktion betreffend das Leherbesoldungsgesetz (Beilage 5205);
2. ein Antrag Klotz, Bantele, Engel, Lang und Genossen, Bezold, Dr. Brücher, Dr. Eberhardt, Dr. Korff und Fraktion betreffend Lehrerbesoldungsgesetz (Beilage 5230);
3. ein Antrag Schreiner, Riediger betreffend Vorschläge für die Verbesserung der Besoldung der Volksschullehrer (Beilage 4575);
4. ein Antrag Förster, Walch, Pittroff und Högn betreffend Verbesserung der Besoldung der Volksschullehrer (Beilage 4433);
5. ein Antrag von Knoeringen, von Rudolph und Fraktion betreffend Besoldungsdienstalter der Schulräte (Beilage 5051);
6. ein Antrag Pittroff, Bauer Hannsheinz, Förster, Hagen Lorenz betreffend Überführung der Direktoren an den Volksschulen von der Besoldungsgruppe A 4 b 1 nach A 3 b (Beilage 4173);
7. ein Antrag Meixner, Ortloph, Dr. Schedl und Genossen betreffend Schaffung von Beförderungstellen für die Lehrer an landwirtschaftlichen Berufsschulen (Beilage 4141);
8. ein Antrag Meixner, Euerl und Fraktion betreffend Schaffung von zusätzlichen Oberlehrer- und Handarbeitshauptlehrerinnenstellen. (Beilage 4241).

Hiervon nimmt das Hohe Haus Kenntnis.

Ich rufe nunmehr — gemäß den gestern am Abend noch festgelegten Beschlüssen — auf Ziffer 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Übernahme von Staatsbürgschaften (Beilage 5657).

Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 5701) berichtet der Herr Abgeordnete Ortloph. Ich erteile ihm das Wort.

Ortloph (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat in seiner 318. Sitzung das Gesetz über die Übernahme von Staatsbürgschaften behandelt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Abgeordnete Gabert.

Als Berichterstatter habe ich darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz alle bisher bestehenden diesbezüglichen Gesetze — 11 an der Zahl — auf-

hebt und daß mit diesem Gesetz endlich einmal die so dringend notwendige Bereinigung aller früheren Gesetze herbeigeführt wird, wodurch eine Klärung der bisher außerordentlich verstreuten Gesetzgebung möglich werde. Weiter machte ich darauf aufmerksam, daß der Kreditausschuß des Landtags bei der Bearbeitung dieses Gesetzes eine ausgezeichnete Vorarbeit, man kann fast sagen eine Maßarbeit, geleistet habe und daß alle Vorschläge des Kreditausschusses bis auf zwei in dem Ihnen auf Beilage 5657 vorliegenden Gesetzentwurf berücksichtigt worden sind.

Kurz das Wichtigste: Der Artikel 1 beinhaltet die Bürgschaften für Kredite aus Bundesprogrammen in Höhe von 50 Millionen DM, der Artikel 2 Bürgschaften für Kredite aus sonstigen Mitteln in Höhe von 50 Millionen DM, der Artikel 3 Bürgschaften zugunsten der Filmwirtschaft in Höhe von 5 Millionen DM, der Artikel 4 Bürgschaften für Siedlungszwecke im Gesamtbetrag von 22 Millionen DM, und zwar in Absatz 1 Kautionsbürgschaften gegenüber den Verpächtern, in Absatz 2 Bürgschaften für Inventarisierungsdarlehen und in Absatz 3 für Kredite an die Bayerische Landessiedlung. Der Artikel 5 sieht Bürgschaften zur Förderung des Wohnungsbaues in Höhe von 35 Millionen DM vor, der Artikel 6 Bürgschaften für Kredite in Katastrophenfällen, die gegenüber dem Entwurf auf Beilage 5657 von 10 auf 20 Millionen DM erhöht wurden, und der Artikel 7 Bürgschaften in Einzelfällen für eine gegenüber der Vorlage von insgesamt 147 Millionen DM auf insgesamt 329 Millionen DM erhöhte Kreditsumme.

Der Haushaltsausschuß hat die einzelnen Bestimmungen und Artikel fast alle einstimmig angenommen. Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses liegen Ihnen auf Beilage 5701 vor. Über die verhältnismäßig geringfügigen Änderungen der Beilage 5657 brauche ich mich als Berichterstatter wohl kaum auszulassen, weil sie Ihnen gedruckt vorliegen. Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, und empfehle Ihnen, diesen Beschlüssen des Haushaltsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 5701) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Sturm; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sturm (BP), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf befaßte sich der Rechts- und Verfassungsausschuß in seiner 229. Sitzung vom 26. Juli 1954. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Herr Kollege Dr. Zdralek.

Im einzelnen führte ich folgendes aus: Nach Artikel 82 der Bayerischen Verfassung erfordern alle Kreditbeschaffungen und Kreditgewährungen oder Sicherheitsleistungen zu Lasten des Staates, deren Wirkung über ein Jahr hinausgeht, ein Gesetz. Die bisherige Regelung seit der Währungsreform war in 11 Gesetzen über die Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates erfolgt, die durch viele An-

(Dr. Sturm [BP])

derungen und Ergänzungen derart unübersichtlich und kompliziert geworden waren, daß eine Neuordnung der nach Artikel 82 der Bayerischen Verfassung erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen für die Übernahme von Staatsbürgschaften notwendig wurde.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll für die künftig erforderlich werdenden Bürgschaften die gesetzliche Grundlage geschaffen und sollen die bisherigen Ermächtigungen unbeschadet der Rechtswirksamkeit bereits durchgeführter Maßnahmen aufgehoben werden.

Verfassungsrechtliche Bedenken wurden von dem Berichterstatter nur bezüglich des Artikels 10 erhoben. Die Einschaltung des dort vorgesehenen Prüfungsausschusses des Landtags sei ein Eingriff in die Befugnisse der Exekutive.

Die Kollegen Simmel, Bezold und Junker schlossen sich dieser Auffassung an.

Der Berichterstatter machte gegen den Artikel 10 weiterhin geltend, daß mit dem Artikel 10 der Landtag eine ungeheuere Verantwortung auf sich nehme; außerdem stehe dieser Artikel auch im Widerspruch zu dem Beschluß des Landtags vom 14. Oktober 1953 (Beilage 4701), wonach die Verfahrensregelung für die Abwicklung der Kredite weitgehend vereinfacht und beschleunigt werden soll.

Die Kollegen Donsberger, Dr. Zdralek und Förster sprachen sich für die Einschaltung des Prüfungsausschusses aus. Auch der Regierungsvertreter äußerte sich in diesem Sinn.

Auf Antrag der Kollegen Kramer und Knott wurde dann die Beschlußfassung über den strittigen Artikel ausgesetzt, damit auch die Fraktionen dazu Stellung nehmen könnten.

Bei der Wiederaufnahme der Beratung durch den Rechts- und Verfassungsausschuß am 31. Juli, wobei infolge meiner Beurlaubung Herr Dr. Zdralek die Funktion des Berichterstatters übernommen hatte, erklärte dieser, daß seine Fraktion in Artikel 10 keine Einmischung in die Exekutive sehe. Dieser Auffassung schloß sich auch Kollege Donsberger namens seiner Fraktion an.

Es sprachen dann noch zur Sache die Herren Dr. Wüllner und Dr. Geislhöringer.

Mein schon in der Ausschusssitzung vom 26. Juli gestellter und von Dr. Geislhöringer übernommener Antrag, Artikel 10 wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zu streichen, wurde mit 12 gegen 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Gegen Artikel 11 Absatz 1 Ziffer 2, der in der vorausgegangenen Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten gewesen war, wurden bei einstimmigem Beschluß keine rechtlichen Bedenken erhoben.

In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz bei 2 Enthaltungen ohne Gegenstimmen gebilligt.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die Aussprache und schlage vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden.

Zum Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Ortloph. Ich erteile ihm das Wort.

Ortloph (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben auf Ihren Tischen einen Abänderungsantrag Meixner, Ortloph und Fraktion gefunden. Ich darf Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen, und möchte ihn ganz kurz begründen.

Der Abänderungsantrag verlangt, in Artikel 6 das Volumen auf 35 Millionen DM zu erhöhen. Die geforderte Erhöhung des Volumens wird damit begründet, daß bei Hochwasserkatastrophen und sonstigen Katastrophen in Zukunft die bayerische Staatsregierung die Möglichkeit haben soll, in einem möglichst großen Umfang sofortige Hilfsmaßnahmen einzuleiten.

Zu Artikel 9 wird beantragt, in Abs. 1 die Zahl 30 000 DM auf 50 000 DM abzuändern. Die Begründung liegt darin, daß beim Ausarbeiten der Richtlinien für die Gewährung der Hochwasserkatastrophenkredite sich gezeigt hat, daß eine Delegation in Fällen bis zu 5000 DM an die Kreisverwaltungen und in Fällen bis zu 50 000 DM an die Regierungen erforderlich ist, um den Geschädigten eine möglichst rasche Hilfe zuteil werden zu lassen. Einzig und allein deshalb wurden diese Abänderungsanträge gestellt, und ich bitte Sie, diese Abänderungsanträge anzunehmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Weiter meldet sich zum Wort der Herr Abgeordnete Dr. Sturm; ich erteile ihm das oWrt.

Dr. Sturm (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie dem Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses entnommen haben werden, habe ich zu Artikel 10 verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet, und zwar insofern, als in der Einschaltung des Prüfungsausschusses des Landtags in das Kreditverfahren ein Eingriff in die Befugnisse der Exekutive erblickt werden muß. Die Kreditgewährung ist einzig und allein Aufgabe der Exekutive, die andererseits dafür auch voll und ganz die Verantwortung übernimmt. Die Kreditgewährung kann also nicht Sache der Legislative sein, die sich damit zudem eine ungeheuere Verantwortung aufladen würde, die ihr verfassungsrechtlich gar nicht zukommt.

Wenn schon der Prüfungsausschuß weder ein Veto- noch ein Zustimmungsrecht hat, kann ich erst recht keinen triftigen Grund für die Anhörung dieses Ausschusses sehen, die zudem im Widerspruch mit dem Beschluß des Landtags vom 14. Oktober 1953 — Beilage 4701 — stehen würde, wonach die Verfahrensregelung für die Gewährung von Krediten weitgehend vereinfacht und beschleunigt werden soll. Die Verantwortung für die in Rede stehenden Kredite liegt bei der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung. Abgesehen von den schon erwähnten verfassungsrechtlichen

(Dr. Sturm [BP])

Bedenken besteht also auch in materieller Hinsicht kein Grund für die Beibehaltung des Artikels 10. Mein Abänderungsantrag, der Ihnen vorliegt, trägt der Streichung des Artikels 10 in Ziffer 1 Rechnung.

Zur Begründung der Ziffer 2 habe ich zu bemerken, daß Kreditumschreibungen im privaten Banksektor kaum vorkommen. Wenn schon, dann muß der Gesamtrechtsnachfolger die Grundvoraussetzungen der Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit erfüllen. An sich eine selbstverständliche Sache — ich halte es aber für notwendig, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, meinem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält der Herr Abgeordnete Dr. Zdralek.

Dr. Zdralek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns im Rechts- und Verfassungsausschuß eingehend mit dem Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Dr. Sturm befaßt. Auch die Fraktionen haben ihn, was im Rechts- und Verfassungsausschuß zum Ausdruck kam, eingehend beraten.

Wir sind nicht der Auffassung, daß bei dem Wortlaut der Regierungsvorlage bzw. bei dem Wortlaut, den der Haushaltsausschuß beschlossen hat, verfassungsrechtliche Bedenken zu erheben sind, schon um dessentwillen nicht, weil dieser Kreditausschuß keine beschließenden Funktionen hat, sondern nach dem Wortlaut nur gehört werden muß.

Ich darf darauf hinweisen, daß der Kreditausschuß kein Werkzeug ist, das die Regierung seinerzeit etwa beantragt hat. Er ist eine Institution, die vom damaligen Landtag ausdrücklich gewünscht wurde. Die Staatsregierung hat uns im Rechts- und Verfassungsausschuß versichert, daß sich die Zusammenarbeit mit dem Kreditausschuß bisher sehr bewährt hat. Es lassen sich sehr wohl sachliche Gründe anführen, die die Einschaltung eines solchen Ausschusses als wünschenswert erscheinen lassen. Wenn Sie daran denken, daß die jetzigen Kredite infolge der Hochwasserschäden ausgelegt werden müssen, dann werden Sie ohne weiteres mit mir der Auffassung sein, daß man von vornherein nein sagen und den Kreditantrag ablehnen müßte, wenn man derartige Kredite rein bankmäßig zu behandeln hätte. Auf der anderen Seite sind aber staatspolitische Notwendigkeiten vorhanden, trotz der nicht gegebenen bankmäßigen Sicherheiten in dem einen oder anderen Fall solche Kredite ausulegen. Daß es der Wunsch der Staatsregierung ist und daß dieser Wunsch sich mit dem Wunsch der Volksvertretung begegnet, in gemeinsamem Zusammenspiel eine Entscheidung zu treffen, die nach Möglichkeit allen Interessen gerecht wird, ist selbstverständlich. Ich bitte Sie also, den Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Dr. Sturm auf Streichung des Artikels 10 abzulehnen.

Im übrigen ist es auch selbstverständlich, daß bei einer Gesamtrechtsnachfolge die Persönlichkeit oder die juristische Person, die diese Gesamtrechtsnachfolge antritt, absolut kreditwürdig und kreditfähig sein muß und daß weitere Kredite, wobei es sich nicht um eine Neuvaluierung etwa abgedeckter Kredite handeln kann, im Rahmen der übernommenen Bürgschaft nur dann ausgereicht werden, wenn auch bei der Gesamtrechtsnachfolgerschaft der Zweck der Kredithingabe erreicht werden kann und erreichbar ist. Gegen diesen Zusatzantrag wäre nichts einzuwenden.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung in der ersten Lesung. Ich bitte Sie, die Beilage 5701 zur Hand zu nehmen: Entwurf eines Gesetzes über die Übernahme von Staatsbürgschaften.

I. Abschnitt: Ermächtigungen.

Art. 1

Bürgschaften für Kredite aus Bundesprogrammen.

Der Regierungsvorschlag ist von den Ausschüssen nicht verändert worden. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 6 Stimmenthaltungen aus der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2, Bürgschaften für Kredite aus Sonstigen Mitteln. Gegenüber der Regierungsvorlage liegen keine Änderungsvorschläge vor. Wer die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 6 Stimmenthaltungen aus der Fraktion der FDP angenommen.

Es folgt Artikel 3, Bürgschaften zugunsten der Filmwirtschaft. Ich rufe zunächst auf den Absatz 1 in der Fassung der Regierungsvorlage. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. Ich bitte um die Gegenprobe. — Bei Stimmenthaltung der Fraktionen der Bayernpartei, der FDP —

(Zurufe von der BP und der FDP: Gegenstimmen!)

— angenommen.

Ich rufe auf den Absatz 2 in der Fassung der Ausschußvorschläge. Die Ausschüsse schlagen folgende Formulierung vor, die von der Regierungsvorlage abweicht:

(2) Die Laufzeit der Bürgschaften ist auf 3 Jahre, bei Kultur- und Dokumentarfilmen auf 5 Jahre zu beschränken. Das Staatsministerium der Finanzen wird jedoch ermächtigt, Bürgschaftsverpflichtungen erforderlichenfalls um 1 Jahr zu verlängern.

Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Absatz 2 ist mit Mehrheit gegen eine Anzahl Gegenstimmen aus den Fraktionen der BP und der FDP, aber auch einzelnen anderen Stimmen, angenommen.

Ich rufe auf Artikel 4, Bürgschaften für Siedlungskredite. Eine Änderung gegenüber der Regie-

(Präsident Dr. Hundhammer)

rungsvorlage ist nicht vorgeschlagen. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltungen aus den Fraktionen der FDP und der Bayernpartei angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 5, Bürgschaften zur Förderung des Wohnungsbaues. Eine Änderung gegenüber der Regierungsvorlage ist nicht empfohlen. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen eine Stimme. — Stimmenthaltungen? — liegen nicht vor — angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6. Hierzu liegt ein Antrag Meixner vor, das Volumen, das in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse 20 Millionen DM beträgt, auf 35 Millionen DM zu erhöhen. Wer dem Antrag auf Erhöhung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen liegen nicht vor. Bei drei Stimmenthaltungen ist die Erhöhung beschlossen.

Wir stimmen nunmehr ab über diesen Artikel 6: Bürgschaften für Kredite in Katastrophenfällen. Zunächst Absatz 1 in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse einschließlich der bereits festgelegten Erhöhung des Volumens von 20 Millionen DM auf 35 Millionen DM. Wer die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist der Artikel 6 Absatz 1 angenommen.

Die Absätze 2 und 3 sind in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage zur Annahme empfohlen. Wer ihnen zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt der Artikel 7, Bürgschaften in Einzelfällen. Hierzu liegen Abänderungsvorschläge zu Absatz 1, Ziffer 1, 2 und 3 nicht vor. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 7 Stimmenthaltungen aus der Fraktion der FDP angenommen.

Der Absatz 2 wird unverändert empfohlen bis auf die Ziffer 4, bei der die Ausschüsse die Fassung vorschlagen:

für Verbindlichkeiten der Rhein-Main-Donau AG. aus einer Teilschuldverschreibungsanleihe bis zu 12 Millionen DM.

Wer dem Absatz 2 mit dieser Veränderung bei der Ziffer 4 die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Absatz 3 des Artikels 7 ist zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Es folgt Artikel 8, Konsolidierung staatsverbürgter Kredite. Hierzu sind keine Änderungen von den Ausschüssen empfohlen. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Es folgt II. Abschnitt: Verfahren. Artikel 9. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Meixner, Ortloph und Fraktion vor, im Absatz 1 die Zahl von 30 000 auf 50 000 zu erhöhen. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltungen in der Hauptsache aus der Fraktion der FDP, aber auch von Mitgliedern der Fraktion der Bayernpartei und des BHE ist die vorgeschlagene Änderung beschlossen.

Wir stimmen nunmehr über den Artikel 9 in der Fassung der Regierungsvorlage mit der eben festgelegten Veränderung der Zahl 30 000 auf 50 000 ab. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der FDP, von drei Mitgliedern der Bayernpartei und einer Stimme aus der CSU angenommen.

Ich rufe auf Artikel 10, Prüfungsausschuß des Bayerischen Landtags. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Dr. Sturm vor, Artikel 10 zu streichen. Die Streichung kommt der Nichtannahme gleich. Wir stimmen positiv ab, wie sonst auch.

Wer dem Artikel 10 in der Formulierung der Ausschüsse, die Ihnen gedruckt vorliegt, die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Artikel 10 ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf Artikel 11, Überwachung staatsverbürgter Kredite. Hierzu schlägt der Abgeordnete Dr. Sturm vor, in Absatz 1, 2. Zeile, wo es heißt „... der in Art. 9 und 10 genannten Ausschüsse“ die Worte „und 10“ zu streichen. Wer dieser Streichung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben.

(Abg. Dr. Sturm: Ich darf bemerken, das fällt automatisch weg, nachdem Artikel 10 angenommen ist.)

Der Antrag fällt automatisch weg. Wir stimmen zunächst über Artikel 11 in der Fassung der Ausschlußvorschläge ab. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? Gegen 9 Stimmen aus der Fraktion der Bayernpartei angenommen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und 4 Stimmen der Bayernpartei.

Hierzu liegt nun ein Ergänzungsantrag Dr. Sturm vor, in Absatz 1 Ziffer 2 die Worte anzufügen:

„sofern die üblichen kreditmäßigen Voraussetzungen in bezug auf Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit des Gesamtrechtsnachfolgers gegeben sind.“

Wer dieser Ergänzung zu Absatz 1 Ziffer 2 die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Ergänzungsantrag ist angenommen.

Ich rufe auf Artikel 12, Übertragung der Ermächtigung zur Bürgschaftsübernahme. Regierungsvorlage unverändert.

Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen aus der Fraktion der FDP und Bayernpartei. Gegenstimmen liegen nicht vor. Der Artikel ist angenommen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Ich rufe auf den III. Abschnitt: Schlußvorschriften, Artikel 13, Aufhebung von Gesetzen.

Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen liegen nicht vor. Einstimmig angenommen.

Artikel 14, Ausführungsbestimmungen. Regierungsvorlage unverändert. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ebenfalls einstimmig angenommen.

Artikel 15

„Dieses Gesetz ist dringlich; es tritt am . . . in Kraft.“

Ich schlage vor, den 10. August einzusetzen; das ist der Tag, an dem die Einspruchsfrist des Senats abläuft. Der Artikel 15 würde dann lauten:

„Dieses Gesetz ist dringlich; es tritt am 10. August 1954 in Kraft.“

Wer dem Artikel 15 in dieser Fassung zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Der Artikel 15 ist angenommen.

Damit ist die erste Lesung beendet. Wir treten unmittelbar anschließend in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Simmel.

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nachdem Sie in der ersten Lesung den Artikel 10 in der Fassung des Rechts- und Verfassungsausschusses angenommen haben, habe ich dem Herrn Präsidenten den Antrag überreicht, es möchte der Betrag von 100 000 DM wenigstens auf 500 000 DM erhöht werden. Die Begründung hierfür liegt darin, daß sich der Kreditausschuß des Bayerischen Landtags, wenn er schon einmal eingeschaltet wird, nur mit wirklich bedeutenden Vorhaben befassen soll. Man sollte deshalb hinsichtlich der Höhe des Betrags eine Abgrenzung vornehmen. Ein Betrag von 100 000 DM ist für diesen Zweck sicherlich zu gering bemessen. Ich bitte Sie also, dem Antrag, den Betrag von 100 000 DM auf 500 000 DM zu erhöhen, ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Hundhammer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung in der zweiten Lesung.

Ich rufe auf Artikel 1. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 2. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 3. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 4. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 5. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 6. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 7. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 8. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 9. — Ohne Erinnerung.

Zu Artikel 10 liegt der eben gestellte Antrag des Herrn Abgeordneten Simmel vor, am Schlusse dieses Absatzes den Betrag von 100 000 DM durch

500 000 DM zu ersetzen. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen die Stimmen des Gesamtdeutschen Blocks/BHE abgelehnt.

Artikel 10. — Im übrigen unverändert angenommen.

Ich rufe auf Artikel 11. — Ohne Erinnerung
 Artikel 12. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 13. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 14. — Ohne Erinnerung.
 Artikel 15. — Ohne Erinnerung.

Die einzelnen Artikel des Gesetzes haben auch in der zweiten Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden. Wir kommen zur Schlußabstimmung. Ich empfehle, sie in einfacher Form vorzunehmen. — Dagegen wird keine Erinnerung erhoben. Wer dem Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 1 Stimme — Stimmenthaltungen? — Bei 15 Stimmenthaltungen, hauptsächlich aus den Reihen der Fraktionen der BP, der FDP, der Fraktionslosen, des BHE und 1 Stimmenthaltung aus den Reihen der CSU ist das Gesetz angenommen.

Das Gesetz hat den Titel

Gesetz über die Übernahme von Staatsbürgerschaften.

Auch die Überschrift ist vom Hohen Haus gebilligt.

Damit ist die Beratung dieses Gegenstandes abgeschlossen.

Ich schlage vor, jetzt die Beratungen zu unterbrechen, erteile aber vor der Unterbrechung das Wort dem Herrn Abgeordneten Kiene zur Abgabe einer Erklärung.

Kiene (SPD): In der gestrigen Aussprache über den Antrag Dr. Bungartz, Verkauf der Staatsbeteiligung an der Maxhütte, hat Herr Abgeordneter Dr. Korff folgenden Zwischenruf — gegen die SPD gewendet — gemacht: „Das Rezept Eurer Wirtschaftspolitik wird im Osten praktiziert.“

Dazu erklärt die SPD-Landtagsfraktion:

Seit der Zwangsvereinigung der SPD und der KPD in der Ostzone ist die Sozialdemokratische Partei dort verboten. Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung widersetzen oder gegen das Ostzonensystem kämpften, mußten entweder flüchten oder schmachten heute noch in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Ostzone.

Den Kampf der westdeutschen und Berliner Sozialdemokratie unter Dr. Kurt Schumacher und Oberbürgermeister Reuter gegen die KPD und SED hat erst kürzlich, nämlich am 20. Juli 1954, anlässlich der Feier für die Widerstandskämpfer, der gegenwärtige Bundespräsident Heuß, der Ihrer (zu Dr. Korff) Partei ja nahesteht, rühmend hervorgehoben. Er hat gesagt:

Die einmalige und unvergängliche Leistung dieser beiden Toten besteht darin, daß durch

(Kiene [SPD])

ihren Kampf gegen die Einschleppung von SED und KPD wir alle vor dem Bolschewismus bewahrt blieben.

Möchte doch der Herr Abgeordnete Dr. Korff und ähnliche Leute, die immer wieder durch alle Tatsachen widerlegte Behauptungen aufstellen, endlich einmal aufhören, solche falsche Behauptungen zu wiederholen. Schließlich handelt es sich nicht mehr um Äußerungen aus Unwissenheit, sondern um Äußerungen aus Böswilligkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage vor, die Beratungen um 15 Uhr mit der Ziffer 12 der Tagesordnung, Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung, wieder aufzunehmen.

Die Sitzung ist jetzt unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 21 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Dr. Hundhammer nimmt die Sitzung um 15 Uhr 2 Minuten wieder auf.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind wieder aufgenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 12 der Tagesordnung:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung (Beilage 5333).

Den Bericht über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 5702) erstattet der Herr Abgeordnete von Knoeringen.

(Abg. Simmel: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung erteile ich vorher das Wort dem Herrn Abgeordneten Simmel.

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich stelle zur Erwägung, ob wir nicht vor Eintritt in die Beratung des Punktes 12 der Tagesordnung den Brief des Herrn Ministerpräsidenten behandeln und darüber Beschluß fassen sollten, weil dieser Beschluß die Grundlage für die Formulierung des Schlußgesetzes sein muß.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter Simmel, ich habe die Absicht, diesen Beschluß nach der Berichterstattung vor Eintritt in die Aussprache fassen zu lassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen.

von Knoeringen (SPD), Berichtersteller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Beilage 5702 finden Sie den Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines

Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung.

Der Ausschuß hat sich in 12 Sitzungen mit der schwierigen Materie beschäftigt. Er begann seine Sitzungen am 13. Mai; diesen Sitzungen lag zugrunde der auf Beilage 5333 zu findende Vorschlag der bayerischen Staatsregierung. Berichtersteller für diesen Gesetzentwurf war ich selbst, Mitberichtersteller der Herr Kollege Dr. von Prittitz und Gaffron. An den Beratungen dieser 12 Sitzungen nahmen besonders Anteil die Herren Donsberger und Dr. Fischer von der CSU, Dr. Zdralek und Pittroff von der SPD, Simmel, der einen eigenen Gesetzentwurf in Anlehnung an das Gesetz von Baden-Württemberg eingebracht hatte, und Dr. Wüllner vom BHE, Klotz und Dr. Sturm von der Bayernpartei.

Sie werden mir erlassen, die Einzelheiten dieser langen und sehr ernsten Beratungen vorzutragen. Ich möchte nur allgemeine Feststellungen treffen, und zwar zunächst die, daß sich alle Parteien darin einig waren, die Entnazifizierung so rasch und so gerecht wie möglich zu beenden. Alle waren sich einig, daß dieses Ziel erreicht werden sollte unter Berücksichtigung all der Schwierigkeiten, die sich bei den Beratungen ergeben haben. Die Verhandlungen über dieses Gesetz waren erschwert, weil nicht nur bedeutende politische Fragen dabei eine Rolle spielten, sondern auch, weil die Rechtslage sehr kompliziert ist. Das Entnazifizierungsgesetz greift in viele andere Gesetze ein und hat auch starke Einwirkungen auf das öffentliche Leben. Ich kann aber sagen: Das Problem wurde in sachlicher Arbeit gemeistert bis auf einige Differenzpunkte, die ja auch zum Ausdruck kommen durch die Vorlagen, die die Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE hier in Abänderungsanträgen noch eingereicht haben. In wesentlichen Fragen aber wurde Einheitlichkeit der Auffassung erzielt.

Die Regierungsvorlage wurde dem Parlament am 27. März 1954 übermittelt, das ist genau auf den Tag ein Jahr später, als der erste Entwurf zu diesem Gesetz dem Parlament übergeben worden ist, der dann mit dieser Neuvorlage wieder zurückgezogen wurde. In dieser Vorlage vom 27. März wurde eine Reihe der Gesichtspunkte bereits berücksichtigt, die während dieses Jahres noch zur Erörterung gestellt waren. Das vom Ausschuß nun vorgelegte Gesetz ist eine in manchen Punkten erhebliche Abänderung gegenüber der Regierungsvorlage. Die Regierungsvorlage hatte als wesentliches Merkmal die Beendigung des Officialverfahrens. Bestehen bleiben sollte aber, auch nach dem Regierungsentwurf, das Antragsverfahren beziehungsweise es sollte die einzige Grundlage für die Weiterführung von Verfahren sein, das heißt also, Verfahren sollen nur mehr auf Antrag des Betroffenen und zu seinen Gunsten durchgeführt werden.

Als die Regierungsvorlage bekannt wurde, hat der Senat, vor Beratung im Ausschuß, ein Gutachten erstellt und hat sich in diesem Gutachten gegen die in der Regierungsvorlage angewendete Form des Antragsverfahrens gewendet und empfohlen, in der Gesetzesvorlage wiederum das Of-

(von Knoeringen [SPD])

fizialverfahren herzustellen. Der Ausschuß hat sich auch damit beschäftigt, aber diese Empfehlung des Senats abgelehnt.

Der Ausschuß hat nun, wie schon bemerkt, durch seine Beratungen die Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten geändert und zum Teil eine ganz neue Fassung des Gesetzes geschaffen. Dabei waren vor allem zwei Überlegungen maßgebend: Erstens, die Entnazifizierung sollte an einem bestimmten Termin als beendet erklärt werden und die Entnazifizierungsbehörden sollten auch an einem bestimmten Termin aufgelöst werden. Das ist nunmehr, wie Sie aus der Vorlage des Ausschusses entnehmen können, der 30. Oktober 1954. Der zweite wichtige Gesichtspunkt war die Anlehnung des bayerischen Gesetzes an das in Baden-Württemberg bereits beschlossene Entnazifizierungsschlußgesetz.

Der Ausschuß hat daher in Änderung der Regierungsvorlage in Artikel 1 einen neuen Absatz 2 eingefügt, der lautet:

Anträge auf Einleitung von Verfahren sowie auf Wiederaufnahmeverfahren können nur bis 30. Oktober 1954 einschließlich gestellt werden. Diese Frist gilt nicht für Personen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Bayern erst nach dem 1. Oktober 1954 nehmen.

Der Artikel 2 bestimmt:

Anhängige Verfahren einschließlich der Wiederaufnahmeverfahren zuungunsten eines Betroffenen werden eingestellt, es sei denn, daß der Betroffene die Fortführung des Verfahrens beantragt.

Artikel 3 jetziger Fassung hat einen neuen Absatz 3 erhalten, der sich an das baden-württembergische Gesetz anlehnt. Er bestimmt, daß die Wählbarkeit der in Gruppe II des Befreiungsgesetzes fallenden Personen am 1. Mai 1957 wiederhergestellt wird. Wir sind damit in Übereinstimmung mit dem württembergischen Gesetz. Dazu hat im Ausschuß der Sprecher des Gesamtdeutschen Blocks/BHE gewünscht, daß die in Gruppe II eingestuften Personen ab sofort wieder wählbar sein sollen. Der Ausschuß hat aber diesen Antrag abgelehnt.

Der Artikel 4 bringt die Änderungen des Befreiungsgesetzes, die aus diesem Gesetz resultieren. Dabei ist besonders zu beachten, daß für die Erledigung der noch anhängigen Fälle eine kleine Spruchkammer und eine Berufungskammer verbleiben, die aber nicht mehr dem Minister für politische Befreiung, sondern dem Justizministerium unterstellt sind.

Ferner ist als wichtig festzustellen, daß Artikel 53 des Befreiungsgesetzes aufrechterhalten bleibt insofern, als der zuständige Minister nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Grundsätze und Ziele des Befreiungsgesetzes Sühnemaßnahmen mildern oder aufheben kann. Hierzu stellte die BHE-Fraktion den Antrag, eine gnadenweise Umstufung von einer Gruppe in eine

andere zu ermöglichen. Auch diesen Antrag hat der Ausschuß in seiner Mehrheit abgelehnt. Er beläßt es aber, wie gesagt, bei dem Artikel 53, nämlich dem gnadenweisen Erlaß der Folgen der Einstufung, also dem gnadenweisen Erlaß der Sühnemaßnahmen.

Artikel 5 bringt die Änderungen, die auf Grund dieses Gesetzes bei anderen Gesetzen vorgenommen werden müssen. Dabei sind vor allem das Gesetz über die Zahlung von aus öffentlichen Mitteln zu leistenden Pensionen, Renten oder sonstigen Versorgungsbezügen in Fällen einer politischen Belastung und das bayerische Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes geändert worden.

Von besonderer Bedeutung ist der Artikel 6. Der Artikel 6 der jetzigen Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses bestimmt das Ende des Ministeriums für politische Befreiung mit dem 30. Oktober dieses Jahres. Die noch verbleibenden Aufgaben gehen auf das Staatsministerium der Justiz über.

Um diesen Beschluß im Ausschuß zu erreichen, mußte vorher ein Vorschlag des Ministerpräsidenten eingeholt werden. Es ist das Schreiben, das Ihnen, meine Damen und Herren, heute nachmittag vorgelegt worden ist. Darin schlägt der Ministerpräsident vor, in welcher Weise künftig die noch verbleibenden Aufgaben erledigt werden sollen.

Auf Grund des Vorschlags des Herrn Ministerpräsidenten hat der Ausschuß einen einstimmigen Beschluß gefaßt, der folgenden Wortlaut hat:

Dem Vorschlag des Ministerpräsidenten im Schreiben vom 31. Juli 1954 an den Präsidenten des Bayerischen Landtags, die Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung um den Geschäftsbereich des Ministers für politische Befreiung mit Wirkung vom 30. Oktober 1954 zu vermindern, wird zugestimmt.

Auf Grund dieses Beschlusses ist der vorhin von mir vorgetragene Artikel 6 formuliert und beschlossen worden.

Bei der Schlußabstimmung über das Gesetz konnte festgestellt werden, daß es bei drei Stimmenthaltungen im Ausschuß einstimmige Annahme fand.

Ich bitte Sie, sich diesem Beschluß anzuschließen.

Präsident Dr. Hundhammer: Meine Damen und Herren! Ihnen ist ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Bayerischen Landtags vom 31. Juli unterbreitet worden, in dem der Herr Ministerpräsident auf Grund des Artikels 49 Absatz 3 der Verfassung beantragt, die Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung mit Wirkung vom 30. Oktober 1954 — ich komme auf den Termin noch zurück — um den Geschäftsbereich des Ministers für politische Befreiung zu vermindern. Die mit der Wahrnehmung der verbleibenden Aufgaben auf dem Gebiet der politischen Befreiung betrauten Behörden sollen mit dem gleichen Zeitpunkt dem Staatsministerium der Justiz untergeordnet werden.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat bei der letzten Beratung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung (Beilage 5702) der Anregung des Herrn Ministerpräsidenten Rechnung getragen in der Weise, daß Artikel 5 Absatz 2 Ziffern 1 und 2 der Gesetzesvorlage, nach den Beschlüssen des Rechts- und Verfassungsausschusses Artikel 4 Absatz 2 Ziffern 1 und 2, im wesentlichen übernommen werden und der neue Artikel 5a, nach den Beschlüssen des Rechts- und Verfassungsausschusses Artikel 6, eingefügt wird.

Das Hohe Haus hat nun gemäß Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung darüber Beschluß zu fassen, ob die Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung mit Wirkung von dem angegebenen Termin um den Geschäftsbereich des Ministers für politische Befreiung vermindert wird.

Der angezogene Artikel lautet:

Die Zahl der Geschäftsbereiche kann auf Vorschlag des Ministerpräsidenten durch Beschluß des Landtags erhöht oder vermindert und ihre Abgrenzung anders bestimmt werden.

Ich habe vorhin erklärt, daß ich auf den Termin noch einmal zurückkomme. In dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten heißt es: „mit Wirkung vom 30. Oktober“. Ich weiß nicht, ob nicht gedacht ist: „mit Wirkung vom 30. September“.

(Zurufe: Nein!)

oder 31. Oktober.

(Zurufe: Nein! — Abg. Donsberger: Der 31. ist ein Sonntag!)

— Die Wirkung eines Gesetzes kann ruhig auf einen Sonntag festgesetzt werden. Es ist nicht üblich, daß man bei Monaten, die mit Sonntagen enden, deshalb für Gesetze den vorletzten Tag nimmt. Ich schlage also vor, wenn der Beschluß gefaßt wird, dafür den 31. Oktober zu nehmen. — Der Herr Staatsminister des Innern ist meiner Auffassung?

Zu Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Dr. Zdralek. Ich erteile ihm das Wort:

Dr. Zdralek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieselben Einwendungen gegen den Termin vom 30. Oktober habe ich auch im Rechts- und Verfassungsausschuß gebracht. Dort hat der Herr Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß der 31. ein Sonntag und der 1. November ein Feiertag ist und damit automatisch die Frist bis zum 2. November verlängert werden würde, was er für unzweckmäßig hielte. Lediglich auf Grund der Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten habe ich dann meine Bedenken gegen den Termin vom 30. zurückgestellt.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter Simmel, wollen Sie sich dazu äußern?

Simmel (Gesamtdeutscher Block / BHE): Nein.

Präsident Dr. Hundhammer: Vielleicht äußert sich der Herr Staatsminister des Innern zu dem Termin. Ich habe vorgeschlagen, den 31. Oktober zu wählen, wie es bei Gesetzen üblich ist. Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister des Innern.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Es handelt sich um den Fristablauf. Wenn der 31. Oktober ein Sonntag und der 1. November ein Feiertag ist, endet die Frist mit dem Ablauf des 2. November. Insofern ist es vielleicht doch zweckmäßig, den 30. Oktober, also den Samstag zu wählen. Es war nur auffallend, daß man nicht den Letzten des Monats als Termin festgesetzt hatte, und man konnte den Verdacht hegen, es sei übersehen worden, daß der Oktober 31 und nicht 30 Tage hat.

(Heiterkeit)

Ich habe ja gelegentlich auch schon das Datum des 31. September gelesen, den es bekanntlich nicht gibt. Nach dieser Aufklärung dürften wohl keine Bedenken mehr bestehen, den 30. Oktober zu wählen.

Präsident Dr. Hundhammer: Damit ist dieser Einwand erledigt. Die Beschlußfassung kann in dieser Angelegenheit mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgen. Eine Debatte hierüber wird nicht verlangt.

Wer dem vom Herrn Ministerpräsidenten dem Landtag unterbreiteten Vorschlag auf Verminderung der Geschäftsbereiche der Staatsregierung um den Bereich des Ministers für politische Befreiung die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle fest, daß der Landtag einstimmig die erbetene Zustimmung erteilt hat.

Nunmehr treten wir in die **A u s s p r a c h e** über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung ein, und zwar im Rahmen der **ersten Lesung**. Ich empfehle, die zweite Lesung dann unmittelbar folgen zu lassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden. Die Redezeit ist vom Ältestenrat auf 30 Minuten für jede Fraktion zuzüglich 10 Minuten für die fraktionslose Gruppe festgesetzt.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Klotz.

Klotz (BP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Von einem Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung erwartet nicht nur der Kreis der Betroffenen und ihrer Angehörigen, sondern jeder mehr an die Zukunft unseres Volkes als an die Schatten der Vergangenheit denkende Staatsbürger ein Ende jener unheilvollen schematischen Kategorisierung, die wegen ihrer mitunter allzu deutlichen Rachegedanken eines christlichen Staatswesens unwürdig ist.

(Widerspruch und Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf vorausschicken, daß ich das Recht zu dieser Auffassung

(Zurufe)

daraus ableite, daß ich selbst überhaupt nicht Mitglied der Partei oder einer ihrer Organisationen gewesen bin. Daraus leite ich auch das Recht ab, für die Betroffenen hier ein Wort einzulegen. Ich

(Klotz [BP])

möchte Ihnen zu Beginn auch sagen, daß ich durchaus der Meinung bin, daß es in unserem Volk Menschen gibt, die während des Dritten Reiches sehr viel und Unmenschliches zu leiden hatten. Ich bedauere selbst, daß sie eine so starke Verzögerung der an ihnen zu übenden Wiedergutmachung erlebt haben und daß dieses Kapitel bis heute noch keinen befriedigenden Abschluß gefunden hat. Das möchte ich ausdrücklich vorausschicken.

Aber ich möchte Ihnen sagen, die Entnazifizierung entsprang zweifellos nicht einem Wunsch des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Sie ist nach dem Zusammenbruch von den Besatzungsmächten gefordert worden, und die deutsche Politik hat sich dieser Forderung gefügt. Damals hieß dieses Gesetz allerdings noch: „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Heute nennt man es nur noch „Gesetz zur politischen Befreiung“. Von Militarismus ist überhaupt keine Rede mehr; so haben sich anscheinend bei uns die Zeiten doch schon geändert.

(Zuruf des Abg. Haußleiter)

— Herr Haußleiter, Sie täten gut daran, gerade in dieser Hinsicht sehr wenig zu sagen.

(Abg. Haußleiter: Ich habe meinen Standpunkt konsequent vertreten!)

— Mit Purzelbäumen! — Seit 1945 zumindest. — In jeder Situation haben Sie genau gewußt, was Sie wollten, nur war es meist etwas anderes.

Die Beendigung der Entnazifizierung ist nunmehr aber doch zweifellos eine rein deutsche Angelegenheit geworden. Daß Art und Methode der Entnazifizierung schlecht gewesen sind, ist heute eine allgemeine Erkenntnis, auch der Parteien, die hier in diesem Landtag vertreten sind; das ist auch in der Aussprache im Rechts- und Verfassungsausschuß eindeutig zum Ausdruck gekommen. Die Entnazifizierung hat eine tiefgehende Spaltung in unserem Volkskörper verursacht, sie hat Wunden geschlagen, unter denen unsere gesunde Demokratie zu leiden hatte und die man endlich einmal auch wieder pfleglich ausheilen muß. Das dürfte nun inzwischen auch jedem vernünftig denkenden Staatsbürger klar sein, jedem, der sich jedenfalls eingehend mit diesem Problem der Willkür und Entrechtung ernstlich befaßt hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Wir von der Bayernpartei stehen hier auf dem eindeutigen Standpunkt des unteilbaren Rechts. Das Recht ist zweifellos eine harte Sache.

(Abg. Donsberger: Früher hat es anders geheißen!)

— Aber noch höher als das Recht, Herr Kollege Donsberger, steht die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber heißt: den Schuldigen trennen von den Unschuldigen — und auf diese Gerechtigkeit hat meines Erachtens jeder Angehörige unseres Volkes Anrecht; denn auf Ungerechtigkeit kann man keinen Staat aufbauen.

Wir wissen, meine Damen und Herren, genau, daß es keine Kollektivschuld gegeben hat, wie man

sie uns von den Besatzungsmächten, von den Siegermächten zu Beginn vorgehalten hat. Ich gestehe auch ohne weiteres zu, daß die da und dort wieder auftauchenden Leute in öffentlichen Versammlungen weiß Gott auch nicht davon sprechen dürfen, daß es eine kollektive Unschuld gegeben hat.

Wer nach den Staatsstrafgesetzen persönliche Schuld auf sich geladen hat, wird von uns, von der Bayernpartei, nicht gedeckt, der sollte sich aber vor den ordentlichen Gerichten verantworten. In der Entnazifizierung und in ihren Methoden sehen wir aber keine rechtlichen Maßnahmen, daher sind wir auch damit juristisch am Ende, nachdem die Entnazifizierung in dem System zusammengebrochen ist, mit dem sie begonnen wurde. Vielmehr war die Entnazifizierung eine rein politische Maßnahme, die vorwiegend — das sage ich hier ganz offen und deutlich — eine politische Gesinnung bestraft hat, die zur Zeit ihrer Ausübung gesetzlich nicht verboten war. Ein politisches Gesetz, meine Damen und Herren, ist immer ein Pseudorecht und niemals ein Akt der Gerechtigkeit. Es mußte mit diesem Gesetz schiefe gehen, weil man nach den vielen politischen Gesetzen der nationalsozialistischen Ära mit einem weiteren politischen Gesetz früher begangenes Unrecht praktisch jetzt durch neues Unrecht auslöschen wollte.

Ich bin bereits im Rechts- und Verfassungsausschuß sehr energisch einem Vertreter der Sozialdemokratie entgegengetreten, der die Auffassung vertrat, die Mehrzahl der Belasteten, auch der Gruppe II, seien wegen krimineller Untaten bestraft worden, nicht etwa wegen ihrer Gesinnung; diese Leute hätten tatsächlich etwas angestellt, sonst wären sie nicht so hoch eingestuft worden. — Gerade Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, darf ich an ein Wort von Carlo Schmid erinnern, das er kürzlich ausgesprochen hat, als er davor warnte, den Menschen dadurch zu vernichten, daß man den politischen Gegner einfach kriminalisiert, ihn beschuldigt, durch ein gefügiges Gericht aburteilen läßt und ihn damit zum Verbrecher stempelt.

(Abg. Kiene: Was heißt „gefügiges Gericht“?)

— Herr Kollege Kiene, ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu sagen und Sie daran zu erinnern, was seinerzeit zu Beginn der Entnazifizierung alles für Elemente, und zwar sehr unsaubere Elemente — denken Sie nur daran, daß insbesondere die Kommunisten seinerzeit die Entnazifizierung als ihr Privileg betrachtet haben und daß diese Leute in einer bestimmten Marschrichtung marschiert sind — — Das darf ich Ihnen auch sagen. Wenn das selbst Ihr Parteifreund Carlo Schmid hier anführt, dann brauche ich Ihnen keine weiteren Beweise zu bringen.

Ich habe inzwischen zahlreiche Schreiben von Personen bekommen, die in die Gruppe II eingestuft worden sind, und zwar mit den ganzen Entnazifizierungsunterlagen. Ich kann Ihnen sagen, ich bin bestürzt darüber, aus welchen Motiven und Begründungen diese Leute in diese Gruppen eingestuft worden sind. Ich möchte aber sagen, daß die Mehrzahl von den Schreiben, die ich bekommen

(Klotz [BP])

habe, zweifellos von Leuten waren, die auf Grund ihrer formellen Belastung in die Gruppe II gekommen sind. Denken Sie nur einmal daran, welche „Verbrechen“ man überhaupt begehen mußte, um in Gruppe II zu kommen! — Ich habe mir aus dem Katalog des Entnazifizierungsgesetzes einige Beispiele herausgeschrieben: z. B. Personen, die nach dem 1. April 1933 um die deutsche Staatsangehörigkeit nachgesucht oder sie freiwillig erworben haben, wer im Dienste des Nationalsozialismus Werke der Kunst oder der Wissenschaft verhöht hat — da müßten auch heute noch nachträglich sehr viele in Gruppe II eingestuft werden —, wer die u.k.-Stellung oder Freistellung vom Frontdienst wegen nationalsozialistischer Haltung begünstigt hat. — Das sind nur einige Beispiele; ich könnte sie ausdehnen. Es sind zum Teil Gründe, die wir zumindest heute, 9 Jahre nach dem Zusammenbruch, als sehr problematisch empfinden müssen. Sehen Sie, in der Anmerkung 1 zu Artikel 5 des Befreiungsgesetzes steht angeführt:

„Verbrechen“ ist nicht genau nach dem Strafgesetzbuch zu beurteilen. Eine Handlung kann hier als Verbrechen nach allgemeinen Anschauungen angesehen werden,

— eine verbrecherische Handlung —

auch wenn sie nicht genau den Tatbestand eines solchen im Sinne des Strafgesetzbuches erfüllt.

Eindeutiger, meine Damen und Herren, könnte man die Rechtswidrigkeit des Entnazifizierungsgesetzes gar nicht mehr dokumentieren. Sehen Sie, seinerzeit hat sogar, soviel ich weiß, der Herr Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht, daß er sich selbst in den Maschen dieses Gesetzes verfangen müßte, wenn man das Gesetz streng anwenden würde.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Habe ich gesagt? —)

— Ja, es wird behauptet. —

(Abg. Bezold: Für so ungeschickt halte ich ihn nicht!)

— Jedenfalls habe ich im Katalog festgestellt, daß hohe Persönlichkeiten des Erbhofgerichts automatisch in I oder II einzustufen waren.

(Abg. Kraus: Soll das eine Begründung sein?)

— Das soll keine Begründung sein; ich habe damit nur ausführen wollen, wie unglücklich gerade diese schematische Katalogisierung gewesen ist, daß man nicht die individuelle Belastung als den Maßstab herangezogen hat — —

(Abg. Bezold: Hat man doch! Das war doch der Sinn der Entnazifizierung!)

— Das haben wir dann in der Praxis gemerkt. Ich habe Dutzende von Schreiben bekommen, wo das nicht der Fall war.

(Zuruf von der SPD: 1000 Jahre haben Sie geschlafen!)

— Wer?

(Zuruf von der SPD: Sie!)

— Ich? Na, Sie vielleicht! Ich muß es ablehnen, überhaupt von „politischer Befreiung“ zu sprechen, weil ich meine, daß der Großteil unseres braven Volkes es gar nicht notwendig hatte, durch die Mühle dieser Entnazifizierungsmaschine gedreht zu werden.

(Rufe: Oh!)

Wenn man immer noch der Meinung sein kann, daß unter denen, die in die Gruppen I und II eingestuft wurden, kriminelle Elemente waren, was ist dann mit den Leuten, die niedriger eingestuft wurden? Wollen Sie behaupten, daß das auch Verbrecher sind? Wenn sie Verbrecher gewesen wären, dann hätte man sie sicherlich in die Gruppen I und II eingestuft. Sie können hier auch nicht beweisen, daß diese Leute wegen etwas anderem als ihrer Gesinnung und ihrer Zugehörigkeit, ihrer formellen Zugehörigkeit bestraft worden sind.

(Abg. Kraus: Sie haben doch seit 1945 geschlafen!)

— Und da habe ich Sie gebraucht, um endlich wach zu werden!

(Abg. Kraus: Sie wisesn gar nicht mehr, wie die Sache damals war!)

Das gleiche, nämlich die politische Gesinnung und nicht irgendwelche Handlungen und Taten zu bestrafen, macht man heute auch in der Ostzone. Herr Kollege Dr. Zdralek, ich darf daran erinnern, hat im Rechts- und Verfassungsausschuß geäußert — ich habe das wortwörtlich aufgeschrieben —: „Die Kleinen sind zu Recht bestraft worden und die Höhe ihrer Sühne geht in Ordnung; nur die Großen sind zu wenig bestraft worden.“

(Sehr richtig! bei der SPD)

Also, der Herr Kollege Dr. Zdralek ist auch der Auffassung, daß man die Kleinen ruhig hat hängen dürfen; nur die Großen hätte man etwas höher hängen müssen. Aber ich glaube, daß aus diesen Äußerungen auch heute, nach 8 Jahren praktisch geübter Befreiung, immer noch der Geist des Hasses, der Vergeltung und der Rückständigkeit spricht, insbesondere von denjenigen, die vielleicht während des Dritten Reiches nur nicht an die Futterkrippe gekommen sind — —

(Stürmischer Widerspruch bei der SPD — Eine Anzahl von Abgeordneten der SPD, voran der Abgeordnete Haas, erheben sich von ihren Plätzen und gehen unter erregten Zurufen gegen das Rednerpult vor. — Abg. Haas: Nehmen Sie das zurück!)

— Nein, das nehme ich nicht zurück.

(Abg. Haas: dann reden Sie nicht mehr weiter! — Allgemeine Unruhe — Abg. Haas: Wer hat die 11 Millionen umgebracht? — Erneute lärmende Zurufe und Unruhe. — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Sitzung ist unterbrochen. Ich berufe eine Sitzung des Ältestenrates ein.

(Die Sitzung wird von 15 Uhr 40 Minuten bis 16 Uhr 16 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind wieder aufgenommen.

Zur Abgabe einer Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Bantele.

Bantele (BP): Hochverehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bayernpartei war von dem Wortlaut der Ausführungen ihres Kollegen Klotz nicht unterrichtet. Sie kann sich daher nicht hinter die Formulierung im letzten Satz stellen und bedauert sie.

Auf der anderen Seite möchte ich aber erklären: Die Bayernpartei weist Äußerungen einer anderen Fraktion, als ob in ihren Reihen nur noch Nazi wären, mit Entschiedenheit zurück!

(Abg. Zillibiller: Das muß durch die Taten erwiesen werden!)

Präsident Dr. Hundhammer: Wir fahren fort in der Aussprache. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Simmel.

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es dürfte dem Hohen Hause bekannt sein, daß meine Fraktion die Initiative für eine Beendigung der Entnazifizierung ergriffen hat, daß wir den Standpunkt vertreten haben, daß das ganze System verfehlt war und daß es ein katastrophaler Irrtum gewesen ist, eine vielleicht fällig gewesene Revolution durch einen Wust von Paragraphen nachholen zu wollen. Sie hat im Rechts- und Verfassungsausschuß auf die Worte des letzten Sonderministers, des Herrn Ministers Hagenauer, hingewiesen, der erklärt hat, daß das deutsche Volk möglichst schnell vom Befreiungsgesetz befreit werden muß. Man kann dieser Ansicht sein, kann aber trotzdem rein sachlich zugeben, daß damals nach 1945 immerhin in vielen Teilen unseres Volkes eine Begriffsverwirrung eingetreten war. Deshalb sollte man sich rein sachlich überlegen, wie man aus diesem verfehlten System herauskommen kann. Nur soviel, meine Damen und Herren, zu dem, was mein Herr Vorredner gesagt hat. Also wir wollen uns rein sachlich durch den Kopf gehen lassen, wie wir mit der Entnazifizierung am besten Schluß machen.

Meine Fraktion ist zur Tat geschritten und hat bereits am 21. Januar dieses Jahres dem Hohen Hause einen Initiativentwurf für ein Schlußgesetz vorgelegt, von dem man unbestreitbar wird sagen müssen, daß es wirklich ein radikaler Schluß der Entnazifizierung gewesen wäre. Von dem daraufhin dem Landtag vorgelegten Entwurf der Staatsregierung konnte man das leider nicht sagen. Er war unzulänglich und von einer echten Beendigung der Entnazifizierung weit entfernt. Meine Fraktion darf zu ihrer Genugtuung feststellen, daß es zum großen Teil ihrer Arbeit zu verdanken war, daß dieser Entwurf der Staatsregierung in den wirklich sehr mühevollen Verhandlungen des Rechts- und Verfassungsausschusses und des zeitweilig gebildeten Unterausschusses völlig umgestaltet worden ist und daß der Entwurf, der Ihnen

nun zur Beschlußfassung vorliegt, im Grundsätzlichen immerhin vielleicht als ein brauchbares Schlußgesetz betrachtet werden kann.

Trotzdem ist er immer noch mit Fehlern behaftet, die nicht nur Schönheitsfehler sind, sondern durch die man immer noch nicht der Erkenntnis Rechnung trägt, daß man durch eine Methode der Kriminalisierung eines politischen Gegners in Bausch und Bogen ein schweres Hindernis für eine demokratische Volksgemeinschaft schafft. Es bedarf deshalb nach unserer Überzeugung notwendig noch einiger Änderungen. Diese Änderungen sind Ihnen heute in den Abänderungsanträgen vorgelegt worden.

Ich darf zur Begründung dieser **Abänderungsanträge** folgendes ausführen: Der erste Antrag betrifft ebenso wie der in Ziffer 3 das passive Wahlrecht der Belasteten. Ich schicke voraus, meine Fraktion will an dem Ausschluß der Hauptschuldigen vom passiven Wahlrecht nicht rütteln. Denn nach menschlichem Ermessen können das immerhin Personen sein, die wir nicht mehr mit vollen Rechten in unserer neuen Volksgemeinschaft haben wollen. Es mag unter ihnen den einen oder anderen geben, von dem man das nicht sagen kann; aber das wollen wir in Kauf nehmen. Unter den Belasteten jedoch ist ganz zweifellos eine große Reihe von Leuten, die den damaligen übersteigerten Anschauungen zum Opfer gefallen sind und bei denen es sich nach heutiger Auffassung nicht mehr rechtfertigen läßt, sie nicht als vollwertige Bürger in unserer Volksgemeinschaft zu behandeln. Es wäre schlimm um unsere heutige Demokratie bestellt, wenn man von diesem doch immerhin kleinen Häuflein eine Gefährdung unserer Demokratie herleiten wollte.

(Abg. Dr. Lenz: Das hat man früher vor 1933 auch immer gesagt!)

— Ich glaube, Herr Kollege Lenz, man kann es dem gesunden Urteil unserer heutigen Demokratie überlassen, wen sie als Kandidaten aufstellen will. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, eines sagen, was ich auch im Rechts- und Verfassungsausschuß mehrfach betont habe. Von diesem kleinen Häuflein von Leuten, die ja doch untereinander keinen Zusammenhang haben, die über keine Mittel verfügen,

(Widerspruch vor allem bei der SPD)

ist eine ernste Gefahr nicht zu erwarten. Die Gefahr liegt heute wo anders; sie liegt heute dort, wo die östlichen Theorien herkommen. Was wir heute brauchen, ist etwas anderes. Wir brauchen heute in Deutschland einen McCarthy, aber nicht ein Entnazifizierungs- oder Befreiungsgesetz.

(Zurufe von der SPD — Große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Nach unserer heutigen Rechtslage hat ein kommunistischer Funktionär, von dem man das weiß, das passive Wahlrecht

(Zuruf des Abg. Bauer Georg)

und ein harmloser Ortsgruppenleiter, der ein sehr vernünftiger Mensch sein kann, soll es nicht haben.

(Simmel [Gesamtdeutscher Block/BHE])

Der Widersinn geht doch ohne weiteres daraus hervor. Wir wollen also heute solche überholten anachronistischen Unterschiede nicht mehr machen. Wir sind der Ansicht, man soll sich heute die Person und den Menschen ansehen. Es kommt nicht auf die formale Belastung an; denn da sind unendlich viele Irrtümer vorgekommen, das läßt sich nicht bestreiten. Wir wollen wirklich radikal Schluß machen und dazu gehört eben, daß man auch dem Belasteten grundsätzlich das passive Wahlrecht gibt und es dem Urteil des Volkes überläßt, ob es einen solchen Mann aufstellen oder ihn wählen will. Ich habe das Vertrauen zu unserer Demokratie, daß dann kein Malheur passieren wird.

Den zweiten Abänderungsantrag halte ich für ganz besonders dringlich und unerlässlich. Es ist die Notwendigkeit einer Umstufung der Belasteten im Gnadenwege.

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz. — Weitere Zurufe von der CSU)

Die Situation ist folgende. Es sind in Bayern etwa 15 000 Personen als Belastete eingestuft worden. Von diesen 15 000 Personen muß, das wird man gestrost sagen können, immerhin ein größerer oder kleinerer Teil unverdient mit dieser Belastung sein Leben lang herumlaufen. Nach Artikel 53 des Befreiungsgesetzes können sie im Gnadenwege durch den Minister nur eine Milderung der Sühnemaßnahme erreichen, nicht aber eine Umstufung. Ich glaube, es war der Herr Kollege Zillibiller, der im Rechts- und Verfassungsausschuß ein sehr eklatantes Beispiel gebracht hat. Er hat das Beispiel erwähnt, daß nach den Vorschriften der Bundesbahn und der Post es unmöglich ist, einen Mann wieder einzustellen, wenn er Belasteter ist. Es können ihm sämtliche Sühnemaßnahmen erlassen worden sein, das genügt aber weder der Bundesbahn noch der Post. Der Mann läuft also sein ganzes Leben lang mit seiner Familie als Belasteter herum, obwohl er ein uranständiger Kerl ist und niemand etwas zuleide getan hat, bloß weil er die formale Belastung z. B. als Ortsgruppenleiter und dazu noch das Unglück gehabt hat, daß er schon 1946 durch die Spruchkammer gegangen ist, wo man noch einer anderen Praxis huldigte als später und namentlich heute. Ich glaube, es ist unerlässlich, daß es eine Möglichkeit gibt, das wieder richtigzustellen. Diese Möglichkeit haben Sie und können Sie nur haben, wenn Sie eine Umstufung im Gnadenweg zulassen. Daß es im Gnadenweg geschehen muß, folgt daraus, daß es nicht möglich ist, etwa an eine Umstufungsanordnung noch ein verwaltungsgerichtliches Verfahren anschließen zu lassen. Die Umstufung kann nicht im Verwaltungswege erreicht werden, sondern nur im Gnadenwege; denn bei Gnadenentscheidungen ist die Anrufung von Verwaltungsgerichtsbehörden unmöglich. Das ist notwendig und ich glaube, wir können das Vertrauen haben, daß auch bei einer solchen Nachprüfung im Gnadenwege immerhin die schlimmsten Härten beseitigt werden können. Im Rechts- und Verfassungsausschuß ist daraufhin das Beden-

ken geäußert worden, daß vielleicht eine allzu große Zahl von solchen Anträgen im Gnadenverfahren vorgebracht werden könnten. Diese Befürchtung teile ich nicht; denn die Umstufung im Gnadenwege haben auch die anderen Länder der amerikanischen Zone, sowohl Baden-Württemberg als auch Hessen, und auch im wesentlichen Niedersachsen; dort besteht sie schon seit Jahr und Tag und es sind dort keinerlei Schwierigkeiten und Bedenken aufgetaucht. Es ist doch wahrlich bedauerlich, daß wir heute genötigt sein sollen, ein buntscheckiges System von Entnazifizierungsschlusssetzen in unserem westdeutschen Bundesstaat aufzustellen, anstatt es einheitlich zu handhaben. Ich würde schon aus diesem Grunde, einer gleichmäßigen Behandlung der deutschen Länder, es begrüßen, wenn wir es ebenso machen wie Baden-Württemberg, wie Hessen und wie im wesentlichen auch Niedersachsen. Daher der Abänderungsantrag zu Ziffer 2, daß nunmehr Hauptschuldige und Belastete im Gnadenwege in eine niedrigere Gruppe umgestuft werden können. Wir erreichen dadurch, daß wir diese unselige Kluft, die doch immerhin im deutschen Volk durch die Ungleichheit entstanden ist, beseitigen und daß wir gleiches Recht für alle diejenigen schaffen, die uns wert erscheinen, als vollwertige Staatsbürger wieder in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen zu werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie: Machen Sie ganze Arbeit und nehmen Sie diese beiden letzten Anträge an, die zu einem wirklichen, echten Schlußgesetz noch fehlen!

(Beifall beim Gesamtdeutschen Block/BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Hausleiter.

Hausleiter (fraktionslos): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe mir neulich erlaubt zu sagen, es wäre wesentlich besser, wenn wir uns mit der gegenwärtigen Aufgabe des Abschlusses der Entnazifizierung beschäftigen würden, als in die Vergangenheit zurückgewandt historische Forschungen anstellen zu wollen. Ich glaube nämlich, daß es der Sinn eines Abschlusses der Entnazifizierung ist, eine Kluft im deutschen Volk endgültig zu schließen, die im Grunde jedermann in diesem Hause als unglücklich empfunden hat. Wenn man nun diesen Abschluß benützt, um eine neue Kluft aufzureißen, dann widerspricht das genau der Aufgabe, die meiner Ansicht nach heute dem Hohen Hause gestellt ist. Ich darf das deshalb sagen, weil ich wahrlich nicht die Absicht hatte, z. B. die Stellung zu prüfen, die der Chef der Bayernpartei persönlich in der Vergangenheit zur Frage der Entnazifizierung eingenommen hat. Da sie aber für die Entwicklung eines Zeitlaufs, in dem wir alle gestanden sind, geradezu symbolisch ist, erlauben Sie mir, doch zu sagen, daß vor mir ein Aufruf liegt, der am 21. Juni 1946 erschienen ist. Der Herr Kollege Klotz hat diesen Aufruf sicher nicht gekannt. Hätte er ihn gekannt, so wäre er nach meiner Meinung mit einigen Äußerungen wohl anders verfahren, als er es heute hier getan hat. In diesem Aufruf stehen folgende Sätze:

(Haußleiter [fraktionslos])

„Die Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau eines demokratischen Bayern. Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus dient als Mittel für die Ausschaltung des Nazismus aus unserem öffentlichen und politischen Leben. Die bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Vertreter der politischen Parteien in Bayern erklären hiermit, daß sie entschlossen und bedingungslos hinter diesem Gesetz stehen und alles tun werden, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.“

Unterschrift: Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Joseph Baumgartner.

(Heiterkeit — Zuruf des Abg. Bantele)

— Noch eine ganze Reihe Unterschriften, die Parteiführer von damals!

(Zurufe von der BP)

Eine Unterschrift finden Sie nicht darunter, das kann ich Ihnen sagen, das ist die meine.

(Heiterkeit — Zurufe)

Ich behaupte nur: Es war ein Unglück, daß sich der Herr Kollege Klotz hier auf das Gebiet der historischen Forschung begeben hat.

(Zuruf des Abg. Bantele)

Das möchte ich ihm nachweisen. Wenn Sie sich nämlich auf diese Ebene begeben, verstoßen Sie gegen zwei Gesetze, die meiner Ansicht nach gültig sind: Erstens dürfen Sie nicht Kollektivurteile fällen; wir wollen ja heute im Entnazifizierungsschlußgesetz gerade damit Schluß machen, daß irgendwann Kollektivurteile gefällt werden. Gegen ein zweites Gesetz verstoßen Sie, indem Sie den Ablauf des historischen Prozesses, in dem wir als lebendige Menschen stehen, von vornherein negieren. Ich habe ein gewisses Recht, darüber zu sprechen. Das weiß das Haus. Meinen ersten Antrag auf Abschaffung des Entnazifizierungsgesetzes habe ich im März 1947, meinen zweiten im März 1950 jeweils nach einer Wahl gestellt.

Ich würde es aber für falsch halten, wenn wir jetzt in dieser Form hinsichtlich der Vergangenheit nachtarocken würden, sondern ich halte es für richtig, eine möglichst gute Lösung zu suchen. Und in dieser Beziehung, das darf ich sagen, sind die Vorschläge des Herrn Kollegen Simmel — von mir aus gesehen — in einigen Punkten noch sehr sorgfältig zu diskutieren. Das ist meine persönliche Meinung. Diesen Standpunkt habe ich hier immer mit einigem Freimut vertreten. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich mich im gleichen Augenblick von einer Forderung des Kollegen Simmel absolut distanzieren darf: Sein Ruf, wir brauchen einen neuen McCarthy — Herr Kollege Simmel! —, sollte meiner Ansicht nach von Ihnen nicht so deutlich geäußert werden; sonst sehen wir Ihre Partei-

freunde daraufhin an, wer von ihnen sich etwa für diese Rolle eignen könnte.

(Heiterkeit — Zuruf von der CSU: Dr. Oberländer!)

— Bitte, ich habe keinen Namen genannt!

(Heiterkeit)

Für eine Überprüfung, wie sie da in Frage käme — denn sicher, Herr Kollege Simmel, haben Sie diesen hochinteressanten Vorschlag gemacht, nicht ohne einen positiven Gedanken dabei gehabt zu haben —,

(Abg. Simmel: Weil die Gefahr bei der KPD liegt!)

müßte man schon sehr nachdenken, um ein Bild von einem geeigneten Mann zu bekommen.

(Abg. Simmel: Können Sie bestreiten, daß die Gefahr bei der KPD liegt?)

Im Rahmen der paar Worte, die mir meine Redezeit hier zu sagen erlaubt, darf ich feststellen: Es wäre ausgezeichnet, wenn im politischen Leben unseres Landes und ganz Deutschlands die Gegensätze der Vergangenheit endlich einmal aufgehoben werden könnten. Dazu gehören zwei Dinge, nämlich einerseits der Verzicht auf Abrechnung von seiten derer, die Rechnungen vorzulegen haben — das ist eine Haltung der Großmut und des weiten Herzens —, und andererseits der gleiche Wille zum Verzicht auf Rache von seiten derjenigen, die sich nach 1945 benachteiligt sehen. Hier einen echten Ausgleich zu schaffen, ist angesichts der politischen Lage Deutschlands ein absolutes Erfordernis. Hier nicht bloß die Entnazifizierung abzuschließen, sondern mit diesem Abschluß die Grundlagen für einen Prozeß der inneren Aussöhnung zu legen, das ist meiner Ansicht nach die Aufgabe, die wir heute hier gemeinsam hätten erfüllen sollen.

(Beifall bei den Fraktionslosen)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Wüllner.

Dr. Wüllner (Gesamtdeutscher Block/BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen dem Herrn Ministerpräsidenten Dank dafür wissen, daß er heute dem Hause eine Erklärung vorgelegt hat, in der er selbst die Beseitigung des Sonderministeriums vorschlägt. Er hat damit zu erkennen gegeben, daß er durchaus den Wunsch des Gesamtdeutschen Blocks / BHE und auch vieler anders gesinnter Menschen im Lande begreift, einen wirklichen Schlußstrich unter eine Entwicklung zu ziehen, die heute niemand mehr als glücklich betrachten wird.

Ich glaube aber, daß in diesem Schritt des Herrn Ministerpräsidenten eigentlich mehr enthalten ist. Ich sehe darin, daß er nun die Aufhebung des Sonderministeriums vorgeschlagen hat und Sie sie beschlossen haben, daß man nun nach einigen Jahren doch auch geneigt ist, sich zu der Überzeugung durchzuringen, daß politischer Irrtum nicht nur möglich ist, sondern auch beseitigt werden kann.

(Dr. Wüllner [Gesamtdeutscher Block/BHE])

Wir haben in der Zeit nach 1945/46, soweit von uns schon jemand da war — diejenigen, die später aus der Gefangenschaft kamen, später —, vor der Tatsache gestanden, daß niemand das Wort „politischer Irrtum“ irgendwie ernst zu nehmen geneigt war. Wir standen vor der Tatsache, daß uns damals eine Propaganda, die nicht aus unseren Reihen und auch nicht aus deutschen Reihen kam, doch darlegen wollte, daß es so etwas wie politischen Irrtum nicht gebe oder daß es, wenn es einen politischen Irrtum gibt, nur einen s t r a f b a r e n politischen Irrtum gebe.

Und nun erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in dieser doch etwas historischen Stunde des Bayerischen Landtags, in der wir die Bilanz über eine neun-jährige Entwicklung ziehen, in bezug auf die wir uns alle klar sind, daß sie unglücklich war und die wir deshalb abschließen wollen, ein Beispiel anführe.

In dieser Stunde können wir uns auch einmal in die Lage eines der unzähligen kleinen Männer, in die Lage eines der vielen Staatsbürger versetzen, gegen die sich das nicht aus deutschem Geist geborene Entnazifizierungsgesetz gewandt hat, nicht etwa in die Lage irgendeines großen Anhängers der NSDAP, irgendeines Nutznießers des Dritten Reiches oder in die Lage eines jener vielen Menschen, die sich damals im Dritten Reich zwar aus der politischen Arbeit herausgehalten haben, aber von dem wirtschaftlichen Aufschwung sehr viel Nutzen zogen. Und dazu erlauben Sie mir einmal ein Beispiel, um zu zeigen, wie sich in dem Hirn eines solchen einfachen Mannes — und ich glaube, es gibt keine Partei in diesem Hohen Haus, die sich nicht mit Fug und Recht um diesen einfachen Mann bemüht — die damalige Zeit widerspiegeln mußte. Ich habe durch Zufall einige Unterlagen der damaligen Zeit wieder in die Hand bekommen. Sie wissen, daß wir nach 1946 vor drei Dingen standen: Einmal litten wir unter den Auswirkungen des Morgenthau-Plans, zum andern wurden wir mit der Entnazifizierung beglückt, und zum Dritten tauchten Leute auf, die — nicht weil sie Widerstandskämpfer waren, sondern es verstanden hatten, sich aus dem Sog des Dritten Reiches herauszuhalten — nun ihre Stunde gekommen hielten, die Oberhand zu bekommen. Um diese Leute geht es nicht. Es geht um den Mann, der 1946 oder 1947 aus der Gefangenschaft heimgekehrt ist. Ich nehme einen kleinen Staatsbürger an, der, sagen wir einmal 1938 — ich betone das Jahr mit einer besonderen Absicht — etwa in Wien gelebt hat. Dieser Mann kam in den Wirbel hinein, der um den Anschluß entstand. Er stand vor der Tatsache, daß das ganze Volk in Österreich mit einer unglaublichen Begeisterung diesen Anschluß wollte und vollzog. Am 18. März 1938 erfuhr er dann durch den Rundfunk, den er wie jeder Staatsbürger hörte, daß das, was sich um ihn vollzog, durchaus rechtens war. Das erklärte ihm nicht etwa die Staatsführung, oh nein, die Männer, die auf ihn von allen Seiten damals überhaupt eingewirkt haben, gaben ihm zu erkennen: Das ist ein Rechtsakt, der auch für dich, kleiner Mann! gilt. Damals sandte Kardi-

nalerbischof Dr. Innitzer dem Reichsstatthalter Bürckel eine feierliche Erklärung, in der er betonte, die Erzbischöfe erfüllten freiwillig und ohne Zwang ihre nationale Pflicht. Sie sagten in dieser Erklärung ausdrücklich, daß sie aus innerster Überzeugung und aus freiem Willen anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse betonten:

Wir erkennen freudig an, daß die NS-Bewegung auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus für das deutsche Reich und Volk, namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes, Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind der Überzeugung, daß uns das Wirken dieser Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abwehren werde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Für den kleinen Mann, den gläubigen Christen, der diese Worte gehört hat, war das wirklich eine Mahnung. Und wenn er etwa nicht der christlich-sozialen Gruppe angehört hat, vernahm er ein paar Tage später am Radio eine Kunde, die nicht weniger interessant, für die damalige Zeit aber auch verständlich war. Dieser kleine Mann hörte am 3. April 1938 und las auch in der „Kronzeitung“, dem am meisten verbreiteten Organ in Wien, wörtlich die Erklärung einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des damaligen Österreich:

Wir haben die Genugtuung errungen, für die Demütigung der Jahre 1918 und 1919. Ich müßte meine ganze Vergangenheit verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat

— er meinte den Anschluß —

nicht begrüßen würde. Die ehemaligen Sozialdemokraten werden mit „Ja“ stimmen.

— So sprach damals der Nestor der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Renner, nachmals Präsident der 2. Republik Österreich. —

Der kleine Mann ist dann vielleicht, wie er das gehört hat, zur SA oder zur Partei gegangen und wenige Monate später war der gleiche Mann Soldat. In den paar Monaten, in denen er vorneweg so manches bekrittelt hat — und gerade in Österreich waren in den ersten Monaten nach dem Zusammenschluß sehr viele kritische Stimmen zu hören —, hat er sich zwar das Seine gedacht, sich aber gehütet, aus der Partei oder der SA auszutreten; denn das war damals bestimmt gefährlicher als heute ein Übertritt von der Bayernpartei zur CSU. Der Mann ist dann eingerückt und ist, vielleicht, zum Glück mit heilen Knochen durch den Krieg gekommen. Zwei Jahre war er in der Gefangenschaft, 1947 oder 1948 ist er zurückgekommen und dann vernahm er: „Ja, du bist jetzt in der Liste II“ — irgendeiner Einstufungsgruppe, die er noch nicht kapiert hat —, „du bist jetzt Belasteter oder gar Hauptschuldiger“. Hauptschuldiger wird er wahrscheinlich nicht gewesen sein, weil er höchstens ein kleines Amt inne hatte, aber Belasteter konnte er durchaus sein, das war fast die Regel. Das hat der kleine Mann nicht begriffen

(Dr. Wüllner [Gesamtdeutscher Block/BHE])

und seine Frau hat es auch nicht begriffen und seine Mitmenschen um ihn herum haben es ebenfalls nicht begriffen; denn sie kannten ihn persönlich als einen sauberen, einfachen Mann, dessen Horizont zwar nicht unbedingt weiß Gott wie groß sein konnte; aber daß er in diese Entnazifizierungsmühle hineingeraten ist, das war für alle unverständlich. Wenn er heute unserer Diskussion folgen könnte, würde er sagen: Du hast recht! Wenn damals die Großen — und ich habe einzelne davon genannt — irren konnten, einem politischen Irrtum verfallen sind, so haben wir sie von diesem politischen Irrtum freigesprochen; aber diesen kleinen Mann haben wir solange nicht freigesprochen, als wir nicht die Entnazifizierung endgültig abgeschlossen haben, sie aufgehoben wird und wir erklärt haben: „Das alles traf dich, kleiner Mann, zu Unrecht.“

Es sind schwere Ungeschicklichkeiten begangen worden in den Jahren 1946/47; aber da kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, nicht vom Gesamtdeutschen Block/BHE, denn wir sind immer auf dem Standpunkt gestanden, daß man diese Entwicklung nicht fördern kann. In den Jahren 1933 und 1938 — hier mögen sich die Dinge vor allem 1933 vollzogen haben — sind zahlreiche kleine Leute unmittelbar nach der sogenannten Machtübergreifung zur SA und SS gelaufen, um sich einzugliedern, genau so später in Österreich, im Sudetengau usw. Diese kleinen Leute wollen wir heute absolvieren; denn sie haben von ihrem Gesichtspunkt aus nichts anderes getan als wohl viele auch im Jahre 1946/47 unter anderen Verhältnissen. Ich kann es nur begrüßen, daß wir jetzt — ich habe schon dem Herrn Ministerpräsidenten für seinen Antrag gedankt — uns allseitig zu einer Regelung entschließen, die wirklich eine Fülle von Unrecht beseitigt.

Zwei Beispiele, zwei extreme Beispiele von Unrecht will ich Ihnen aber doch noch nennen. Da wohnt eine 75jährige Frau Katharina Hascher in Unterschondorf 131, Kreis Landsberg a. L. Sie hat mir unlängst einen langen Brief geschickt, in dem sie mitteilt: „Ich war immer gläubige Christin, ich mochte die Nationalsozialisten nicht, ich war nie bei der Partei, aber mein Mann, der konnte es nicht lassen, der war natürlich dazugegangen. Mein Mann war damals Angestellter der Stadt München; er ist inzwischen tot; nach dem Zusammenbruch bin ich“ — so schreibt die Frau weiter — „für meinen Mann eingetreten.“ Nach dem Zusammenbruch hat man dann diese Frau, die nichts mit der Partei zu tun hatte, plötzlich zur Förderin des Nationalsozialismus erklärt. Sie kam unerwartet vor die Spruchkammer und, ungeschickt, wie sie offensichtlich war, wurde sie auch noch in die Gruppe II eingestuft. Bestimmt hat sie nicht über das nötige Kleingeld verfügt, um besser wegzukommen. Sie wurde also in die Gruppe II eingestuft und sie ist heute noch in dieser Gruppe.

(Zuruf des Abg. Wimmer)

— Ich kann nur das sagen, was aus dem Brief ersichtlich ist. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn

Sie den Fall gelegentlich prüfen könnten, Herr Oberbürgermeister.

(Abg. Wimmer: Wenn die Frau nicht bei der Partei war — —)

— Nein, sie ist nachher deswegen, weil sie angeblich Zuträgerdienste für die Partei geleistet hat, in die Gruppe II eingestuft worden. Sie bestreitet das auf das entschiedenste und sagt, es seien persönliche Feinde gewesen, die sie hingehängt haben. Ich brauche Ihnen ja nicht zu sagen, daß die Denunziation damals geblüht hat. Die Frau ist jetzt zu schwach und zu alt, um sich selbst zu helfen. Die Folge ihrer Einstufung ist, daß sie heute noch keine Pension bekommt. Sie ist eine von den vielen, die heute an unseren Beratungen Anteil nehmen und die sagen: Hoffentlich schafft ihr die Gnadeninstanz; denn sie kann nicht ein langes Verfahren über sich ergehen lassen, um anders eingestuft zu werden. Der Fall scheint wert zu sein, geprüft zu werden, und ich würde den Herrn Oberbürgermeister Wimmer sehr darum bitten.

Ein zweiter Fall, der ganz extrem liegt, beweist, daß die Spruchkammern manchmal Dinge verlangt haben, die ganz unmöglich sind. Ich kenne einen Spruch, der einen sehr hochgestellten Mann betrifft — ich werde den Namen sofort nennen —, und diesem Mann hat die Spruchkammer gesagt: Dein Verschulden ist, daß du Hitler nicht umgebracht hast, denn du warst dazu in der Lage. So zu finden in einem Spruch der Hauptberufungskammer Nürnberg I; dieser Spruch stammt vom 26. August 1949. Zu dieser Zeit war es bei Ihnen und bei uns allen nicht mehr üblich, jemandem zu sagen: Du bist schuld an einer Sache, weil du jemand anderen nicht umgebracht hast. Wenn wir Verständnis haben sollen für Leute, die aus Überzeugung jemand umgebracht haben, dann haben wir noch viel mehr Verständnis für Leute, die so viel Seelenstärke aufbringen, daß sie in jeder Situation ihren Charakter so bewahren, daß sie sich von allen Dingen, die irgendwie anrühlich werden könnten, freihalten. Diesem Mann aber hat man damals für alle Zeiten die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen und ausdrücklich erklärt, daß es dagegen keine Berufung gibt.

(Abg. Bezold: Es gibt doch die Kassation.)

— Ich habe mich in diesem Fall an den Herrn Staatsminister der Justiz gewandt und habe ihm den Wortlaut des Briefes des ehemaligen Reichskanzlers Franz von Papen mitgeteilt.

(Zurufen und Lachen.)

— Diesen Franz von Papen kennen viele von Ihnen sehr viel besser als ich. Ich habe ihn nicht gekannt und nicht gesehen und ihn nur über den Rundfunk gehört. Ich habe den Fall vorgetragen und würde mich freuen, wenn noch von anderer Seite dazu Stellung genommen würde. Ich will nur sagen, es ist nicht Sache der Spruchkammern gewesen, solche Forderungen zu stellen, sondern es wäre Ihre Sache gewesen, dem deutschen Volk — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich darf Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Dr. Wüllner (Gesamtdeutscher Block/BHE): — Ich bitte, mich noch die letzten Sätze sagen zu lassen. — Wir haben immer den Standpunkt vertreten, Unrecht kann nicht durch neues Unrecht beseitigt werden. Wir fordern heute, da wir am Ende der Entnazifizierung stehen, den Freispruch für den anständigen kleinen Mann. Dieser Mann soll den Anspruch haben, in seiner Haltung anerkannt zu werden. Wir fordern Freispruch für den, der aus Idealismus sich zu einem Gedanken bekannt hat, der an der rauhen Wirklichkeit und der Unzulänglichkeit so vieler Personen und auch an Verbrechern gescheitert ist. Wir fordern, daß man niemandem mehr, soweit nicht kriminelle Vergangenheit vorliegt, die Zugehörigkeit zu dieser oder jener politischen Partei, diese oder jene politische Auffassung damals, heute oder künftig vorwirft. Aus dem Geiste echter gesamtdeutscher Zusammengehörigkeit fordern nicht zuletzt die Opfer des Krieges, die Vertriebenen, Recht für alle diejenigen, denen Unrecht geschehen ist. In diesem Sinne befreien wir uns alle vom Befreiungsgesetz.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Bezold.

Bezold (FDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Keine Geschichtsepoche schreibt ihre **Geschichte** selbst und wenn hier wiederholt erwähnt worden ist, man solle es lassen, in die geschichtlichen Rückstände des Gesetzes einzusteigen, dann wäre es, glaube ich, schon richtig gewesen, diesen Erwägungen und diesen Ratschlägen zu folgen. Ich glaube, das was hier erklärt worden ist, war nicht immer gerade geeignet, die sonst wohl richtigen Ausführungen der Herren Redner zu unterstützen. Und wenn jetzt am Schluß gar behauptet worden ist, daß gegenüber Papen keine andere Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus und seiner Wirksamkeit vorliege und daß der Spruch auf keinem anderen Grund habe aufbauen können als auf der Tatsache des Vorwurfs, Papen habe Hitler nicht umgebracht, so bedeutet das, glaube ich, doch wohl, daß derjenige, der das so sagt, keine Ahnung von der Geschichte

(Zurufe)

und vom Hochkommen des Nationalsozialismus gehabt hat. Ich glaube, Papen selbst wird nicht bestreiten können, und hat es nicht bestritten, daß er wesentlich verknüpft war mit der Tatsache, daß Hitler gleichsam legitim hat zur Macht kommen können.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man schon einem Gesetz gegenüber geschichtliche Betrachtungen anstellt, dann wäre es, glaube ich, sinnvoll und logisch, sich auch einmal über die **Geschichte dieses Gesetzes** selbst Gedanken zu machen. Und da können wir eines nicht verstehen, was hier anscheinend geschehen ist. Hier tut man nämlich so, als sei das Entnazifizierungsschlußgesetz, das uns hier vorliegt, der einzige Schritt in Richtung auf Beendigung der Entnazifizierung, und das ist nicht richtig.

Es ist, geschichtlich betrachtet, nicht das letzte Entnazifizierungsschlußgesetz; denn es ist die Folge einer Entwicklung, die vom ersten Augenblick an, wo dieses Gesetz von deutschen Menschen angewendet werden mußte, sich ergeben hat. Ich muß schon sagen, ich habe das auch im Rechts- und Verfassungsausschuß gesagt: Wenn man selbst Gelegenheit gehabt hat, aus irgendwelchen dienstlichen Gründen sich mit den amerikanischen Dienststellen über die Brauchbarkeit dieses Gesetzes zu unterhalten, wenn man selbst sich immer wieder auf den Standpunkt gestellt hat, auf den sich die sämtlichen deutschen Stellen gestellt haben: Diese Anlage zum Gesetz widerspricht unserer deutschen Rechtsauffassung und stört die Möglichkeit, das zu erreichen, was das Gesetz eigentlich will, wenn man in unzähligen Fällen — und viele haben das getan — sich eingesetzt hat, daß bestimmte Fälle nicht nach dieser Anlage behandelt wurden, sondern daß die Möglichkeit gegeben war, auf all das Rücksicht zu nehmen, was heute besprochen worden ist, dann muß man schon etwas lächelnd zu der Betrachtung kommen: Es ist eigentlich merkwürdig, daß viele von den großen Rednern und von den starken Behauptern sich damals noch nicht haben hören lassen. Damals waren es sehr wenige, die diesen Streit mit den Amerikanern geführt haben, und ich muß Ihnen sagen, es ist nicht immer ein sehr angenehmer Streit gewesen.

(Zurufe)

Ich will um Gottes willen niemanden von Ihnen nachträglich schlecht machen, jenes Verhalten war damals eine Selbstverständlichkeit, über die nicht zu sprechen ist. Ich glaube in diesem Zusammenhang, man kann, wenn hier überhaupt von geschichtlicher Entwicklung gesprochen wird, wohl sagen, daß die Entwicklung schrittweise und stetig in dem Sinne gelaufen ist, der heute so angesprochen ist. Ich erinnere Sie an die erste Amnestie, an die erste, zweite und dritte Erleichterung im Gesetz, ich erinnere Sie an das erste Entnazifizierungsschlußgesetz, alles Gesetze, die einstimmig in diesem Hause angenommen wurden und die deshalb angenommen wurden, weil sie aus dem Willen einer Rechtsauffassung und eines politischen Willens entstanden sind, auf dem auch dieses Schlußgesetz zur Entnazifizierung, dieses endgültige Schlußgesetz steht.

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen noch eines sagen: Gegenüber der Anlage war die Tatsache des Gesetzes und die Möglichkeit der Handhabung dieses Gesetzes, und so ist es auch von den Nationalsozialisten selbst und meist auch von den Kammern verstanden worden, nicht etwa ein Minus, sondern ein Plus. Da muß man schon gerecht sein. Wenn man hier schon einige Eigentümlichkeiten, herausgerissen aus dem Zusammenhang des Gesetzestextes, vorgelesen hat, dann muß man doch auch zugestehen, daß dieser Gesetzestext selbst, und er war größtenteils deutsche Fassung, der formalen Anlage gegenüber Dutzende und Aberdutzende Entschuldigungsgründe und Erleichterungsgründe hatte. Gründe, die eben daher kamen, daß der Gesetzgeber sich auf den Standpunkt gestellt hat — die Behörden haben sich auch im allgemeinen da-

(Bezold [FDP])

nach gerichtet —: es kann sich nicht darum handeln, den politischen Irrtum als solchen zu bestrafen. Aber man könnte wohl auch noch darüber reden, ob politischer Irrtum nun absolut, die Voraussetzung neuer politischer Tätigkeit sein muß. Das ist eine ganz andere Frage. Der Gesetzgeber war ganz klar auf dem Standpunkt gestanden, es soll die Möglichkeit gefunden werden, diese zunächst einmal nach dem Schein vorhandene Verflechtung mit dem Nationalsozialismus zu lösen und durch die Maßnahmen des Gesetzes zu erleichtern. Aus diesem Grunde ist in Bayern — anders wie in den übrigen Ländern und ich glaube zu Recht — eine Rechtsmittelfolge eingebaut worden, so daß, wenn von den Rechtsmitteln Gebrauch gemacht wurde, ein Verfahren mit den Spruchkammerurteilen nicht sein Ende fand, sondern erst im Kassationshof die letzte Stufe der Rechtsfindung gegeben war.

Nun, meine Damen und Herren, stehen wir heute alle — das hat ja der Landtag bewiesen — vor der Tatsache, daß wir glauben, es ist die Zeit gekommen, in der man es sich auch formal und gesetzestechisch erlauben kann, mit der Entnazifizierung und den Entnazifizierungsmöglichkeiten Schluß zu machen. Jeder wird nun fragen, ja, bitte, warum seid Ihr zu dieser Erkenntnis nicht schon sehr viel früher gekommen und warum habt Ihr, um dieser Erkenntnis die Worte des Gesetzes zu verleihen, so lange gebraucht und Euch in Ausschüssen monatelang darum abgequält.

Die Schwierigkeit ist die, daß dieses Gesetz nicht etwa etwas für sich Bestehendes in der Welt der Gesetze ist, sondern daß es eine ganze Reihe von Bundesgesetzen und auch von Gesetzen des Auslandes gibt, die auf die Entnazifizierung abstellen und mit ihr verflochten sind. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, an diesen Gesetzen etwas zu ändern. Wir können zum Beispiel der australischen Einwanderungsbehörde nicht sagen: Wir verbieten Dir in Zukunft, eine Entnazifizierungsbescheinigung des Einwanderwilligen zu verlangen, ob er als Mitläufer, Belasteter oder als was sonst bei der Entnazifizierung eingestuft wurde. Soweit reicht unser Arm nicht. Das hat natürlich gesetzestechisch die Bedeutung, daß zugleich mit dem Abschluß der Entnazifizierung alle diejenigen, die noch nicht entnazifiziert worden sind, die Möglichkeit verlieren, bestimmten Voraussetzungen außerbayerischer Gesetze zu genügen und aus diesen Gesetzen als Staatsbürger Vorteile zu ziehen. Wie wichtig die Frage ist, das zeigt am allerbesten jener riesengroße Gesetzeskomplex des § 131 und seiner Ausführungsgesetze. Sie bestimmen ganz einfach für Fragen der Pensions- oder Rentengewährung oder der Einstellung, daß bestimmte formale Akte der Entnazifizierung getätigt worden sind.

Der Ausschuß konnte nun natürlich sagen — das war das billigste und das einfachste —: Das geht mich gar nichts an. Wenn sich jemand nicht rechtzeitig gemeldet hat, geht er einfach dieser Rechte verlustig, ganz gleichgültig, ob er ein großer oder ein kleiner, ein schuldiger oder ein unschuldiger

Angehöriger der früheren NSDAP war. Der Ausschuß ist sehr schnell — ich glaube, da hat niemand eine Ausnahme gemacht — zu der Auffassung gekommen, daß ein solches Vorgehen eines Rechtsstaates unwürdig ist. Derjenige, der aus irgendwelchen Gründen bis heute nicht entnazifiziert ist oder der vielleicht nach Beendigung dieser Fristen zurückkäme, könnte dann mit Recht sagen: Ja bitte, ich kann nichts dazu. Denn es sind ja nicht alle „Unterseebootfahrer“ — wie sich Herr Kollege Simmel so schön bildlich ausgedrückt hat —, das heißt Leute, die sich absichtlich im Dschungel und in der Dunkelheit gehalten haben, weil sie — wie man in Bayern sagt — „Dreck am Stecken“ hatten und etwas fürchten müssen. Es können Leute dabei sein, die dem Nationalsozialismus genauso nur formal verhaftet waren wie Tausende und Tausende andere auch. Denen jedes Recht zu nehmen, weil es uns jetzt nicht mehr paßt, weil es in die Stimmung der Zeit, die sehr kurz — und das ist unglücklich — vor den Wahlen liegt, nicht mehr hineinpaßt, das hieße nun wirklich neues Unrecht schaffen. Es war die Schwierigkeit für den Ausschuß und für den Gesetzgeber und es wird weiterhin die Schwierigkeit sein, die Dinge so zu gestalten, daß das Prinzip der Gerechtigkeit, das die Beendigung der Entnazifizierung verlangt, trotz der formalen Beendigung tatsächlich gewahrt werden kann. Darum, meine Damen und Herren, hat man sich bemüht. Die Folge dieser Bemühung ist die Vorlage, die Sie heute vor sich haben. Ich kann ganz ehrlich sagen, es gab verschiedene Grundsätze, denen man sich anschließen konnte; es waren vor allem Grundsätze, die sich in Entnazifizierungsgesetzen anderer Länder ausgedrückt haben. Wenn man sich nun im großen dem Grundsatz des württembergischen Gesetzes angeschlossen hat, so war es nur logisch, auch im Formalen und im einzelnen bei der Fassung dieses Gesetzes nach Möglichkeit die Grundsätze und den Wortlaut des württembergischen Gesetzes den Entschlüssen und Entscheidungen des Ausschusses zugrunde zu legen.

Meine Damen und Herren! Es sind nun zwei Gedanken, die weit über das Juristische hinaus sehr stark ins **Politische** hineinreichen und die im Ausschuß und, nach dem Abänderungsantrag, offensichtlich auch heute umstritten sein werden. Die eine Frage betrifft die **Wählbarkeit** als solche, das heißt, das sofortige Fallenlassen der Sühnemaßnahme der Nichtwählbarkeit. Der Ausschuß hat sich, und ich glaube, mit Recht, der Auffassung Württembergs angeschlossen. Er hat es deshalb getan, weil er expressis verbis seinem Willen Ausdruck gegeben hat, daß damit in Einzelfällen die Türe noch nicht geschlossen sein soll. Soll ein Belasteter, der, obwohl er durch die Stufenleiter der Rechtsmittel hindurchgegangen ist, Belasteter blieb, die Möglichkeit haben, sich zur passiven Wahl zu stellen, wenn erhebliche Gründe dafür sprechen, daß er als Kandidat aufgestellt werden darf, so ist ihm durch die Formulierung des Gesetzes nicht die letzte Möglichkeit genommen. Es besteht gar kein Zweifel, daß der Ministerpräsident als Gnadeninstanz im Wege der Gnade jede Folge der

(Bezold [FDP])

Entscheidung, sie mag den Betreffenden einstufen wie sie will, aufzuheben im Stande ist. Nachdem sich der Ausschuß auf den Standpunkt gestellt hat: auch die Frage der passiven Wählbarkeit oder Nichtwählbarkeit ist nicht als Entscheidung gefällt, sondern ist eine Folge des Gesetzes, die an eine Entscheidung geknüpft ist, konnte er mit Recht sagen, daß dann auch die Gnadeninstanz von sich aus in Einzelfällen — die natürlich objektiv und subjektiv geprüft werden müssen — diese Folge der Entscheidung aufheben und erklären kann, der betreffende Mann A oder B sei wählbar, obwohl er Belasteter ist. Ich glaube, diesem Grundsatz braucht man sich nicht zu verschließen. Wenn man schon der Mehrzahl der Belasteten oder derjenigen, die nach der Anlage belastet wären, zugemutet hat, durch die Rechtsmittel der Entnazifizierung zu gehen und dadurch feststellen zu lassen, ob sie wirklich belastet sind oder nicht, ob dieses oder jenes Verdikt der Anlage auf sie zutrifft oder nicht, dann ist es, glaube ich, nicht absolut gerecht, daß man jetzt plötzlich sagt, es mag ausgegangen sein oder ausgehen, wie es wolle, er soll trotzdem bereits jetzt passiv wählbar sein. Man müßte das machen — und da gebe ich dem Herrn Kollegen Simmel recht —, wenn die Möglichkeit — nicht der gnadenweisen Umstufung —, sondern der gnadenweisen Aufhebung der Folgen eines Urteilsspruches einer Kammer hinsichtlich des Wahlrechts durch die Gnadeninstanz des Ministerpräsidenten nicht gegeben wäre. Nachdem das aber der Fall ist, ist das, was der Ausschuß beschlossen hat und was Ihnen hier vorliegt, im Sinne jener Gerechtigkeit, die hier angesprochen worden ist, richtig.

Die zweite Frage betrifft die **Umstufung**, die nach dem Vorschlag des BHE im Gnadenwege durchgeführt werden soll. Ich muß sagen, die beiden Anträge sind, wenn man sie logisch betrachtet, nicht gut miteinander ins Gleichgewicht zu bringen; denn in etwa widerstreben sie sich logisch. Ich gebe aber offen zu, daß es Fälle gibt — ich habe das im Ausschuß ausdrücklich erwähnt —, bei denen bei Anwendung einer modernen Rechtsauffassung, wie sie in der letzten Zeit die Kammern angewendet haben, unter Umständen ein Urteil anders ausfallen würde, als es in den Jahren 1946 und 1947 ausgefallen ist. Nun bin ich Jurist, und für mich ist es eine feststehende Tatsache, daß jede Folge eines Urteils zwar im Gnadenwege verändert werden kann, niemals aber der Urteilsspruch selbst; denn der Spruch beruht auf einer ganz anderen Art der Erkenntnisgewinnung als der Gnadenerweis. Der Spruch ergeht daraus, daß das Gericht zu einer bestimmten Überzeugung kommt.

(Abg. Simmel: Es sind politische Entscheidungen!)

— Wenn man es natürlich rein politisch sieht, kann man so oder so urteilen. Ich gebe das zu, Herr Kollege Simmel, aber nach meiner Meinung wäre es richtig gewesen, wenn man in solchen Fällen mit einer bestimmten Empfehlung des Ministeriums tatsächlich eine Wiederaufnahme zugelassen hätte,

die dann als gerichtliche Überzeugung ihren Niederschlag gefunden hätte, eine Wiederaufnahme, die man heute aber wohl nicht zulassen kann, weil die Apparatur für eine solche Wiederaufnahme fehlt. Wenn aber der Gesetzentwurf, weil immer noch Leute auftreten und es unter Umständen vorkommen kann, daß vom Ausland her Kommende Anträge stellen werden, nicht eine Entnazifizierungsinstanz, sondern eine Apparatur fortbestehen lassen muß, um nicht Unrecht aufkommen zu lassen, möchte ich meinen, daß es auch logisch wäre, es dieser Apparatur zu überlassen; solche Auffassungsfragen zu bereinigen, die übrigens immer — darauf darf ich noch einmal zurückkommen — durch das Gnadenrecht bereinigt werden können.

Ich muß nochmals unterstreichen: wenn sogar das Recht auf die passive Wählbarkeit gnadenhalber vom Innenminister oder später vom Justizminister erteilt werden kann, dann braucht man überhaupt nicht darüber zu reden, daß ebenso jede andere Folge einer Verurteilung entfernt werden kann, sie mag nun lauten, wie sie will. Es wäre also meines Erachtens nicht notwendig, so weit zu gehen, daß nun der Minister oder heute noch der Ministerpräsident schlankweg zu einer Art Rechtsmittelinstanz wird. Das scheint mir um so gefährlicher, weil ich mir, wenn ich mir den armen Minister vorstelle, der ja irgendeiner Partei angehört, zugleich vorstelle, wie dieser Mann in Hunderten von Fällen mit Wünschen unter Druck gesetzt wird, wie man ihm sagen wird: „sei doch in diesem Einzelfall in Gottes Namen nett und stufe um, da liegt ja doch nichts dran.“ Er wird damit in eine Atmosphäre geraten, die von vornherein von der Atmosphäre einer juristischen Entscheidung oder einer Entscheidung, die durch die Ruhe der Überzeugung und des Gewissens zum Tragen kommt, verschieden ist. Eine Atmosphäre, die nur mehr politisch ist, die hundertprozentig politisch ist und auch nicht ein Prozent mehr von Rechtscharakter und von einer Entwicklung, wie sie im Sinne des Rechtes und des Richtenden erforderlich ist, an sich hat.

Aus den Gründen, glaube ich, kann man mit dem Entnazifizierungsschlußgesetz einverstanden sein und kann all die Erwartungen daran knüpfen, die heute manchmal lauter, manchmal leiser, manchmal schöner, manchmal weniger schön geäußert worden sind. Selbstverständlich ist auch dieses Gesetz — das wissen wir — Menschenwerk, und es wird die eine oder andere Schwierigkeit in sich tragen, die sich bei seiner Handhabung ergeben wird. Ich glaube, gerade deshalb ist es notwendig, denjenigen, die es anzuwenden haben, zuliebe und denjenigen, denen es helfen soll, zuliebe, es nicht mit einer Schärfe und Animosität zu füllen, die die reibungslose Anwendung, die wir alle wünschen, nicht erleichtern, sondern erschweren würde.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält der Herr Abgeordnete Frühwald.

Frühwald (BP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin zu Beginn des nationalsozialistischen Regimes noch in die Schule gegan-

(Frühwald [BP])

gen, habe aber sehr bald in der eigenen Familie an der Verfolgung meines Vaters durch die Nationalsozialisten merken müssen, wie schwer es war, in der nationalsozialistischen Zeit eine politische Meinung zu haben. Ich bin dann im Kriege durch eine sehr harte Schule gegangen. Wenn Herr Kollege Bezold uns vorwirft, daß wir zu der Zeit nicht dabei waren,

(Abg. Bezold: Niemand hat etwas vorgeworfen!)

dann möchte ich ihm vorhalten, daß man in der Weimarer Zeit es nicht verhindern konnte, daß viele, zu denen auch ich gehöre, heute mit einem zerschossenen Körper herumlaufen müssen. Damals hat man versagt, sonst wäre nach meiner Ansicht der Nationalsozialismus gar nicht gekommen. Ich mache aber deshalb niemand einen Vorwurf. Wer von uns hat noch keinen Fehler gemacht? Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es endlich an der Zeit ist, einmal zu verzeihen und zu vergessen.

(Abg. Bantele: Sehr gut!)

Die jetzige Fassung des Gesetzes huldigt nicht hundertprozentig diesem Standpunkt. Man baut wieder Dinge ein, die es nicht ermöglichen, mit der Entwicklung seit dem Jahre 1945 Schluß zu machen. Es ist schon von verschiedenen Kollegen gesagt worden, daß man nach zehn Jahren endlich damit aufhören sollte. Nicht jeder Nationalsozialist war — das sage ich ganz offen — ein Krimineller oder ein Lump. So gut wie wir aus politischer Überzeugung, ob wir nun links oder rechts oder in der Mitte stehen, einem politischen Programm folgen, sind manche aus innerster Überzeugung, nicht weil sie schlechte Kerle waren, diesem Programm gefolgt.

(Abg. Strenkert: Die Freiheit und die Naturrechte muß man aber achten!)

— Das kann man auf die heutige Zeit auch umlegen, Herr Kollege.

Ich stehe auf dem Standpunkt, der Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Simmel hat schon seine Berechtigung. Es muß endlich einmal die Möglichkeit geschaffen werden, daß derjenige, der als Belasteter nach II eingestuft ist und doch einen anständigen Kern hat, aus dieser Belastung herauskommt,

(Abg. Kraus: Die ist ja geschaffen!)

weniger um seiner selbst, als um seiner Kinder, seiner Familie willen. Man soll nach außen diese Sippenhaftung nicht in zwei, drei Generationen hineinragen. Ich habe draußen selbst erfahren müssen, daß Kindern, deren Vater nach II eingestuft ist, verschiedene Möglichkeiten verbaut sind, daß ihr Vater keine Erwerbsmöglichkeit hat und die Kinder eben nicht die Möglichkeit haben, die Schulen zu durchlaufen, zu denen sie die Fähigkeiten hätten usw. Man soll doch endlich einmal damit aufhören. Wollen wir doch diesen unveröhnlichen Geist, der vielleicht den einen oder

anderen berechtigt bewegt, endlich einmal aufgeben und verzeihen!

(Abg. Kraus: Wir haben doch nichts zu verzeihen!)

Es ist nach meiner Ansicht eine schöne Geste der christlichen Nächstenliebe — —

(Abg. Kraus: Ausgerechnet noch das Wort!)

— Vielleicht legen Sie christliche Liebe anders aus; aber das ist eben meine Meinung.

(Abg. Kraus: Dann hätten Sie früher anders sein müssen!)

— Bei der christlichen Liebe nehme ich keinen aus. Ich habe es so gelernt, daß man jedem christliche Liebe entgegenbringen muß. Vielleicht haben Sie es anders gelernt; ich weiß es nicht.

(Abg. Bauer Georg: Beim Kollegen Kraus ist sie an die CSU-Mitgliedschaft gebunden!)

Es wäre eine schöne Geste der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten, wenn man von dieser Gnade und Liebe regen Gebrauch machen wollte: Wir verstehen es nicht, daß man das, was man in der Zeit des Nationalsozialismus verurteilt hat, daß nämlich nicht nur die Betroffenen leiden mußten, sondern auch ihre ganzen Familien, in diese Zeit noch hereinträgt und vielleicht noch weiter verfolgt.

Ich möchte Sie deshalb bitten, und zwar alle, ob Sie links oder rechts sitzen: Machen Sie endlich Schluß! Das wollen wir ja. Und wir können nur dann Schluß machen, wenn wir eben alle Bestimmungen einbauen, die wirklich dazu angetan sind, daß nicht das eine oder das andere wieder aufgerollt wird. Stimmen Sie — das wäre nach meiner Ansicht richtig — den Abänderungsanträgen des Herrn Kollegen Simmel vom BHE zu; dann ist endlich einmal dieser Mißstand und Umstand aus der Welt geschafft. Ich glaube, es würde uns besser anstehen, daß vielleicht der Geschichtsschreiber einmal sagen könnte: Sie haben als Menschen und Christen gehandelt und haben nicht etwas weiter verfolgt, wofür man später kein Verständnis mehr hat.

(Beifall bei der BP und dem Gesamtdeutschen Block / BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Abgabe einer Erklärung für die Fraktion der CSU gebe ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer.

Dr. Fischer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion gibt folgende **Erklärung** ab:

Die Fraktion der Christlich-Sozialen Union begrüßt den Abschluß der politischen Befreiung, die in Anlage und Durchführung wesentlich auf Weisungen der Besatzungsmacht zurückging und den rechtsstaatlichen Erfordernissen vielfach nicht entsprach. Die Gerechtigkeit verlangt die Feststellung, daß sich deutsche Stellen von Anfang an widersetzen und sich immer wieder mit steigendem Nachdruck um eine Änderung bemühten. Soweit Aufgaben noch verbleiben müssen, sollen sie unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und des

(Dr. Fischer [CSU])

Schutzes des Staates gelöst werden. Es sei klar herausgestellt, daß dieses Abschlußgesetz die vielen bereits Entnazifizierten nicht berührt. Lediglich die wenigen noch nicht entschiedenen Fälle sollen abgewickelt werden, und auch das nur, sofern Ansprüche auf Gehalt oder Pension erhoben werden. Daß der demokratische Staat kein Interesse daran haben kann, ehemals führende Nationalsozialisten im politischen Leben wieder aktiv werden zu lassen, bedarf keiner Begründung.

(Sehr gut! bei der CSU)

Es soll darüber hinaus versucht werden, im Rahmen der bisherigen Entnazifizierung entstandene Härtefälle zu beseitigen.

Dieses Abschlußgesetz mag keine ideale Lösung sein; es ist aber unter den gegebenen Umständen ein aussichtsreicher Weg, ein wenig erfreuliches Kapitel deutscher Nachkriegspolitik zu beenden. Die Christlich-Soziale Union hofft, daß damit, ohne auf parteipolitische Interessen zu schießen, ein weiterer Schritt zur politischen Befriedung getan wird. In diesem Sinne erteilt die Fraktion der Christlich-Sozialen Union dem Gesetz, wie es der Rechts- und Verfassungsausschuß beschlossen hat, die Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Für die Fraktion der SPD erteile ich ebenfalls zur Abgabe einer Erklärung das Wort dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen.

von Knoeringen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion habe ich folgende **Erklärung** abzugeben:

Die SPD-Fraktion begrüßt das Zustandekommen dieses Gesetzes, das den Abschluß der Entnazifizierung nach außen hin bedeutet. Die Fraktion ist sich bewußt, daß das Gesetz zur Entnazifizierung nicht geeignet war, das ihm gesteckte Ziel zu erreichen. Dieses Gesetz ist durch den verstärkten Einfluß der Besatzungsmächte zustandekommen. Es hat sich erneut bewiesen, daß Gesetze eine echte geistige Revolution nicht zu ersetzen vermögen. Die SPD-Fraktion weiß, daß der Geist, aus dem einst der Nationalsozialismus gewachsen ist, zwar heute erheblich zurückgedrängt, aber noch nicht überwunden ist. Das Hineinwachsen des deutschen Volkes in eine demokratische Staatsverfassung kann nur die Aufgabe einer langen Zeit und eines ständigen Bemühens aller demokratischen Kräfte sein. Mit dem Schlußstrich unter die Entnazifizierung ist eine wenig erfreuliche Periode der Nachkriegsgeschichte abgeschlossen. Die Aufgabe aber bleibt bestehen, den Geist des Nihilismus, der Überheblichkeit, der Menschenverachtung durch den Geist zu ersetzen, der in hervorragender Weise durch unsere Verfassung ausgedrückt ist.

In diesem Sinne wird meine Fraktion dem vorliegenden Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, die Beilage 5702 zur Hand zu nehmen.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung.

Die Überschrift ist vom Ausschuß zur unveränderten Annahme empfohlen.

Artikel 1, Einleitung von Spruchkammerverfahren. Ich nehme jeweils zur Grundlage für die Abstimmung die von den Ausschüssen erarbeitete Formulierung. In Absatz 1 ist die Regierungsvorlage zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer sie billigt, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 5 Stimmenthaltungen aus der Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE ist Absatz 1 angenommen.

Absatz 2 ist vom Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen neu formuliert. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Absatz 3 ist vom Ausschuß neu formuliert. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der bisherige Absatz 3 der Regierungsvorlage soll nach den Ausschußvorschlägen entfallen. Eine Abstimmung hierüber erübrigt sich.

Ich rufe auf den Artikel 2, Anhängige Spruchkammerverfahren. Der Absatz 1 ist neu formuliert worden, der Absatz 2 der Regierungsvorlage ist zur Streichung empfohlen. Wer der Ausschußformulierung die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Artikel 3 der Regierungsvorlage ist vom Ausschuß zur Streichung empfohlen. Eine Abstimmung erübrigt sich.

Ich rufe auf den Artikel 3, Aufhebung von Sühnemaßnahmen. Nach der Formulierung der Ausschußvorschläge hat Absatz 1 eine neue Fassung erhalten. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Absatz 1 ist in der Formulierung der Ausschußvorschläge angenommen.

Zu Absatz 2 wird die Fassung der Regierungsvorlage vorgeschlagen. Wer ihr zustimmen will, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Annahme ist einstimmig.

Zu Absatz 3 hat der Rechts- und Verfassungsausschuß eine neue Formulierung erarbeitet. Hierzu liegt außerdem vor ein Abänderungsantrag Simmel. Der Antrag Simmel lautet:

Art. 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Die Sühnemaßnahme des Verlustes der Wählbarkeit nach Art. 16 Ziff. 6 des Befreiungsgesetzes ist vom Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Wer dem Antrag Simmel die Zustimmung erteilen will, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letzte ist die Mehrheit. Der Antrag Simmel ist abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr ab über die Fassung des Ausschlußvorschlags. Wer ihr die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Angenommen gegen die Mehrzahl der Stimmen der Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE und einige Stimmen aus der Fraktion der Bayernpartei und eine fraktionslose Stimme. Stimmenthaltungen? — 5 Stimmenthaltungen.

Ich rufe auf den Absatz 4. Hierzu ist die unveränderte Annahme des Absatzes 3 der Regierungsvorlage vorgeschlagen. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Gegenstimmen und Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Der Absatz 4 ist in der Fassung des Absatzes 3 der Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den vom Abgeordneten Simmel vorgeschlagenen neuen Artikel 3 a. Der Vorschlag Simmel lautet:

Hauptschuldige und Belastete können im Gnadenwege in eine niedrigere Gruppe umgestuft werden. Die Verbesserung der Rechtsstellung tritt mit dem Tage des Gnadenerweises ein. Eine Rückwirkung ist ausgeschlossen.

Wer diesem Antrag Simmel die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 7 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Artikel 4, Änderungen des Befreiungsgesetzes. Absatz 1 in der Fassung des Ausschlußbeschlusses. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Absatz 2. Eingangssatz unverändert. — Er ist so angenommen.

Ziffer 1 von Absatz 2 ist in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ziffer 1 ist einstimmig angenommen.

Ziffer 2 von Absatz 2 in der Fassung des Ausschlußvorschlags. Wer die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ziffer 3 von Absatz 2. Hierbei ist vom Ausschluß eine veränderte Fassung vorgeschlagen, die Ihnen vorliegt. Wer der Ausschlußfassung von Ziffer 3 die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Für Ziffer 4 liegt eine Fassung des Ausschusses vor, die von der Regierungsvorlage abweicht. Wer der Ausschlußformulierung zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen sind nicht vorhanden. Einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 5 schlägt der Ausschluß folgende Formulierung vor: „Artikel 51 wird gestrichen.“ Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Angenommen wie vor.

Zu Ziffer 6 schlägt der Ausschluß als Fassung vor: „Artikel 52 wird gestrichen.“ — Zustimmung wie vor.

Ziffer 7. Für Artikel 53 ist eine neue Fassung vorgeschlagen, die Ihnen vorliegt. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen liegen nicht vor. Einstimmig angenommen.

Ziffer 8. Artikel 58 erhält eine vom Ausschluß gegenüber der Regierungsvorlage neu erarbeitete Formulierung. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen liegen nicht vor. So angenommen.

Ziffer 9. Hier wird die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfohlen. — Angenommen wie vor.

Es folgt Artikel 5. Ich rufe zunächst auf Absatz 1. Der Absatz 1 ist vom Ausschluß in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage akzeptiert; nur deren Ziffer 5 entfällt. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — sind nicht vorhanden. Einstimmig angenommen. Die Überschrift zu dem Artikel lautet „Änderungen anderer Gesetze“.

Absatz 2. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Simmel vor, und zwar zu Ziffer 3. Ich rufe zunächst auf Ziffer 1 und 2, deren Annahme in der unveränderten Form der Regierungsvorlage empfohlen ist. — Dagegen erhebt sich keine Erinnerung. Es ist so beschlossen. Dagegen soll Ziffer 4 der Regierungsvorlage entfallen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ziffer 3. Hier schlägt der Abgeordnete Simmel vor, in Absatz 2 Ziffer 1 des Artikels 5 des Gemeindewahlgesetzes die Worte „sowie bis 30. April 1957 einschließlich auch Personen, die unter Klasse II der genannten Liste“ zu streichen. Wer dieser Streichung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Streichung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr ab über diese Ziffer des Artikels 5 des Gemeindewahlgesetzes in der unveränderten Fassung des Ausschlußvorschlags. Wer die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Stimmenthaltungen? — Die Formulierung des Ausschusses ist angenommen.

Zu Ziffer 2 des Artikels 5 schlägt der Abgeordnete Simmel vor, die Worte „und bis 30. April 1957 einschließlich auch Personen, die als Belastete“ ebenfalls zu streichen. Wer dieser Streichung zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Streichung ist abgelehnt.

Wir stimmen ab über die Formulierung des Ausschlußtextes. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen? — Der Text ist in der Ausschlußformulierung angenommen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Ziffer 4. Hierzu ist der Eingangssatz zur unveränderten Annahme in der Formulierung der Regierungsvorlage empfohlen. — Es ist so beschlossen.

Unter Buchstabe a haben wir wieder das Datum des Gesetzes noch einzufügen. Ich würde vorschlagen, „die Antragsfrist des Art. 1 des Zweiten Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung vom 3. August 1954“, dagegen die Worte „(GVBl. S. . .)“ zu streichen, weil die Einfügung bei der Beschlußfassung nicht möglich ist. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage den Buchstaben a in dieser Formulierung zur Annahme vor. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Der Ausschuß schlägt vor, einen neuen Buchstaben b einzufügen. Die Formulierung liegt Ihnen vor. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Der Ausschuß hat den Buchstaben c, bisher Buchstabe b der Regierungsvorlage, neu formuliert. Wer zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen und Gegenstimmen sind nicht vorhanden. Unverändert einstimmig angenommen. Hier ist einzufügen, ebenfalls wie vorhin, nach den Worten „Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung“: „vom 3. 8. 1954“, unter Streichung der Klammer „(GVBl. S. . .)“. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Für Absatz 2 ist die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage vorgeschlagen. — Es ist so beschlossen.

Absatz 3 wurde vom Ausschuß neu eingefügt mit dem Text:

§ 3 Abs. 3 gilt entsprechend.

— Einstimmig so angenommen.

Es folgt nun der Buchstabe d von Artikel 5 Absatz 2 Ziffer 4 mit dem Wortlaut: „§ 5 erhält folgende Fassung:“ usw. Wer der Ausschußformulierung zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Der Absatz 2 des Buchstaben d soll nach dem Ausschußvorschlag entfallen. Eine Abstimmung hierüber erübrigt sich, da die Annahme dieses Absatzes nicht verlangt wird.

Es folgt die Ziffer 5 von Artikel 5 Absatz 2. Hierfür wird der unveränderte Text von Ziffer 3 der Regierungsvorlage vorgeschlagen. — Unverändert einstimmig angenommen.

Von Ziffer 6 wird der Eingangssatz der Regierungsvorlage unverändert zur Annahme empfohlen. — So beschlossen.

Es folgt der Buchstabe a von Ziffer 6 in der Formulierung des Ausschusses. — Keine Erinnerung, einstimmig so beschlossen.

Buchstabe b in der Formulierung des Regierungsentwurfs — unverändert einstimmig angenommen.

Buchstabe c in der Formulierung des Regierungsentwurfs — unverändert einstimmig angenommen.

Es folgt die neue Ziffer 7 mit den Buchstaben a und b in der vom Ausschuß neu erarbeiteten Formulierung. Wer zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 3 Stimmenthaltungen ohne Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6.

(Abg. Donsberger: Zur Abstimmung!)

Im Ausschußvorschlag ist noch die alte Überschrift übernommen:

Auflösung der Entnazifizierungsstellen und Abwicklung der Geschäfte.

Diese Überschrift ist auf den jetzigen Text des Artikels 6 nicht mehr anwendbar. Als neue Überschrift schlage ich vor:

Wahrnehmung verbleibender Aufgaben.

— Das Hohe Haus ist damit einverstanden. — Herr Abgeordneter Donsberger, Sie wollten sich wahrscheinlich hierzu äußern.

(Abg. Donsberger: Das ist das gleiche!)

Der Text des Artikels 6 in der neuen Fassung lautet:

Die dem Minister für politische Befreiung verbleibenden Aufgaben werden ab 30. Oktober 1954 vom Staatsministerium der Justiz wahrgenommen.

Wer dem zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Artikel 7, Ausschluß von Ersatzansprüchen. Hierfür ist die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfohlen. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Artikel 8, Inkrafttreten. Der Ausschuß schlägt folgende Fassung vor:

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. September 1954 in Kraft.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Artikel 8 bei einer Stimmenthaltung angenommen ist.

Damit ist die erste Lesung beendet.

Wir treten unmittelbar anschließend in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Herrn Staatsminister der Justiz.

Weinkamm, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Es handelt sich nur um eine kleine Änderung, die jetzt notwendig geworden ist. Wie Sie auf Seite 3 der Beilage 5702 sehen, werden in Artikel 4 u. a. die Artikel 51 und 52 des Befreiungsgesetzes aufgehoben. In Ziffer 5 und 6 von Absatz 2 des gleichen Artikels 4 auf Seite 4 heißt es, daß die Artikel 51 und 52 gestrichen werden. Diese beiden Ziffern 5 und 6 müssen daher entfallen.

Präsident Dr. Hundhammer: Dann müssen die Ziffern 7 bis 9 von Absatz 2 des Artikels 4 entsprechend unnummeriert werden. — Zum Wort ist noch gemeldet der Herr Abgeordnete Simmel.

Simmel (Gesamtdeutscher Block/BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Sie werden es verstehen, wenn ich meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gebe, daß Sie die von meiner Fraktion gestellten Abänderungsanträge abgelehnt haben. Wir sind der Überzeugung, daß damit leider noch nicht der vollständige Schluß der Entnazifizierung erreicht ist, den wir gewünscht haben. Wir sind von dem Gedanken ausgegangen, daß eine Persönlichkeit nicht danach beurteilt werden soll, wie sie einmal von der Spruchkammer abgestempelt wurde, sondern daß man sich eben die Persönlichkeit und den Menschen selber ansehen muß

(Sehr richtig! in der Mitte)

und daß man das nach guten demokratischen Gesichtspunkten tun kann und tun soll. Nachdem sich aber, meine Damen und Herren, diesen Gesichtspunkten leider nicht Rechnung getragen haben, werden wir trotzdem, weil wir das Zustandekommen dieses Gesetzes, das im übrigen eine brauchbare Grundlage hätte sein können, nicht aufhalten wollen, dem Gesetz im ganzen zustimmen.

(Bravo!)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Frühwald.

Frühwald (BP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Aus den gleichen Gründen wie die Fraktion des BHE wird sich auch meine Fraktion bei der weiteren Abstimmung der Stimme enthalten.

(Unruhe und Zurufe von der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf den Artikel 1 in der Fassung der ersten Lesung. — So beschlossen.

Ich rufe auf den Artikel 2 in der Fassung der ersten Lesung. — Angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 3 in der Fassung der ersten Lesung. — Angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 4 in der Fassung der ersten Lesung. — Angenommen. Dabei ist zu korrigieren, Artikel 4 bleibt in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse,

(Abg. Dr. Ankermüller: Bis auf Ziffer 6!)

aber es ist umzunummerieren. Zunächst fallen weg Ziffer 5 und 6. Das ist scheinbar bei der Redaktion im Rechts- und Verfassungsausschuß übersehen worden, weil sich Ziffer 5 und 6 mit dem Inhalt des Absatzes 1 deckt. Dort lautet der Schlußtext, daß Artikel 51 und 52 des Befreiungsgesetzes aufgehoben werden. Deshalb brauchen diese Bestimmungen unter Ziffer 5 und 6 nicht noch einmal aufgehoben zu werden. Die zwei Ziffern wer-

den daher gestrichen und die Ziffern 7, 8 und 9 in 5, 6 und 7 unnummeriert.

(Abg. Donsberger: Bei Ziffer 4 Absatz 2 muß es unten heißen: 3. 8. 1954.)

— Jawohl, bei Ziffer 4 Absatz 2 ist das Datum des Gesetzes, 3. 8. 1954 unter Streichung der Worte „(GVBl. S. ...)“, wie wir es bei ein paar anderen Fällen schon berichtigt haben, einzufügen.

Ich rufe nunmehr auf Artikel 5. Hierbei ist in der Numerierung Ziffer 4 ausgefallen. Deshalb sind die folgenden Ziffern jeweils entsprechend herunter zu setzen. — Artikel 5 ist in dieser Fassung angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6. — angenommen,

Artikel 7 — angenommen,

Artikel 8 — angenommen.

Damit sind die einzelnen Artikel des Gesetzes auch in der zweiten Lesung gebilligt. Wir kommen zur **Schl u ß a b s t i m m u n g**.

Wer dem Gesetz in der jetzt vorliegenden Fassung der zweiten Lesung die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das Gesetz ist angenommen bei 7 Stimmenthaltungen aus der Fraktion der Bayernpartei, 1 Stimmenthaltung aus der Fraktion der CSU, 12 Stimmenthaltungen aus der Fraktion Gesamtdeutscher Block/BHE und 1 Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktionslosen.

Die Überschrift des Gesetzes

Zweites Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung

ist gebilligt.

Damit ist die Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung beendet.

Ich rufe nunmehr auf Ziffer 6 der Tagesordnung:

Außerordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 1954

Ich bemerke, daß nach den Vorschlägen des Ältestenrates die Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung mit der Beratung der Ziffer 9 und 10 der Tagesordnung verbunden werden soll. Es sind drei Tagesordnungspunkte, die innerlich zusammenhängen. Ziffer 9 betrifft den

Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1954,

Ziffer 10 den

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1954 (Haushaltsgesetz) — Beilage 5680.

Der Herr Staatsminister der Finanzen wird nach der Berichterstattung zu den einzelnen Teilen Stellung nehmen.

Zur Berichterstattung zu Ziffer 6 der Tagesordnung — über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 5686) — erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haas.

Haas (SPD), Berichterstatter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat in seiner 303., 304., 306., 307., 308., 309., 311., 312., 313. und 314. Sitzung in der Zeit vom 22. Juni bis 16. Juli 1954 über den außerordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1954 sehr ausführlich beraten. Berichterstatter war Abgeordneter Haas, Mitberichterstatter Abgeordneter von Haniel.

Bei den umfangreichen und weitläufigen Verhandlungen sei es mir gestattet, nur kurze Bemerkungen über die allgemeine Aussprache vorzutragen, die im wesentlichen auch Hinweise auf die Aussprache und Beschlüsse bei den Beratungen der einzelnen umstrittenen Positionen enthalten. Ich werde wegen der beschränkten Zeit auf eine Berichterstattung über einzelne Positionen verzichten dürfen. Über den Verkauf von Staatsbeteiligungen, die breiten Raum einnahmen, wurde bereits besonders berichtet.

Der Berichterstatter bezeichnete den außerordentlichen Haushalt als den Haushalt, auf den man in der Staatsverwaltung und draußen im Land am sehnlichsten warte, denn es handelt sich dabei um die Zurverfügungstellung der Mittel für die baulichen Maßnahmen. An sich müßten die Mittel um ein Vielfaches höher sein, um die verschiedenen Aufgaben erfüllen zu können. Deshalb sei es besonders bedauerlich, daß sich der Gesamtbetrag gegenüber 416 Millionen DM im Jahre 1953 auf 334 888 000 DM verringert habe. Die Anforderungen der einzelnen Ressorts hätten trotz der Mahnung des Finanzministers zur Sparsamkeit 474 Millionen DM betragen. Der Rückgang sei also keinesfalls darauf zurückzuführen, daß ein geringerer Bedarf gegenüber den Vorjahren vorlag, sondern sei ausschließlich durch die Finanzlage diktiert.

An sich seien noch zahlreiche Aufgaben zu erfüllen, so im sozialen Wohnungsbau, der im ganzen Bundesgebiet das Problem Nr. 1 ist, im Straßenbau, wo die Mittel bei weitem nicht ausreichen und vom Wirtschaftsausschuß ein Sonderprogramm gefordert wurde, in der Wasserversorgung, nachdem noch zahlreiche Gemeinden an Wassermangel leiden, in der Abwasserbeseitigung, wo insbesondere an die Verseuchung der Flüsse in Nordbayern erinnert werden müsse, und in der Energieversorgung. Bei der Beratung des Kultushaushalts habe der Minister darauf hingewiesen, daß er allein mehr als 50 Millionen DM benötigen würde, um auch nur die dringendsten Schulorgen in Bayern beseitigen zu können.

Von den rund 335 Millionen des außerordentlichen Haushalts sollen etwa 200 Millionen durch Anleihen gedeckt werden, während der Rest aus Bundesmitteln, aus dem Lastenausgleich usw. fließt. Der Finanzminister habe in seiner Haushaltsrede zum Ausdruck gebracht, daß es sich beim außerordentlichen Haushalt diesmal um einen echten Haushalt handle gegenüber früheren Jahren, wo man bei höheren Ansätzen nicht wußte, inwieweit eine Deckung möglich ist.

Die Staatsschulden belaufen sich auf einen Betrag von 3 617 000 000 DM, wovon allerdings die

Ausgleichsforderungen abgehen. Die Schulden, die dem bayerischen Staat seit 1945 tatsächlich erwachsen sind, betragen 1 341 000 000 DM. Demgegenüber sei aber eine Vermögensvermehrung um 1 645 000 000 DM eingetreten.

Immer wieder müsse bedauert werden, daß es nicht gelingt, das Haushaltsjahr mit dem Baujahr in Übereinstimmung zu bringen, auch wenn nach dem Haushaltsgesetz monatlich ein Zwölftel des Vorjahrsansatzes bei begonnenen Bauten verbraucht werden darf. Da der außerordentliche Haushalt aber nicht rechtzeitig verabschiedet wird, könnten eine Reihe neuer Projekte nicht in Angriff genommen werden. Wichtige Baumonate gingen dadurch verloren.

Der Mitberichterstatter stellte Vergleiche gegenüber dem Jahre 1953 an. Die Mittel für den Straßen- und Wasserbau seien zwar von 10 Millionen auf 25,7 Millionen erhöht worden; doch sei zu bedenken, daß die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Mittel für den Straßenbau heuer geringer sind. Beim staatlichen Hochbau sei ein Rückgang von 77 Millionen auf 21 Millionen DM festzustellen. — Der Redner erinnerte daran, daß der Haushaltsausschuß und auch das Plenum vor einigen Wochen einstimmig die Regierung ersucht haben, bei Vorlage des außerordentlichen Haushalts Vorschläge zu unterbreiten, wie zusätzlich über die bisherigen Ansätze hinaus ein Betrag von 50 Millionen DM für Zwecke des Straßenbaus freigemacht werden kann.

Ministerialdirigent Dr. Barbarino berichtete unter Bezugnahme auf den § 2 Absatz 1 des Haushaltsgesetzes, im Vorjahr habe die sogenannte Sonderfinanzierung einen sehr großen Umfang gehabt, da keine Anleihe aufgenommen wurde. Heuer sei es, da eine allgemeine Anleihe herausgekommen ist, die Absicht des Finanzministeriums, die Sonderfinanzierungen zwar nicht ganz abzustoppen, aber doch wesentlich zu beschränken, und zwar auf die Fälle, wo von öffentlichen Trägern, z. B. den Landesversicherungsanstalten oder der Bundesanstalt in Nürnberg, zu besonders günstigen Bedingungen zweckgebundene Darlehen für Hochbaumaßnahmen angeboten werden. Solche Angebote seien in der Zwischenzeit im Betrage von etwa 20 Millionen DM erfolgt.

Das Finanzministerium habe selbstverständlich die Frage der Aufbringung weiterer Mittel für den Straßenbau geprüft und in einem Schreiben vom 15. 6. an den Landtagspräsidenten zum Ausdruck gebracht, es sehe keine Möglichkeit, durch eine weitere Anleihe zusätzliche Mittel für den Straßenbau bereitzustellen.

Abgeordneter Dr. Weiß hielt es, ohne auf die Bedeutung des Straßenbaues und die hier gegebene Notwendigkeit näher einzugehen, für angezeigt, daß auf dem Gebiet des Straßenbaues endlich etwas Entscheidendes geschieht. Ähnlich lägen die Verhältnisse im Wasserbau. Zu der Erklärung des Ministerialdirigenten Dr. Barbarino, die Aufnahme einer weiteren Anleihe für diese Zwecke komme nach Ansicht des Finanzministeriums nicht in Frage, erklärte der Redner, man hätte vielleicht

(Haas [SPD])

schon bei der Auflegung der 200-Millionen-Anleihe eine Erhöhung ins Auge fassen können, auch wenn dadurch der ordentliche Haushalt mit der Verzinsung und Amortisation belastet würde. Wenn aber schon die Aufnahme einer Anleihe nicht in Betracht gezogen werden kann, so gebe es doch auch andere Deckungsmittel, wie z. B. den Verkauf von Staatsbeteiligungen, wie dies durch den Antrag der FDP auf Abstoßung der Anteile an der Maxhütte vorgeschlagen werde.

Wenn für den Straßenbau nichts Entscheidendes getan werde, würden die Kosten infolge der dauernden Verschlechterung des Straßenzustandes für den Staat im Laufe der Jahre weitaus höher sein als die Verzinsung und Amortisation eines derartigen Kapitals, die aber bei einem Verkauf der Anteile und von Wertpapieren überhaupt nicht in Frage komme.

Abgeordneter **Elsen** wünschte Aufschluß über den Wertpapierbestand des bayerischen Staates und die Möglichkeiten des Abstoßens, weiter auch über die Vermögenslage des bayerischen Staates.

Abgeordneter **Dr. Lippert** sah im außerordentlichen Haushalt einen Wunsch-Haushalt. Die bisherigen Aufklärungen hätten zu wenig Einblick gegeben, inwieweit mit einer Realisierung gerechnet werden kann. Wenn im bayerischen Straßenbau nicht einmal eine Großaktion gestartet wird, werde man in ein nicht mehr entwirrbares Verkehrs-Chaos hineingeraten. — Im Wohnungsbau stehe man einer ganz neuen Situation gegenüber, nachdem dem Bundestag verschiedene Gesetzentwürfe vorliegen: ein Familienheimstättengesetz, ein Bundeswohnungsbaugesetz und ein Familienheimgesetz. — Im Zusammenhang mit der 200-Millionen-Anleihe beanstandete der Redner, daß der Staat zu hohen Zinsen Kredite aufnimmt und zu geringen Zinssätzen viel Geld weiterverleiht.

Abgeordneter **Ortloph** sprach sich für eine intensive Förderung des Straßen- und Wasserbaues, insbesondere in den Gegenden, die seit Generationen vernachlässigt wurden, wie die Oberpfalz und Niederbayern, aus.

Abgeordneter **Strobl** nahm Bezug auf die Äußerung des Finanzministeriums, wonach der Betrag von 334 Millionen DM tatsächlich greifbar sei. Es frage sich nur, ob für die vorgesehenen Baumaßnahmen der § 14 der Haushaltsordnung erfüllt sei, wonach entsprechende Pläne und Kostenvoranschläge vorhanden sein müssen.

Abgeordneter **Beier** bedauerte, daß der außerordentliche Haushalt um 81 Millionen DM weniger vorsieht als im vergangenen Jahr, da es doch gelte, immer noch Kriegsschäden wettzumachen, aber auch neue Dinge in Angriff zu nehmen. Aus Mitteln des Bundes, des Lastenausgleichs und sonstiger Institute seien auch 13 Millionen DM weniger angesetzt. Interessant wäre zu erfahren, nach welchem Schlüssel die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Ministerien erfolge, nachdem das Kultusministerium 34 Millionen DM weniger bekommt,

das Wirtschaftsministerium 8 Millionen DM mehr als im Vorjahr.

Abgeordneter **Hadassch** hielt nach der Erklärung des Finanzministers nur die Abstoßung von Staatsbeteiligungen und Wertpapieren für möglich, um den dringendsten Erfordernissen im Straßen- und Wasserbau gerecht werden zu können. Die Staatsregierung müsse sich auch einmal konkret über die Vermögenslage des bayerischen Staates äußern.

Abgeordneter **Dr. Lippert** betonte, die fortlaufende Benachteiligung Bayerns vom Bunde her beim staatlich geförderten Wohnungsbau müsse endlich einmal aufhören.

Abgeordneter **Wimmer** hielt es sehr wohl für möglich, eine weitere Anleihe zu bekommen; die Frage sei nur, wie der Kapitaldienst gesichert werden könne.

Ministerialdirigent **Dr. Barbarino** führte aus, die gemachten Vorschläge seien zum Teil von schwerwiegender Bedeutung. Die 200-Millionen-Anleihe sei voll gezeichnet und voll einbezahlt worden und habe bei einem Netto-Ausgabekurs abzüglich Bankbonifikation von 94,75 Prozent einen Erlös von 189,5 Millionen DM erbracht. Da ein weiteres Darlehen für allgemeine Haushaltszwecke von der Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Höhe von 11 Millionen DM fest zugesagt worden sei, sei das Disagio gedeckt.

Beim diesjährigen außerordentlichen Haushalt könne nicht von einem Wunsch-Haushalt gesprochen werden; denn die Deckung für die gedruckt vorliegenden Ausgaben sei tatsächlich vorhanden und außerdem, wie schon eingangs erwähnt, für weitere 19,4 Millionen DM durch feste Darlehenszusagen der genannten Anstalten für zusätzliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Verwaltungshochbaues. Der Haushaltsansatz hinsichtlich des Verkaufs von Wertpapieren sei mehr als erfüllt worden, weil der Ansatz aus dem Verkauf von Forderungen nicht habe realisiert werden können. Der Bestand an Wertpapieren sei nach den großen Veräußerungen des letzten Jahres nominell nur noch 14,4 Millionen DM, wovon 4 Millionen DM noch verkauft werden müssen, um einen Einnahmerest aus dem Haushalt 1953 zu decken. Außerdem befänden sich noch zwei Posten im Haushalt, für die eine Zusatzfinanzierung durch den Verkauf von Wertpapieren vorgesehen sei, und zwar 850 000 DM für das Bundeshaus in Bonn und 600 000 DM für den Rest des Flurbereinigungsamtes Bamberg. Es würden zwar im Laufe des Rechnungsjahres weitere Wertpapiere eingehen, im wesentlichen aber nur noch Bundesbahnschatzanweisungen aus der Refinanzierung der Bundesbahnaufträge in Höhe von 23 550 000 DM.

Die Aufstellung eines Vermögensnachweises sei außerordentlich schwierig. Eine wesentliche Voraussetzung sei durch das neue Haushaltsschema geschaffen, das erlaube, zwischen vermögenswirksamen und nichtvermögenswirksamen Ausgaben zu unterscheiden. Man habe zwar schon bestimmte Teilvorstellungen; so werde z. B. der Wert der Staatsforsten mit 4,5 Milliarden DM beziffert.

(Haas [SPD])

Schwierig sei es auch, das werbende und das Verwaltungsvermögen auf einen Nenner zu bringen.

Bei den vorgesehenen Bauvorhaben handle es sich um Objekte, bei denen die obersttechnische Prüfung der gesamten Baukosten vorliegt. Soweit das noch nicht der Fall sei, werde wie im Vorjahr bei dem betreffenden Haushaltsansatz ein Sperrvermerk angebracht.

Bei der Aufnahme der Anleihe, mit deren augenblicklichem Kurs man sehr zufrieden sein könne, habe Bayern von den anderen Ländern bittere Vorwürfe bekommen. Außerdem dürfe man auch den Kapitaldienst nicht vergessen. Wenn man den Straßenbau durch eine Anleihe finanzieren wolle, müsse man sich bewußt sein, daß die Straßen weder eine Verzinsung, noch eine Tilgung bringen, so daß also die Zins- und Tilgungsleistungen zusätzlich im ordentlichen Haushalt, also aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen.

Der Vorsitzende hob hervor, auch wenn das Volumen des außerordentlichen Haushalts geringer sei als das des Jahres 1953, so sei es doch von der Einnahmenseite her voll gedeckt, so daß man also nicht von einem Wunsch-Haushalt sprechen könne. Bedauerlich sei nur, daß die Anleihe etwas zu früh eingegangen sei, wozu auch der Bundesfinanzminister auf einer Versammlung in Rosenheim erklärt habe, was will der bayerische Finanzminister mit dem teuren Geld, für das er rund 7,5 Prozent bezahlen muß, während er es zu höchstens 3 oder 4 Prozent unterbringen kann. Es sei aber richtig gewesen, die Lage auf dem Anleihemarkt auszunützen, wodurch man den anderen Ländern zuvor gekommen sei.

Wenn man etwas mutiger gewesen wäre und vielleicht versucht hätte, 250 oder gar 300 Millionen DM unterzubringen, wäre man die Sorgen hinsichtlich der 50 Millionen für den Straßenbau, die der Landtag einstimmig beschlossen habe, los. Seine Fraktion sei der Ansicht, daß eine Reprivatisierung von Staatsbeteiligungen, soweit sie nicht unbedingt erforderlich sind, angezeigt sei und denke dabei vor allem an den Schulbuchverlag.

Nun, meine Damen und Herren, wäre ich genötigt, die Veränderungen der einzelnen Positionen zur Kenntnis zu bringen. Sie sind alle auf Beilage 5686 aufgezeigt. Ich kann mir das, glaube ich, ersparen.

Ich darf nur noch einige Beschlüsse, die nachträglich gefaßt worden sind, bekanntgeben: Die Ansätze bei Kapitel A 03 62, Allgemeine Bewilligungen, Titel 97 und Titel 989 d werden in der ursprünglichen Höhe von 3 Millionen DM wieder hergestellt. Außerdem wurde nachträglich noch die Aufhebung der Sperre über den Betrag von 1 Million DM für den Ausbau der Vilstalstraße — Anlage B zu Kapitel A 03 76 Titel 710 — bewilligt.

Der Abschluß des außerordentlichen Haushalts sieht nun folgende Zahlen vor: Einzelplan A 03, Einnahmen 11 Millionen DM, Ausgaben 272 812 000 DM, Zuschuß 261 812 000 DM.

Einzelplan A 04 ist unverändert.

Einzelplan A 05, Ausgaben = Zuschuß 27 607 000 DM.

Einzelplan A 06, Ausgaben = Zuschuß 2 Millionen DM.

Einzelplan A 07, A 08 und A 09 unverändert.

Einzelplan A 10, Ausgaben = Zuschuß 21 400 000 DM.

Einzelplan A 13, Einnahmen 440 119 000 DM, Ausgaben 106 319 000 DM, ergibt einen Überschuß von 333 800 000 DM.

Die Summe des außerordentlichen Haushalts 1954 hat sich in Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem ursprünglichen Ansatz bedeutend erhöht, und zwar auf 451 189 000 DM, während der ursprüngliche Ansatz nur rund 335 Millionen DM betrug.

Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat den auf Beilage 5686 abgedruckten Veränderungen des außerordentlichen Haushalts zugestimmt. Ich bitte das Hohe Haus, diesen Beschlüssen auch seine Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Hagen: Den Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1954 (Beilage 5696) erstattet der Herr Abgeordnete Lanzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Lanzinger (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um über die Beratungen zu Einzelplan 13 in 5 Sitzungen eingehend zu berichten, müßte mindestens eine Stunde Zeit zur Verfügung stehen. Ich folge aber einer mir gegebenen Anregung gern und fasse mich möglichst kurz.

Der Einzelplan 13 ist in der 319., 320., 321., 322. und 323. Sitzung des Haushaltsausschusses behandelt worden. Als Berichterstatter war Herr Abgeordneter Dr. Weiß, als Mitberichterstatter Herr Abgeordneter Gabert eingeteilt. Ich vertrete den Herrn Abgeordneten Dr. Weiß wegen seiner Erkrankung.

In der allgemeinen Aussprache, in der der Berichterstatter freundlicherweise zeitweise vom Herrn Kollegen Ortloph vertreten wurde, wurde vom Berichterstatter ausgeführt, daß zum Einzelplan 13 bereits eine allgemeine Aussprache in Gegenwart des Herrn Finanzministers stattgefunden habe, die sich vor allem mit der Frage des Steueraufkommens in dem zur Beratung stehenden Haushaltsjahr befaßte. Der Berichterstatter brachte dazu zum Ausdruck, daß der vorliegende Haushalt wohl erhebliche Änderungen erfahren werde und zur Beratung auch der Bericht des Obersten Rechnungshofes heranzuziehen sei. Noch nie, so meinte der Berichterstatter, sei dem Finanzministerium die Aufstellung des Einzelplans 13 so schwer gefallen, wie in diesem Jahr, weil eine Reihe von Anforderungen — wie zum Beispiel für die Unwetterkatastrophe — dazwischengekommen sei.

Der Mitberichterstatter schloß sich der vom Berichterstatter vorgetragenen Ansicht an. Herr Ministerialdirigent Dr. Barbarino führte dazu aus, daß es notwendig sei, sich vor der Beratung des Einzelplans 13 einen Überblick zu verschaffen. Im gedruckten Entwurf sei ein Fehlbe-

(Lanzinger [CSU])

trag im ordentlichen Haushalt von 140,6 Millionen DM enthalten. Durch die Ergänzungsvorlagen der Staatsregierung zu den Einzelplänen 03, 06 und 10 sei eine Verschlechterung von 2,8 Millionen DM hinzugekommen, wobei bei den beschlossenen Beiträgen die 5prozentige Kürzung bereits abgesetzt sei. Der Fehlbetrag erhöhe sich dadurch auf 143,4 Millionen DM. Dazu kämen noch die vom Landtag beschlossenen Änderungen, deren Gesamtsumme von 3,15 Millionen DM sich auf verschiedene Haushalte verteilt. Ohne die Änderungen, die die Beratung des Einzelplans 13 noch bringe, belaufe sich der Fehlbetrag dadurch auf etwa 148,3 Millionen DM. Die Hoffnung des Ministeriums, bei der Ergänzungsvorlage zu Einzelplan 13 durch die Verbesserung des Länderfinanzausgleiches eine Haushaltsverbesserung zu erzielen, habe sich leider nicht erfüllt; denn diese Ergänzungsvorlage bringe nicht eine Verbesserung, sondern eine weitere Verschlechterung um 2,7 Millionen DM. Das bedeute im Endergebnis einen Fehlbetrag von rund 151 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Ich darf es mir nun ersparen, auf die einzelnen Ausführungen einzugehen, die im Rahmen der fünftägigen Debatte von den einzelnen Abgeordneten gemacht wurden, weil ich der Ansicht bin, daß bei der kommenden Aussprache, die nach einem Beschluß des Ältestenrats vier Stunden dauern soll, all das im Wesentlichen doch wiederholt werden wird, was ich hier vortragen müßte. Außerdem ist es den Protokollen des Ausschusses für den Staatshaushalt zu entnehmen.

Ich darf nur noch einige wesentliche Dinge herausstellen, zum Beispiel die Steueransätze in Kapitel 13 01. Diese wurden auf Grund der ausführlichen Diskussion innerhalb der allgemeinen Aussprache mit einigen Ausnahmen genehmigt. Erhöht wurde der Ansatz der Kraftfahrzeugsteuer über die in der Ergänzungsvorlage bereits vorgenommene Erhöhung hinaus um nochmals 5 Millionen, so daß die Gesamterhöhung 10 Millionen beträgt. Der Ansatz der Biersteuer wurde gemäß der Ergänzungsvorlage der Regierung um 7 Millionen DM gekürzt. Im übrigen blieben die Ansätze unverändert. Die Anträge gemäß den Beilagen 5229, 4877 und 5416 wurden mit Zustimmung der Antragsteller zurückgestellt.

In Kapitel 13 02 hat Titel 62, Finanzausgleich unter den Ländern, gemäß Ergänzungsvorlage der Regierung eine Einnahmeerhöhung um 37 Millionen DM erfahren, von denen 17 500 000 DM auf den Rest aus dem Rechnungsjahr 1953 und 19,5 Millionen DM auf Vorauszahlungen aus dem Finanzausgleich 1954 entfallen.

Zu Titel 69 a wurde für Rückeinnahmen aus Zuschüssen und Zuweisungen gemäß § 6 Absatz 1 und 3 des Lastenausgleichsgesetzes ein Einnahmehinzuwachs von 33,4 Millionen DM und zu Titel 601 b eine Erhöhung des Zuschußanteils um 5,8 Millionen DM beschlossen, nachdem auf Anfrage des Vorsitzenden und des Berichterstatters Ministerialdiri-

gent Dr. Barbarino dazu ausgeführt hatte, die gesamte Vermögenssteuer, um deren Ansatz es sich bei den Diskussionen gehandelt habe, müsse abgeführt werden. Die bisherige Veranschlagung bei Bund und Ländern sei einheitlich darauf abgestellt gewesen, daß der Aufwand für Unterhaltshilfe sich unter 890 Millionen DM halten werde. Die Länder und der Bund hätten die Leistungen, die nach dem Gesetz bis zu 410 Millionen DM jährlich bemessen waren, nur mit 80 Prozent in Ausgabe zu stellen. Die Unterhaltshilfe habe jedoch mehr als 890 Millionen DM gefordert und infolgedessen müßten die Länder ihren Anteil zu 100 Prozent aus diesen 410 Millionen DM leisten. Der Ansatz von 36,5 Millionen DM in Titel 601 b müsse daher um 5,8 Millionen DM erhöht werden. Dagegen sei der Titel 69 a mit 33,4 Millionen DM einzusetzen. Dieser Betrag setze sich aus 17,5 Millionen DM direkter Haushaltszuschüsse zusammen und einem Betrag von 15,9 Millionen DM. Die 17,5 Millionen bestünden wiederum aus 6,4 Millionen Erstattung aus 1952 und 11,1 Millionen aus 1953. Bei den Rückerstattungen auf die Vermögenssteuer sei zu erwähnen, daß die drei Lastenausgleichsabgaben im Bundesgebiet im Rechnungsjahr 1953 insgesamt 2010 Millionen DM erbracht haben, wodurch die Plafondsumme von 1785 Millionen DM um 225 Millionen überschritten worden sei. Der Streit zwischen dem Bund und den Ländern wegen der Anrechnung der sogenannten Ablösungsbeträge sei jedoch noch nicht entschieden, so daß man vorsichtig sein müsse. Auf die drei Lastenausgleichsabgaben sei im Bundesgebiet im Rechnungsjahr 1953 ein Betrag von rund 107 Millionen DM abgelöst worden, so daß sich das Mehraufkommen gegenüber der Plafondsumme auf 118 Millionen DM ermäßige. Der bayerische Anteil betrage 13,5 Prozent = 15,9 Millionen DM. Der Verbesserung von 33,4 Millionen stehe eine Verschlechterung um 5,8 Millionen gegenüber.

Zu Titel 96 des Kapitels 13 02 berichtete Oberregierungsrat Radlmaier, daß die Leistungen für den IRSO-Vertrag seinerzeit aus dem außerordentlichen Haushalt geleistet worden sind. Die Abwicklung der Fälle, die das Land auf Grund des Vertrages übernommen habe, führe regelmäßig zu Leistungen, die in der Grundstocksrechnung nachgewiesen werden. Die Einnahmen, die an den Haushalt geflossen seien, seien ganz unbedeutend, so daß der bisherige Ansatz nicht habe beibehalten werden können. Die Frage des IRSO-Vertrages führte zu einer ausgedehnten Diskussion, die mit der Feststellung endete, daß das mit dem Vertrag erhoffte Ergebnis nicht erreicht worden sei. Die in der Ergänzungsvorlage enthaltene Herabsetzung der Einnahmen wurden dann vom Ausschuß beschlossen.

Desgleichen wurde die unter Titel 97 enthaltene Mehreinnahme anlässlich der Hochwasserkatastrophe mit einem Betrag von 5 Millionen DM, den der Bund gewährte, genehmigt.

Nach einer sehr ausgedehnten Diskussion über die in der Ergänzungsvorlage enthaltene Verstärkung der Personalausgaben in den Titeln 100 bis

(Lanzinger [CSU])

105 und 150 bis 152, die mit 29 Millionen DM angesetzt sind, wurde einstimmig der Ansatz für die Weihnachtsgratifikation von 10,5 Millionen DM auf 5 Millionen DM herabgesetzt, wodurch sich nunmehr ein Ansatz von 23,5 Millionen DM ergibt.

Ebenso eingehend war die Diskussion über die Frage des Inkrafttretens der Lehrer- und Richterbesoldung. An dem vorgesehenen Zeitpunkt des 1. April 1954 hat sich nichts mehr geändert.

Auf Grund der Istausgaben 1953 setzte der Ausschuß auf Antrag des Berichterstatters den Ansatz in Titel 219 um 100 000 DM und in Titel 301 um 200 000 DM herunter.

Über Titel 695, Mehrausgaben infolge Wegfalls der durch Artikel 4 des Haushaltsgesetzes für 1954 angeordneten 10prozentigen Kürzung aller Einzelansätze des ordentlichen Haushaltsteils für 1954, wollte ich später berichten; ich glaube aber, das wird sich erübrigen.

In Titel 970 d sind die Zuschüsse zur Beseitigung außerordentlicher Notstände anlässlich der Hochwasserkatastrophe 1954 als Mehrausgaben in Höhe von 15 Millionen DM enthalten.

Bei Kapitel 13 04 wurden auf Antrag des Berichterstatters in Titel 1 b die Einnahmen aus Wasserbenutzungsgebühren um 500 000 DM auf 2 Millionen DM erhöht.

Eine sehr eingehende Diskussion entwickelte sich bei Kapitel 13 05. Wie in den vergangenen Jahren wurde von verschiedenen Rednern die schlechte Rentabilität der Unternehmen gerügt, an denen der bayerische Staat beteiligt ist.

In Kapitel 13 06, Titel 522, wurde nach Antrag des Berichterstatters nach eingehender Debatte die Zuführung an die Schuldendienstrücklage um 3,8 Millionen DM auf 37,3 Millionen DM gekürzt, ebenso der Ansatz bei Tit. 525 d um 3,5 Millionen DM auf den Vorjahrsbetrag von 10 Millionen DM. Die Kürzung bei Tit. 525 d wurde vorgenommen, nachdem der Präsident der Staatsschuldenverwaltung sie als vertretbar und möglich bezeichnet hatte.

Der Ausschuß kam dann auf die Beratung des Titels 695 im Kapitel 13 02 zurück. Ich glaube aber, daß ich es mir ersparen kann, darauf näher einzugehen.

Interessant dürfte aber für das Hohe Haus sein, wie sich im Verlauf der fünf Ausschußsitzungen der Fehlbetrag entwickelt hat. Nach der Regierungsvorlage vom 20. Februar 1954 betrug der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts 1954 unter Zugrundelegung einer Kürzung von 5 % abzüglich eines Freistellungsbetrages von rund 3,5 % 140,6 Millionen DM. Dieser Fehlbetrag hat sich durch die Ergänzungsvorlagen der Regierung zu den Einzelplänen 03, 06 und 10 per Saldo um 2,8 Millionen DM und durch die vom Finanzministerium vorgeschlagene Ergänzung zum Entwurf des Einzelplans 13 um 2,7 Millionen DM auf insgesamt

146,1 Millionen DM erhöht. Durch die Beschlüsse des Landtags zu den Einzelplänen 04, 05, 06, 07, 08 und 09 und durch die weiterhin vom Haushaltsausschuß und in der Zwischenzeit auch vom Plenum gefaßten Beschlüsse zu den Einzelplänen 03 und 10 erhöhte sich der Fehlbetrag auf 150,9 Millionen DM.

Auf Antrag des Berichterstatters und vor allem auf Grund von Vorschlägen und Anregungen des Vorsitzenden, des Herrn Abgeordneten Eberhard, hat der Haushaltsausschuß dann folgende Beschlüsse gefaßt: Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuereinnahmen um 5 Millionen DM, Verminderung der Ansätze für Gerichtskosten und Rechtsanerkennnisse um 300 000 DM, Erhöhung der Lastenausgleichsabgabe um 5,8 Millionen DM, Erhöhung des Ansatzes für Wasserbenutzungsgebühren um 500 000 DM, Verminderung der Ausgaben für Weihnachtsbeihilfen um 5,5 Millionen DM, Verminderung der Ausgaben für die gesetzliche Unfallversicherung um 200 000 DM, Kürzung des Ansatzes der Tilgungsrücklage um 3,8 Millionen DM, Verminderung des Ansatzes für Bürgerschaftsinanspruchnahmen um 3,5 Millionen DM, Verminderung des Ansatzes für Ausgleichsforderungen um 1 Million DM, Erhöhung des Kürzungsbetrages von 5 % auf 10 % unter gleichzeitiger Erhöhung des Freigabeansatzes für gesetzliche und rechtliche Verpflichtungen in allen Einzelplänen mit einer Einsparung von 52,1 Millionen DM. Somit weist der Einzelplan 13 nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß nur noch einen Fehlbetrag von 51,4 Millionen DM aus.

Die Änderungen wurden vom Haushaltsausschuß fast durchweg einstimmig beschlossen. Ich bitte das Hohe Haus, diesen Beschlüssen beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kiene das Wort.

Kiene (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir achten das Bemühen des Herrn Präsidenten, die Tagesordnung soweit möglich heute noch abzuwickeln, müssen aber leider zu unserem Bedauern feststellen, daß sich das Haus in ganz ungewöhnlicher Weise entleert hat: Der Erschöpfungszustand der einzelnen Abgeordneten scheint sehr groß zu sein. Es ist für jene, die immer ausharren, nicht schön, heute auch noch den Bericht über das Haushaltsgesetz anhören zu sollen. Das Haushaltsgesetz ist überdies das Rückgrat des gesamten Staatshaushalts, und ich glaube, wir sind es unseren Wählern schuldig, daß der Bericht und die Beratungen über das Haushaltsgesetz vor einem vollbesetzten Hause stattfinden.

(Zustimmung)

Von der CSU sehe ich überhaupt nur 6 oder 7 Abgeordnete im Saal. Ich meine also, wir sollten heute Schluß machen und morgen früh vor vollbesetztem Haus die Berichterstattung entgegennehmen. Ich beantrage daher, die Sitzung jetzt zu schließen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich kann den Optimismus, daß morgen früh das Haus besser besetzt ist, nicht teilen. Nach meinen Erfahrungen sind bei der Berichterstattung die Reihen des Hohen Hauses immer sehr gelichtet. Die Abgeordneten wissen, daß die Berichterstattung erfolgt. Ich habe eingangs auf die bestehenden Absichten aufmerksam gemacht. Die Herren sind zum großen Teil noch im Hause. Wenn mit der Berichterstattung morgen früh 9 Uhr begonnen wird, ist die Situation keinen Deut anders als jetzt.

(Widerspruch. — Abg. Dr. Korff: Vielleicht sind morgen dann auch einige Minister da!)

— Für die Berichterstattung über die Ausschüßberatungen ist das nicht notwendig. Es wird morgen zu der Materie der Staatsminister der Finanzen sprechen, dann folgt eine vierstündige Aussprache, womöglich ein Schlußwort des Herrn Ministers und abschließend eine sehr umfangreiche Abstimmung. Es müssen auch noch einige andere Punkte der Tagesordnung erledigt werden — ich verweise nur auf die Ziffer 13 —, damit sie vom Senat beraten und beschlossen werden können, wobei wir unter Umständen hernach noch zu etwaigen Einwendungen des Senats Stellung nehmen müssen. Ich möchte Sie daher bitten, Herr Kollege Kiene, von einer Aufrechterhaltung Ihres Antrags Abstand zu nehmen.

(Abg. Kiene: Ich gehe auch weg, ich kann nicht mehr. — Abg. Dr. Haas: Ich bitte ums Wort.)

Herr Abgeordneter Dr. Haas, zu einer Stellungnahme gegen den Antrag? Dafür kann niemand mehr sprechen.

Dr. Haas (FDP): Ich mache den Vorschlag, morgen früh das Landeswahlgesetz dazwischenzuschalten.

Präsident Dr. Hundhammer: Das hängt davon ab, ob der Rechts- und Verfassungsausschuß mit der Sache fertig wird. Ich hätte diese Angelegenheit sonst vorweggenommen.

Es geht meines Erachtens nicht anders, als daß der Bayerische Landtag in einer so dringenden Situation das Beispiel nachahmt, das in der ganzen Welt üblich ist, auch in Bonn, und kontinuierlich tagt, wobei in den großen Parlamenten — Sie sehen das auch in Washington und London — oft nur 20 Abgeordnete im Saale anwesend sind.

Kiene (SPD): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beschlußfähigkeit des Hauses kann nur angezweifelt werden vor einem Beschluß.

(Abg. Kiene: Das geht nicht! — Heiterkeit)

Ich möchte trotzdem die Entscheidung des Hauses herbeiführen, ob es bereit ist, den Bericht entgegenzunehmen, oder nicht. Ich bedauere — ich muß es sagen — im Interesse des Ansehens des Hauses diese Debatte, Herr Kollege Kiene. Wer auf der Aufhebung der Sitzung besteht, möge sich

vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Letztere war die Mehrheit.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haas zur Berichterstattung über Ziffer 10 der Tagesordnung — Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 5699).

Haas (SPD), Berichterstatter: Zwanzig Minuten, meine Damen und Herren!

In seiner 322. und 323. Sitzung hat der Ausschuß für den bayerischen Staatshaushalt den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1954 (Haushaltsgesetz) — Beilage 5680 — beraten. Berichterstatter war Abgeordneter Haas, Mitberichterstatter der Abgeordnete von Feury.

Beide Berichterstatter sprachen sich dafür aus, ohne allgemeine Debatte in die Einzelberatung einzutreten.

Ministerialdirigent Dr. Barbarino hielt es für notwendig, einige Bestimmungen des Haushaltsgesetzes auf die weitgehenden Beschlüsse hinsichtlich einer Verminderung des Fehlbetrags abzustellen. Im übrigen danke er, er glaube im Namen des Finanzministeriums sprechen zu dürfen, dem Haushaltsausschuß für die Bemühungen, den Fehlbetrag zu vermindern. Das Finanzministerium begrüße es, wenn es einen Haushalt durchzuführen habe, dessen Fehlbetrag nicht allzu große Schwierigkeiten bereite.

Zu Artikel 1 war ursprünglich Zurückstellung beantragt. In einer späteren Sitzung wurde dann dieser Artikel 1 gebilligt, und ich möchte ihn in der neuen Form zur Kenntnis bringen, denn die Zahlen haben sich alle geändert.

Der Eingangssatz des Artikel 1 ist unverändert geblieben. Die Zahlen lauten:

I. im ordentlichen Teil

in Einnahme auf	2 088 659 700 DM,
und zwar	
an fortdauernden Einnahmen auf	2 074 149 700 DM,
an einmaligen Einnahmen auf	14 510 000 DM;
in Ausgabe auf	2 140 046 600 DM,
und zwar	
an fortdauernden Ausgaben auf	2 014 594 100 DM,
an einmaligen Ausgaben auf	125 452 500 DM.
Der ordentliche Haushalt schließt hiernach mit einem Fehlbetrag von	51 386 900 DM ab.

II. im außerordentlichen Teil

In Einnahme und Ausgabe auf	451 189 000 DM.
---------------------------------------	-----------------

Zu Artikel 2 führte Ministerialdirigent Dr. Barbarino aus, er schlage zum dritten Satz vor, nach „BVFG“ einzufügen:

(Haas [SPD])

„zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge (verstärkte Förderung)“

— Dieser Satz ist eingefügt worden. —

Im vierten Satz müsse es, und zwar auf Anregung des Senats, jetzt lauten an Stelle von „20 Millionen DM“ „5 Millionen DM“ und an Stelle von „1 700 000 DM“ nunmehr „21 107 000 DM“.

Amtsrat Mayerhöfer führte zu Satz 1 an, an Stelle des Betrags von 326 018 000 DM müsse die Ziffer nunmehr lauten: 388 719 000 DM.

Ministerialdirigent Dr. Barbarino wies darauf hin, der Entwurf des Haushaltsgesetzes stamme aus einer Zeit, in der noch keinerlei Vereinbarungen über Sonderfinanzierungsmaßnahmen für die Universitäten und dergleichen abgeschlossen waren. In der Zwischenzeit seien diese Sonderfinanzierungen im Betrag von über 19 Millionen DM abgeschlossen worden oder könnten demnächst abgeschlossen werden. Der Betrag von 19 Millionen DM sei bereits in die erhöhte Anleihermächtigung von 388 Millionen DM, die ich erwähnt habe, eingearbeitet. Infolgedessen sei die offene Anleihermächtigung bis zu einem Betrag von 20 Millionen DM nicht mehr erforderlich. Entgegen der Meinung des Senats, man sollte diese offene Anleihermächtigung völlig streichen, habe er vorgeschlagen, den bescheidenen Betrag — das sind diese 5 Millionen DM — zu belassen, da im laufenden Rechnungsjahr weitere Abschlüsse von Sonderfinanzierungsverträgen möglich sind.

Gegen eine Stimme wurde dann dem Antrag, wie er auf der Beilage aufgeführt ist, zugestimmt.

Bei Absatz 4 sprach sich der Berichterstatter dafür aus, die Erlöse aus der Veräußerung von Staatsbeteiligungen am Bayerischen Schulbuchverlag und an der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg in einem anzufügenden zweiten Satz zu berücksichtigen.

Zur Frage der Anorgana in Gendorf, die der Vorsitzende aufwarf, erklärte Ministerialdirigent Dr. Barbarino, soviel er wisse, stünden die Verkaufsverhandlungen vor dem Abschluß.

Es wurde dann auch der auf der Beilage aufgeführten Ergänzung zugestimmt.

Absatz 5 wurde unverändert angenommen.

Zu Absatz 6 drückte Ministerialdirigent Dr. Barbarino die Hoffnung aus, daß man, wie im Vorjahr, von dieser Bestimmung nicht oder nur vorübergehend einmal zum Dezemberultimo in bescheidenem Umfang Gebrauch machen müsse. Trotzdem schlage er vor, die Ziffer 200 — es handelt sich um die hier aufgeführten 200 Millionen DM — stehen zu lassen. Der Betrag sei jedes Jahr in dieser Höhe im Haushaltsgesetz verankert. Es sei notwendig, daß er auch in diesem Haushaltsgesetz aufgeführt wird.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Bei Artikel 3 bemerkte Ministerialdirigent Dr. Barbarino zum Absatz 1, daß es an Stelle

von „5 v. H.“ jetzt „10 v. H.“ heißen müsse, und zwar, weil der Haushaltsausschuß beschlossen habe, daß eine allgemeine Kürzung der Haushaltsansätze um 10 % zu erfolgen habe. Was den Ausgleich betrifft, so habe man bei den unterbreiteten Vorschlägen versucht, hinsichtlich der Aufgliederung des Auflösungsbetrags den verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Haushalten Rechnung zu tragen. Das Kultusministerium bekomme den höchsten Auflösungsbetrag.

Bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung wurde dann der Änderung von „5 v. H.“ in „10 v. H.“ zugestimmt.

Zu Absatz 2 führte Ministerialdirigent Dr. Barbarino aus, an sich sei jede Überschreitung der 90 % wie eine überplanmäßige Ausgabe zu behandeln. Bei der vorgeschlagenen Fassung gebe es aber zwei Kategorien: Ausgaben, die auf Gesetz oder Vertrag beruhen, oder in wirtschaftlichem oder haushaltsrechtlichem Zusammenhang mit Einnahmen stehen, wofür das Ressort nicht selbst die Deckung zu bringen braucht, sondern sie aus dem Auflösungsbetrag in Einzelplan 13 bekommt. In allen übrigen Fällen oder in Fällen, wo die Deckung aus dem Einzelplan nicht ganz ausreicht, gelte für die überplanmäßige Ausgabe das sonst übliche Verfahren, d. h., das Ressort muß eine spezielle Deckung nachweisen, indem es Einnahmen innerhalb der 90 %, die jetzt im Haushalt festgestellt sind, erspart und die Ersparnis nachweist oder indem es überplanmäßige Einnahmen als Deckung nachweist.

Der Berichterstatter war der Meinung, die Auswirkung werde sein, daß freiwillige Leistungen, die auch eine 10%ige Kürzung erfahren, nicht berücksichtigt werden können, sondern auch grundsätzlich um 10 % gekürzt werden müssen.

Ministerialdirigent Dr. Barbarino hob hervor, während in der ursprünglichen Fassung dem Finanzminister eine Ermächtigung erteilt wurde, gegebenenfalls von der 10%igen Kürzung zu befreien, liege nach der neuen Formulierung, die eine Objektivierung anstrebe, die Verantwortung weitgehend bei den einzelnen Ressorts.

Es wurde sodann dem auf der Beilage abgedruckten Vorschlag zugestimmt.

Im Zusammenhang mit Artikel 4 erinnerte Ministerialdirigent Dr. Barbarino daran, daß im Vorjahr darüber diskutiert wurde, ob sich die Kürzungsermächtigung an die Staatsregierung nur auf den früheren Fehlbetrag oder auf den Fehlbetrag des laufenden Jahres beziehen soll. Die Meinung des Ausschusses sei dahin gegangen, daß, wenn die Staatsregierung damit den Weg finde, frühere Fehlbeträge abzudecken, sie dazu ermächtigt sein soll. Der Senat sei nun heuer, ausgehend von der Voraussetzung, daß der Haushalt wiederum mit einem Fehlbetrag abschließt, zu der Auffassung gekommen, es wäre besser zu sagen: „Die Staatsregierung kann zur Herstellung und zur Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichts . . .“

Kollege Dr. Haas vertrat die Auffassung, daß das Haushaltsgleichgewicht keinesfalls gewahrt ist, wenn ein nicht abgeglicherer Haushalt vorgelegt

(Haas [SPD])

werden muß. Gleichwohl sprach er sich gegen die vom Senat vorgeschlagene Formulierung aus.

Abgeordneter Strobl hielt es für falsch, auch noch das Rechnungsjahr 1953 heranzuziehen. Die Ermächtigung an die Staatsregierung dürfe sich nur auf das beschränken, was über den vom Landtag jetzt festgestellten Fehlbetrag hinausgeht.

Der Vorsitzende unterschied zwischen dem Fehlbetrag 1953, dem Haushaltsfehlbetrag 1954 und einem etwaigen, infolge Mindereinnahmen oder Mehrausgaben entstehenden weiteren Fehlbetrag. Es habe keinen Sinn, eine Ermächtigung zur Abdeckung des Fehlbetrags 1953 und des jetzt eingebauten Fehlbetrags 1954 zu geben. In Frage komme nur die dritte Möglichkeit der Abdeckung eines weiteren Fehlbetrags infolge von Mindereinnahmen oder Mehrausgaben. Man sollte daher die Worte „des Fehlbetrags aus dem Rechnungsjahr 1953 sowie“ streichen.

Dem wurde dann auch in einem Beschluß zu Artikel 4 zugestimmt.

Bei Artikel 5 hielt Ministerialdirigent Dr. Barbarino im Hinblick auf die Neufassung des Artikels 3 — dieser Kürzung um 10 % — eine Ergänzung im Absatz 3 für notwendig. Es wäre anzufügen:

wenn die nach Art. 3 für den Einzelplan bewilligten Mittel für Personalausgaben nicht überschritten werden.

Das wäre auch eine Erleichterung für die Personalabteilung des Ministeriums beim Vollzug. Diese könnte ihr Einverständnis erklären, wenn der Geschäftsbereich die Gewähr dafür gibt, daß die Mittel 90 Prozent der Personalausgabensätze plus Auflösungsbetrag nicht überschritten werden.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Beier erklärte Ministerialdirigent Dr. Barbarino, es seien nur wenige Ausnahmegenehmigungen erteilt worden. Bei der Land- und Grenzpolizei habe die Sperrbestimmung für die dritte Stelle ohne weiteres durchgeführt werden können; bei der Landpolizei hätten 100 Stellen angeboten werden können. Das wirke sich natürlich meistens in der Eingangsgruppe aus.

Nach Ansicht des Abgeordneten Gabert kommt durch die Einfügung des Zusatzes zum Ausdruck, daß in erster Linie der Ressortminister für die Ausnahmen zuständig ist. Diese Ansicht wurde vom Regierungsvertreter bestätigt.

Der Berichterstatter befürchtete, daß durch die Einsparungen bei der Polizei langsam eine Überlastung eintreten wird, so daß dann auch die Sicherheit nicht mehr entsprechend gewährleistet ist.

Ministerialdirigent Dr. Barbarino glaubte, man werde auf die Mitwirkung des Finanzministers bei den Ausnahmegenehmigungen nicht verzichten können.

Der Vorsitzende hielt es für unbedingt notwendig, daß das Finanzministerium als Beamtenministerium eingeschaltet bleibt.

Abgeordneter Gabert wünschte eine Bestätigung durch den Vertreter des Finanzministeriums, daß dieses grundsätzlich der Ausnahmegenehmigung der Ressorts zustimmt, wenn sich diese innerhalb seines Ansatzes hält. Es wurde dann zu Absatz 3 folgender Beschluß gefaßt:

(3) Für bestimmte Gruppen von Beamten, Angestellten und in besonders begründeten Einzelfällen kann der zuständige Staatsminister im Einvernehmen mit dem Staatsminister der Finanzen Ausnahmen von den Bestimmungen in Abs. 1 und 2 zulassen, wenn die nach Art. 3 für den Einzelplan bewilligten Mittel für Personalausgaben nicht überschritten werden.

Zu Artikel 7: Der Berichterstatter maß dem Artikel 7 große Bedeutung bei. Viele Rückerstattungspflichtige, die damals ein Grundstück erworben haben, seien heute wirtschaftlich schlecht gestellt, z. B. Rentner usw., und könnten deshalb den Preis nicht noch einmal bezahlen. Während der früheren Haushaltsberatungen sei mitgeteilt worden, daß der Staat bei der Bereinigung der noch offenen 60 000 Fälle nicht mit der Härte zupacken könne, wie es bisher die IRSO getan habe.

Den Artikeln 7, 8 und 9 wurde dann zugestimmt. In der zweiten Lesung wurden keine Änderungen der Beschlüsse der ersten Lesung vorgenommen.

Ich bitte das Hohe Haus, den auf der vorgelegten Beilage beschlossenen Änderungen des Haushaltsausschusses am Haushaltsgesetz zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 5700) berichtet der Herr Abgeordnete Zillibiller.

Zillibiller (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Am 31. Juli hat sich der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen mit dem Haushaltsgesetz in der Fassung beschäftigt, wie sie vom Haushaltsausschuß abgeändert wurde.

Der Berichterstatter bedauerte, daß auch heuer wieder, wie immer in den letzten Jahren, auf die alten Bedenken rein verfassungsmäßiger Natur hingewiesen werden müsse, ob ein unausgeglichenen Haushalt mit der Verfassung übereinstimme. Der Berichterstatter wies aber ausdrücklich darauf hin, daß der heurige Haushalt 1954 an sich abgeglichen wäre, daß aber durch Übernahme des Fehlbetrags 1952 auch im heurigen Haushalt ein Fehlbetrag entstünde. Weiter wurden auch die alten Bedenken gegen die Ermächtigung des Finanzministers zur Kürzung von 10 Prozent und zu Kürzungen des Stellenplans erhoben. Aber auch hier sei eine gewisse Milderung eingetreten, indem nämlich die Macht des Finanzministers zum Teil auf die Ressortminister verlagert wurde.

Bedenken wurden noch erhoben vor allen Dingen gegen Artikel 2 Absatz 4. Der Berichterstatter wies von sich aus darauf hin, daß die Meinung der SPD bekannt sei, wonach die Erlöse aus dem Ver-

(Zillibiller [CSU])

kauf der Maxhütte nicht dem außerordentlichen Haushalt zugeleitet werden könnten, sondern dem Grundstockvermögen zugeführt werden müßten. Deshalb wurde auch dieser Absatz 4 des Artikels 2 nur mit 10 gegen 5 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen, weil die SPD aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen diesen Absatz gestimmt hat. Sie hat auch bereits angekündigt, daß sie Verfassungsklage einleiten werde. Trotz dieser Bedenken gegen den unausgeglichenen Haushalt und gegen die Ermächtigung, die mit dem Bewilligungsrecht des Landtags eigentlich im Widerspruch steht, setzte sich der Rechts- und Verfassungsausschuß wie jedes Jahr über diese Bedenken hinweg und erhob angesichts der Notlage der Zeit und der drängenden Erledigung keine verfassungsmäßigen Bedenken.

In der Schlußabstimmung wurden mit 12 Stimmen gegen 0 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen keine rechtlichen Bedenken gegen das Haushaltsgesetz erhoben.

Präsident Dr. Hundhammer: Damit sind die Berichte zu den 3 Gegenständen der Tagesordnung erstattet.

Vor Schluß der Sitzung erteile ich zunächst zur Abgabe einer persönlichen Erklärung gemäß Artikel 67 der Geschäftsordnung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Korff.

Dr. Korff (FDP): Meine Damen und Herren! Durch Erklärungen der SPD-Fraktion, die — zuletzt heute mittag — durch unseren verehrten Herrn Kollegen Kiene vorgetragen wurden, wurde ich persönlich angegriffen. Ich habe dazu folgende **Erklärung** abzugeben:

In der gestrigen Sitzung wurde aus der SPD-Fraktion eine Reihe von Zwischenrufen gegen die Bonner Wirtschaftspolitik gemacht, als mein Kollege Dr. Bungartz ausführte, daß der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik u n s e r e r Konzeption, u n s e r e m wirtschaftlichen Konzept und nicht dem der Linken zu verdanken sei. Diese Zwischenrufe veranlaßten mich zu dem Bemerkung, daß das Rezept der SPD im Osten befolgt werde.

(Abg. Beier: Das ist doch nicht wahr!)

Mein Zwischenruf hatte allein den Sinn, die Befürworter eines — wenn auch nur gradweise und schrittweise anzustrebenden — Staatskapitalismus, von dem die SPD sich auch in Berlin nicht losgesagt hat und der die Debatte um die Maxhütte durchzog, auf das nächstliegende Beispiel hinzuweisen, das uns die verheerende Wirkung des Glaubens an die Allmacht des Staates aufweist. Den Menschen, die drüben in Mitteldeutschland unter diesen Auswirkungen zu leiden und gegen sie zu kämpfen haben, gilt, gleich welcher Richtung sie angehören, sicherlich die Anteilnahme und Bewunderung des gesamten Landtags und nicht zuletzt die meine. Ich hege aber — wie viele gute Sozialdemokraten in Mitteldeutschland und bei uns herüben — die Hoffnung, daß aus diesem Kampf da drüben von der SPD einmal auch unmißver-

ständige programmatische Folgerungen gezogen werden möchten.

(Erregung bei der SPD — Abg. Walch: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!
— Abg. Dr. Haas: Das haben gerade Sie notwendig zu sagen!)

Ein weiterer Angriff der SPD-Fraktion wurde durch Herrn Kollegen Förster vorgetragen, der behauptete, daß im Besoldungsausschuß ein Antrag mit meiner Stimme abgelehnt worden sei, den ich nun im Plenum mit Fraktionsfreunden neu eingebracht und damit meine Gesinnung um 180 Grad gewechselt hätte. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Protokoll der 71. Sitzung des Ausschusses für Besoldungsfragen zitieren: Danach hat Dr. Korff folgendes gesagt:

Nach seiner Ansicht müßten die Fraktionen, bis diese Angelegenheit ins Plenum kommt, noch einmal die von der Volksvertretung den Betroffenen geschuldete menschliche und moralische Verpflichtung gegenüber den Möglichkeiten abwägen, die nunmehr auf Grund des gegenwärtigen Besoldungsrechts und des Bundesgesetzes offenstehen. Er werde sich daher heute der Stimme enthalten, um seiner Fraktion die Möglichkeit zu geben, im Plenum endgültig Stellung zu nehmen.

Damit ist durch das Protokoll klar erwiesen, daß ich im Ausschuß keine andere Stellung eingenommen habe, als hier, wie ich hier bereits behauptet habe: Ich hatte mich der Stimme enthalten, um meiner Fraktion Gelegenheit zu geben, sich zu entscheiden.

(Zuruf des Abg. Walch)

Präsident Dr. Hundhammer: Gleichfalls zur Abgabe einer persönlichen Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Zdralek.

Dr. Zdralek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Beratung über das Entnazifizierungsschlußgesetz bin ich persönlich angesprochen worden. Dabei ist eine Äußerung, die ich angeblich im Rechts- und Verfassungsausschuß gemacht haben soll, „zitiert“ worden.

Ich stelle fest, daß ich eine solche Äußerung in der zitierten Form nie gemacht habe. Meine Ausführungen im Rechts- und Verfassungsausschuß gingen dahin, daß kleine Nazis nicht aus Willkür der Spruchkammern oder politischer Gegner zu Sühnebeiträgen herangezogen worden seien, sondern daß diese Heranziehung im Befreiungsgesetz begründet war. Die Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Nazis liege darin, daß man die großen Nazis nicht entsprechend oder überhaupt nicht zu Sühneleistungen herangezogen habe. Ich habe in diesem Zusammenhang ausweislich des Protokolls ausdrücklich erklärt, daß das Schlußgesetz schon deshalb zu verantworten sei, weil auch in der Politik eine Verirrung möglich sei.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage vor, die Sitzung für heute zu schließen. Fortsetzung morgen früh um 9 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 5 Minuten)